



**Reader für den Herbststratschlag
20.-22.Oktober 2017**

Inhaltsverzeichnis

1	Herzlich Willkommen!.....	4
2	Frankfurt als Ort des diesjährigen Herbstratschlags	5
3	Organisatorisches	6
3.1	Anfahrt.....	6
3.2	Schlafen	7
3.3	Essen.....	7
4	Tagesordnung	7
4.1	Freitag, 20.10.....	7
4.2	Samstag, 21.10.	7
4.3	Sonntag, 22.10.....	9
5	Auftaktveranstaltung mit Raul Zelik: „Europa: Selbstorganisation, Alternativen und Perspektiven jenseits der Institutionen.....	9
6	Vorschlag Europakongress: Neue Wege für Europa! Demokratisch – Solidarisch – Friedlich – Ökologisch	10
7	Berichte aus den Attac-Gremien	12
7.1	Bericht des KoKreises	12
7.2	Bericht des Rates	18
8	Texte zu „In drei Minuten auf den Punkt“	20
8.1	„ATTAC & ICH: NACHHALTIGER AKTIVISMUS UND ALLTAG IN SOZIALEN BEWEGUNGEN“	20
8.2	Vorschlag eines neuen Themenschwerpunktes “Digitalisierung”	20
9	Vorschläge	21
9.1	Vorschlag der Verlängerung der Stelle für Koordination und Kampagnenkonzeption für ein Jahr 21	
9.2	Vorschlag: Unterstützung der Proteste gegen die NATO- „Sicherheitskonferenz“ 2018....	23
9.3	Vorschlag: Friedenspolitische Resolutionen (AG Globalisierung und Krieg)	23
9.4	Vorschlag des KoKreises zur Friedenspolitik	25
9.5	Vorschlag Attac Leipzig, Halle, Cottbus	26
9.6	Vorschlag zum regionale Aktionen betreffenden Informationsfluss innerhalb von Attac der Attac-Regionalgruppe Untere Saar	27
9.7	Vorschlag bzgl. der IT-Nutzung durch Attac von Gerold Korbus	28
10	Finanzanträge	28
10.1	AG EnergieKlimaUmwelt	28
10.2	AG Aktion.....	30
10.3	AG ArbeitFairTeilen	32
10.4	AG Finanzmärkte und Steuern	34
10.5	AG Gruppenunterstützung.....	36
10.6	AG Internationales.....	37

10.7	AG Jenseits des Wachstums	37
10.8	AG Globalisierung und Krieg.....	38
10.9	AG Globalisierung und Krieg.....	39
10.10	AG Kommunen.....	42
10.11	Aufstehen gegen Rassismus	44
10.12	Alter Summit	45
10.13	PG Freihandel	46
10.14	Sand im Getriebe	48
10.15	Finanz AG und KoKreis	49
11	Wahlen.....	49
12	Kandidaturen.....	50
12.1	Kandidaturen für den Kokreis	50
12.1.1	Judith Amler	50
12.1.2	Sabine Lassauer	51
12.1.3	Alfred Eibl.....	52
12.1.4	Johannes Döring.....	52
12.1.5	Emilio Weinberg	53
12.1.6	Hermann Mahler	53
12.1.7	Thomas Eberhardt-Köster	53
12.1.8	Dirk Friedrichs	54
12.2	Kandidaturen für den Rat.....	56
12.2.1	Dani Dörper	56
12.2.2	Sonja Taubert	56
12.2.3	Margarete Steinrücke.....	57
12.2.4	Andreas Beldowski	57
12.2.5	Arno Behlau	58
12.2.6	Hans-Hermann Bohrer.....	58
12.2.7	Hermann Gendrisch	59
12.2.8	Martin Uebelacker.....	59
12.2.9	Matthias Jochheim.....	60
13	Sonstiges	61
13.1	G20-Nachbereitung.....	61
13.2	„Wir“ – eine „Industriegesellschaft“???	61
13.3	Globalisierung des Krieges.....	64

1 Herzlich Willkommen!

Liebe Attacies,

wie im vergangenen Jahr wird der Herbstratschlag in den bewährten Räumlichkeiten der Freien Waldorfschule in Frankfurt a.M. stattfinden. Wie Ihr wisst, sind die Ratschläge im Attac Aktivitäten-Kalender von spezieller Bedeutung, es gibt viel zu besprechen und zu entscheiden!

Einerseits gilt es, die vielfältigen Aktivitäten und Ereignisse der letzten Monate zu bewerten, insbesondere die Proteste gegen die G20 – aufgrund deren politischer Bedeutung, aber auch, weil wir einen großen Teil unserer Zeit, Energie und unserer finanziellen Mittel in den letzten Monaten dafür verwendet haben.

Vor allem wollen wir jedoch nach vorne blicken und unsere zukünftigen Aktivitäten planen und diskutieren. Dazu gehören die weiteren Kämpfe gegen Freihandelsabkommen; die Auseinandersetzungen für wirksame Klimaschutzmaßnahmen, also gegen Kohle, Diesel und Konsorten; für verstärkte friedenspolitische Anstrengungen; der Kampf gegen Rechts und für die Einhaltung der Menschenrechte, auch und gerade für Geflüchtete; und vieles mehr.

Beim Frühjahrsratschlag in Halle haben wir beschlossen, uns intensiv mit dem Thema Europa zu beschäftigen und dazu im Herbst 2018 einen Kongress zu veranstalten. Die bisherige Arbeit und die weitere Planung zu diesem Themenkomplex sollen vorgestellt und diskutiert werden.

Aufgaben für das kommende politische Jahr gibt es also reichlich und einiges wird dazu kommen, was jetzt noch nicht absehbar ist. Um so wichtiger ist es, klug zu planen, mit realistischem Blick auf unsere Kräfte und Ressourcen, aber auch mutig und kreativ unser Potential nutzend und erweiternd.

Inhaltlicher und zeitlicher Rahmen

Freitag: Der Ratschlag beginnt um 16:00 Uhr, mit der Haushaltsvorbesprechung, dem Workshop "Ratschlag für Neue" und dem Treffen von selbstorganisierten AGen.

Für den Abend wird eine **Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit Raul Zelik** stattfinden, Titel: **„Zur Bedeutung von Selbstorganisation und Selbstermächtigung, bei der Entwicklung von Demokratisierungsprozessen und der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen.“**

Dabei werden sich durchaus Anknüpfungspunkte zu unserem Europa-Thema ergeben.

Samstag: Wir beginnen recht früh mit internen Schulungen, gefolgt von inhaltlicher Arbeit im Plenum und in Arbeitsgruppen, in denen einige der oben genannten Themen vertieft diskutiert werden können. Berichte von der Arbeit des Rats, des Koordinierungskreises und Geschäftsführung/Vereinsvorstand wird es geben, des weiteren Raum für Vorschläge und das inzwischen beliebte Format „In 3 Minuten auf den Punkt“. Abends wählen wir dann den neuen Attac-Rat und den neuen Koordinierungskreis.

Sonntag: Zunächst werden die Wahlergebnisse mitgeteilt, es folgt ein Block zur Nachbereitung der G20-Proteste (Info und Diskussion) und zum Schluss behandeln wir die Finanzanträge und verabschieden den Haushalt für 2018. Der Ratschlag endet um 13 Uhr. Zwischen 13 und 15 Uhr können noch einmal selbstorganisierte AG-Treffen stattfinden.

Vorbereitung

Für Eure Vorbereitung auf den Ratschlag kann die Attac Regelsammlung hilfreich sein:

[http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/attac-strukturen/Regelsammlung Attac Stand 200509.pdf](http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/attac-strukturen/Regelsammlung_Attac_Stand_200509.pdf)

Alle weiteren organisatorischen Infos – wie auch die Tagesordnung, Hinweise zu Übernachtungsmöglichkeiten, Kinderbetreuung und Essen etc. – findet Ihr auf <http://www.attac.de/ratschlag>.

Wir hoffen, die skizzierte Struktur des Ratschlags bietet Euch einen ansprechenden Rahmen für die kritische Reflexion unserer zurückliegende Arbeit und die Planung der zukünftigen Aktivitäten. Außerdem ist dieses Treffen auch stets eine gute Gelegenheit für persönlichen Austausch mit Attacies aus anderen Regionen und Arbeitszusammenhängen.

Wir freuen uns auf Euch!

Herzliche Grüße,
die Vorbereitungsgruppe

(Judith, Johannes, Hermann M., Hermann G., Heshmat, Stephanie, Carolin)

2 Frankfurt als Ort des diesjährigen Herbstratschlags

Die Stadt und ihre Geschichte

Die Geschichte Frankfurts als Finanzplatz reicht bis ins Mittelalter zurück. Der Fernhandel, an dessen wichtigstem Knotenpunkt regelmäßig Messen stattfanden, erforderte „Finanzinstrumente“ wie den Wechsel und andere Formen der Schuldverschreibung.

Mit dem berühmten Bankier Maier Amschel Rothschild kommt sozusagen der Begründer des modernen „financial engineering“ aus Frankfurt. Er ist der kreativste unter den Frankfurter Bankiers gewesen. Seinen Ruf unter den Reichen und Superreichen seiner Zeit begründete er mit der Organisation der „Steuerflucht“ des Kurfürsten von Hessen-Kassel vor dem Zugriff durch die napoleonischen Steuerbehörden.

In den letzten Jahrzehnten schmückt sich die Stadt besonders gern mit inszenierter Gemütlichkeit: Mit Millionenaufwand wird das historische Zentrum rund um den Römer herausgeputzt, fein gekachelt und mit nachgebauten Laternen verziert. Hier sollen die Tourist*innen sehen, was die Stadt zu bieten hat.

Aber die Stadt ist mehr als ihre touristischen Attraktionen. In vielen Stadtteilen herrscht ein Alltagsleben, in dem Mensch die Geschichte der kleinen Leute, der Frauen, der Arbeiter*innenbewegung, der jüdischen Bevölkerung, des Widerstands, der Feste und der Vergnügungen erspüren kann (ein Reiseführer, der sich mit dieser linken Geschichte vieler Frankfurter Stadtteile beschäftigt, ist „Frankfurt zu Fuß“ von Jürgen Engelhardt (Hrsg.), dieser ist allerdings nur noch antiquarisch erhältlich).

Der Stadtteil Dornbusch, in dem der Herbstratschlag stattfindet, ist auch so ein Viertel: Ganz in der Nähe der Waldorfschule findet man das Funkhaus am Dornbusch des Hessischen Rundfunks und den Bertramshof (heute die Hörfunkstudios des HR), hier wäre der Bundestag eingezogen, wenn Frankfurt Bundeshauptstadt geworden wäre.

Anne Frank wurde hier geboren (Marbachweg 307) und hier lebten Marcel Reich-Ranicki (1920–2013) und die Dichterin Miele Braach. Unmittelbar neben der Waldorfschule befindet sich auf dem Gelände einer ehemaligen Gärtnerei der Sinai-Park, neben der Bertramswiese die grüne Lunge des Viertels.

Im Dornbusch steht Hessens erstes Bürger*innenhaus (Haus Dornbusch), nach den Plänen von Ernst May wurde 1928 auf dem Gelände des alten Grünhofs das erste Frankfurter „Haus der Jugend“ gebaut.

Attac Frankfurt

Inmitten von Hochhäusern und Banken, in einer Seitengasse der Frankfurter Fressgass', residiert seit 50 Jahren ein kleiner widerständiger Club, der sich 1962 aus einem Arbeitsausschuss kritischer junger Linker gebildet hatte. Seitdem gibt der Club Voltaire Menschen und Gruppen einen Raum,

um als Bestandteil des demokratischen, aufklärerischen Gewissens dieser Republik linksoppositionelle Positionen entwickeln und vorantreiben zu können. Hier trifft sich die Regionalgruppe Frankfurt regelmäßig.

Die Frankfurter Gruppe ist im Jahr 2002 gegründet worden und einige Gründungsmitglieder sind bis heute regelmäßig aktiv.

Im Selbstverständnis von Attac agiert die Frankfurter Attac-Gruppe als Netzwerk mit Verbindungen zu NGOs im Frankfurter Raum. Es bestehen die Arbeitsgruppen „klimAttac“, „Genug für alle“, „Globalisierung und Krieg“ sowie „Weltwirtschaft und Finanzen“. Mitglieder von Attac Frankfurt tragen das Bündnis gegen Privatisierung mit und sind in der Initiative Gemein-Wohl-Ökonomie Rhein Main aktiv.

„klimAttac“ setzt sich für eine veränderte Klima- und Energiepolitik ein. Die AG beteiligt sich an den Aktionen von Greenpeace, an der Bürgerinitiative gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens und an der Anti-Atom-Bewegung.

Für „Genug für alle“ ist das Bedingungslose Grundeinkommen zentrales Thema: „Von der Arbeit muss man leben können und ohne Arbeit auch“.

Die Grundlage der Arbeit von „Globalisierung und Krieg“ ist der Wille, Wege zu finden, Gewalt und Krieg als Mittel der Politik zu ächten. Die AG sieht sich als Bestandteil der deutschen und internationalen Friedensbewegung und beteiligt sich an den Protestaktionen gegen die Militarisierung von Staat und Gesellschaft.

Die AG „Weltwirtschaft und Finanzen“ analysiert die Finanz- und Wirtschaftskrise als Teil der allgemeinen Systemkrise. In öffentlichen Veranstaltungen mit kompetenten externen Referent*innen geht sie regelmäßig an die interessierte Frankfurter Öffentlichkeit und versucht, dem ökonomischen Mainstream kritisches Potential entgegen zu setzen.

3 Organisatorisches

3.1 Anfahrt

Adresse der Freien Waldorfschule Frankfurt

Waldorfschulverein Frankfurt/M. e. V.
Friedlebenstr. 52
60433 Frankfurt

www.waldorfschule-frankfurt.de

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Die Waldorfschule befindet sich zwischen den Stadtteilen Dornbusch/Eschersheim/Eckenheim und ist sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln vom Hauptbahnhof aus zu erreichen (1 Umstieg):

Hauptbahnhof Ffm → Hauptwache (mit S-Bahn 1-9, nicht S7), dann umsteigen

Hauptwache → U-Bahn Station Hühelstraße (U1,2,3,8,9)

Nach dem Ausstieg in Fahrtrichtung weiter in eine Unterführung laufen. In der Unterführung nach rechts wenden, „zurück laufen“, entgegen der Fahrtrichtung bis zur Friedlebensstraße. Dann links in die Friedlebensstraße einbiegen und 500m durch das Wohngebiet auf der Friedlebensstraße laufen. Auf der rechten Seite befindet sich der Eingang zur Waldorfschule. Die Anmeldung befindet sich auf der linken Seite, 2. Seiteneingang.

Parkplätze für PKW und Fahrräder

Es gibt in sehr begrenztem Rahmen Parkmöglichkeiten für PKW (Anwohnerparken). Fahrradparkmöglichkeiten sind ausreichend vorhanden.

3.2 Schlafen

Teilnehmende können kostenfrei in der Turnhalle der Waldorfschule schlafen. Privatunterkünfte stehen in begrenzter Zahl zur Verfügung, wendet Euch bitte an Reinhard unter reinhard.buettner@attac.de.

3.3 Essen

Die Essensmarken für die verbindlich gebuchten Mahlzeiten könnt Ihr vor Ort bei der Anmeldung erwerben. Die kostendeckenden Preise (8 Euro Mittag/Abendessen, 4 Euro Frühstück) können bei Bedarf subventioniert werden (5 Euro pro Mahlzeit).

4 Tagesordnung

4.1 Freitag, 20.10.

Uhrzeit	Aktivitäten	Raum
vor 16:00 Uhr	Ankommen / Aufbauen	
16:00 – 18:00 Uhr	Haushaltsvorbesprechung Ratschlag für Neue AG Treffen	Raum 1 Raum 2 Raum 3
18:00 – 19:00 Uhr	Abendessen	Mensa (Keller)
19:00 – 21:00 Uhr	Auftaktveranstaltung mit Raul Zelik: „Europa: Selbstorganisation, Alternativen und Perspektiven jenseits der Institutionen“ (Moderation: Judith Amler)	Aula
21:00 Uhr – (offen)	Cafeteria	Foyer

4.2 Samstag, 21.10.

Uhrzeit	Aktivitäten	Raum
08:30 – 10:00 Uhr	Schulungen • Typo3 (Attac-Webteam) • Datenschutz (Datenschutzbeauftragter Roland Schäfer)	Raum 1 Raum 2

	Für Finanzverantwortliche (Andreas van Baaijen)	Raum 3
10:00 – 10:15 Uhr	Begrüßung Vorstellung Tagesordnung (TO) Organisatorisches	Aula
10:15 – 11:15 Uhr	Europa-Anders-Machen - Konzept und Planungen für den Kongress 2018 - Kampagne zu Europa für 2018	Aula
11: 15 – 11:30 Uhr	Kaffeepause	
11:30 – 12:30 Uhr	Berichte und Aussprache - Koordinierungskreis - Rat - Info zu Gemeinnützigkeit	Aula
12:30-13:30 Uhr	Mittagspause	Mensa (Keller)
13:30 – 15:00 Uhr	Was geht derzeit in Attac ? - Freihandelsabkommen - Finanzmärkte und Steuern - PG Europa - Klimaaktivitäten in Attac, COP 23	Raum 1 Raum 2 Raum 3 Raum 4
15:00-15:15 Uhr	Kaffeepause	
15:15 – 15:45 Uhr	Präsentation der Arbeitsgruppen-Ergebnisse „Was geht derzeit in Attac?“	Aula
15:45 – 16:30 Uhr	In 3 Minuten auf den Punkt	Aula
16:30 – 18:00 Uhr	Einführung Konsensprinzip Vorschlagsphase: Diskussion und Verabschiedung der Vorschläge	
18:00 – 19:00 Uhr	Abendessen	Mensa
19:00 – 19:05 Uhr	Vorstellung von im Bundesbüro beschäftigten Hauptamtlichen	Aula

19:05 Uhr – (offen)	Wahlen zu den Attac-Gremien, KoKreis und Rat Alternativangebot für Nichtwähler*innen – Filmvorführung: „Für eine andere Welt“ / „Master of the Universe“	Räume nach An-sage Keller
---------------------	---	------------------------------

4.3 Sonntag, 22.10.

Uhrzeit	Aktivitäten	Raum
09:00 – 09:15 Uhr	Begrüßung Vorstellung der Wahlergebnisse Verabschiedung der alten Gremianer*Innen Danke	Aula
09:15 – 10:45 Uhr	Nachbereitung der G20-Proteste: Info und Diskussion	Aula
10:45 – 11:00 Uhr	Kaffeepause	
11:00 – 13:00 Uhr	Beschlüsse zu Finanzanträgen und Haushalt	Aula
13:00 Uhr	Abschluss, gemeinsames Aufräumen	
bis 16:00 Uhr	AG Treffen • Attac und Ich • Themenschwerpunkt Digitalisierung	Raum 1 Raum 2

5 Auftaktveranstaltung mit Raul Zelik: „Europa: Selbstorganisation, Alternativen und Perspektiven jenseits der Institutionen“

„Die Welt ist aus den Fugen“ – diesen Satz haben wir zuletzt im Rahmen der G20-Proteste verwendet und er gilt leider nach wie vor. Gemeint ist damit das Weltsystem des Kapitalismus als Verursacher von Klimawandel, wachsender globaler Ungleichheit, zunehmenden geopolitischen Spannungen, religiösem (nicht nur muslimischem) Fanatismus und aus all dem folgend Kriege und Bürgerkriege, Verelendung, Flucht und Vertreibung.

Vor diesem Hintergrund wollen wir mit dem Sozialwissenschaftler und Schriftsteller Raul Zelik bei unserer Auftaktveranstaltung u. a. folgende Fragen diskutieren:

- Welches sind die Hauptursachen dieser Einzelkrisen, was verbindet sie und wohin steuern sie?

- Wie lassen sich realistische gesellschaftliche Alternativen entwickeln? Welche Fragen müssen wir stellen und beantworten, um eine emanzipatorische Alternative erkennbar und attraktiv zu machen?
- Wie kann die erforderliche gesellschaftliche Gegenmacht für eine soziale und ökologische Transformation geschaffen werden? Was ist diesbezüglich von linken Parteien zu erwarten und welche Rolle können Selbstorganisation und Selbstermächtigung sozialer Bewegungen dabei spielen?
- Um eine linke, emanzipatorische Alternative sichtbar zu machen, müssen Antworten den regionalen und nationalen Kontext überschreiten. Was wären Ansatzpunkte dafür auf europäischer Ebene?

6 Vorschlag Europakongress: Neue Wege für Europa! Demokratisch – Solidarisch – Friedlich – Ökologisch

1. Was wir mit dem Kongress wollen

Im offiziellen Brüsseler Sprachgebrauch, aber auch in der deutschen Diskussion, wird Europa meist auf die Europäische Union (EU) reduziert. Europa ist allerdings mehr als die EU. Zum Kontinent Europa zählen circa 750 Millionen Einwohner in fast 50 Staaten. In der EU sind es - Großbritannien schon rausgerechnet - ca. 420 Millionen Menschen in 27 Staaten. Doch Europa ist mehr als ein geographischer Begriff. Europa ist ein kommunikativer, kultureller, ökonomischer und politischer Verdichtungsraum, der sich seit dem Mittelalter vom Atlantik bis zum Ural herausgebildet hat. Teil der europäischen Geschichte ist die bittere Vergangenheit von Konflikten und Kriegen, die im 20. Jahrhundert ihren katastrophalen Höhepunkt fand. Verdun und Stalingrad stehen als Chiffren für diese Katastrophen Europas. Europa prägt seit Jahrhunderten die Weltgeschichte entscheidend mit. Aus Europa kommen der Kapitalismus und der moderne Nationalstaat. Aus Europa kommen die modernen Konzepte von Demokratie und Menschenrechten, Aufklärung, kritische Gesellschaftstheorie und Sozialismus. Von Europa aus zieht sich aber auch eine Blutspur von Völkermord, Ausplünderung und Unterjochung über den Planeten, die von den Kreuzzügen über den Kolonialismus bis zum Imperialismus reicht. Wenn wir darüber reden, Europa anders zu machen, haben wir dieses Gesamteuropa im Blick. Besondere Berücksichtigung finden dabei die EU und die Eurozone, in denen Deutschland eine dominierende Rolle spielt. Wenn wir über Europa reden, dann über Europa im Spannungsverhältnis zwischen Gesamteuropa, EU und Eurozone. Da im Zeitalter der Globalisierung Eurozentrismus noch weniger als früher mit emanzipatorischem Internationalismus vereinbar wäre, denken wir als globalisierungskritische Organisation Europa immer auch im Kontext seiner Rolle in der Welt und in der Globalisierung. Der Nationalstaat ist weltweit immer noch das dominante Modell von Vergesellschaftung. Deshalb wird das Verhältnis zu Formen internationaler, transnationaler oder supranationaler Integration ein wichtiger Punkt unserer Diskussion sein müssen. Nationalstaat und Kapitalismus bedingen sich historisch gegenseitig. Im Rahmen des Nationalstaates wurden wesentliche Rahmenbedingungen für die Ökonomie, aber auch den sozialen Zusammenhalt von Gesellschaften ausgehandelt und reguliert. In der EU werden nationalstaatliche Regulierungen der beteiligten Länder teilweise abgeschafft und auf die supranationale Ebene der EU gehoben. Diese Prozesse finden unter der Hegemonie neoliberaler Kräfte statt. Dabei setzen sich in erster Linie die Interessen der Vermögenden, Banken und Konzerne durch, während die Lohnabhängigen die Lasten tragen. Zudem hat die Verlagerung von Kompetenzen nationaler Parlamente in europäische Institutionen teilweise zu einer Entdemokratisierung geführt. Beispiel dafür ist die Durchsetzung der Austeritätspolitik in Ländern, in denen dies noch nicht geschehen war. Die deutsche Regierung spielt dabei immer wieder die Rolle des Vorreiters. Nach dem Zweiten Weltkrieg schien es so, als könnte Europa zu einem friedlicheren Ort werden. Doch der Kalte Krieg führte zu einer neuen Spaltung. Die Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt brachte die Welt zeitweise an den

Rand eines Atomkriegs. Auch nach dem Ende des Kalten Krieges hörten die bewaffneten Konflikte nicht auf. Mit dem Zerfall Jugoslawiens und dem Ukraine Konflikt sind kriegerische Auseinandersetzungen wieder nach Europa zurückgekehrt. Das Verhältnis zwischen der EU und Russland hat konfrontative Züge angenommen. Zudem nehmen die Bestrebungen innerhalb der EU, diese zu einer militär- und geopolitisch agierenden Großmacht auszubauen, wieder zu. Friedenspolitik sieht anders aus. Es gibt aber auch auf vielen Ebenen Widerstand und Ansätze für ein anderes Europa: Die erfolgreiche Kampagne gegen Wasserprivatisierung, die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP, und CETA, die Bewegung gegen die Austeritätspolitik der EU, die 'Recht auf Stadt'-Bewegungen, die Solidarität mit Geflüchteten und die Klimabewegung, um nur einige zu nennen. Mit dem Kongress wollen wir nicht nur unsere Kritik an der herrschenden Politik in Europa und insbesondere in der EU formulieren, sondern auch unsere Vision von einem demokratischen, sozialen, gerechten, ökologischen und friedlichen Europa diskutieren. Dabei wollen wir nicht stehen bleiben. Kritik bleibt stumpf und Visionen helfen wenig, wenn es keine Strategie zur Transformation der politischen Institutionen und keine konkreten politischen Projekte zu ihrer Durchsetzung gibt. Deshalb werden wir uns beim Kongress einerseits mit den unterschiedlichen Konzepten für ein solidarisches, sozialökologisches Europa beschäftigen sowie entsprechende Transformationsansätze in solidarischer Landwirtschaft, Ökonomie u.a. diskutieren. Andererseits wollen wir bereits bestehende Ansätze und Konzepte wie den Europarat, OSZE, "Das gemeinsame Haus Europa" und weitere auf ihr emanzipatorisches Potenzial hin überprüfen. Es ist uns wichtig, im Laufe des Kongresses kontroverse Positionen klar zu benennen.

Unser Thema ist in der deutschen Linken und der Linken in der EU sehr umstritten. Im Sinne einer pluralistischen Mosaiklinken werden alle europapolitischen Strömungen thematisiert. Der Kongress übernimmt damit über Attac hinaus eine wichtige Funktion als Debattenraum zur solidarischen Bearbeitung von Kontroversen. Dabei soll der Blick immer wieder auf das gelenkt werden, was Differenzen überbrückt und die verschiedenen Strömungen eint, und wo sich somit Schnittstellen für gemeinsame Forderungen und Kampagnen ergeben. Als Ergebnis des Kongresses erhoffen wir uns nicht nur die bessere Kenntnis unterschiedlicher Positionen, sondern vor allem auch Bewusstsein für das Verbindende und mögliche gemeinsame politische Projekte.

2. Wie wir den Kongress gestalten wollen

Der Kongress soll eine Veranstaltung von Attac Deutschland mit Kooperationspartnern und mit internationaler Beteiligung, nicht nur aus dem europäischen Raum sein. Attac macht einen Vorschlag für das politische Profil des Kongresses, wie in Punkt 1 skizziert. Dazu werden wir bereits vor dem Herbststratschlag erste Gespräche mit Kooperationspartnern führen. Als Kooperationspartner wollen wir Organisationen gewinnen, die sich inhaltlich mit dem Thema befassen und finanziell am Kongress beteiligen und mit ihrem Logo prominent auf den Kongressmaterialien auftauchen. Neben Stiftungen wie RLS, FES und HBS kommen dafür Gewerkschaften, Umweltorganisationen und andere in Frage - Organisationen, die die Breite der Diskussion widerspiegeln. Als Beteiligte wollen wir Organisationen und Gruppen gewinnen, die zu europapolitischen Themen arbeiten und eigenständig Workshops durchführen können. Der Kongress soll sich in drei zeitlich aufeinander folgende Blöcke gliedern. Im ersten Block soll es darum gehen, unsere Kritiken an den herrschenden Politiken in den wesentlichen Feldern (Demokratie, Ökonomie, Soziales, Ökologie, Krieg und Frieden) und unsere Visionen von einem anderen Europa zu diskutieren. Im zweiten Block soll es um Transformationsstrategien gehen und um das Verhältnis von institutionellen Reformen und strukturellen Brüchen. Im dritten Block werden Umsetzungsstrategien und konkrete Projekte im Mittelpunkt stehen.

Innerhalb der drei Blöcke können die verschiedenen Themen mit Blick auf ihre Bedeutung für Europa bearbeitet werden. Zu Beginn des ersten Blocks soll es ein einleitendes Podium geben, ebenso zu Beginn des zweiten. Die Veranstaltung wird mit einem Podium abgeschlossen, auf dem möglichst konkrete nächste Schritte diskutiert werden.

Als mögliche Orte für den Kongress werden Berlin (TU), Frankfurt (Uni) und Kassel (Uni) geprüft. Der Kongress soll im letzten Quartal 2018 stattfinden.

Vorschlag:

Der Ratschlag möge folgendes beschließen: Attac veranstaltet 2018 einen Europa-Kongress

7 Berichte aus den Attac-Gremien

7.1 Bericht des KoKreises

Der KoKreis vertritt Attac im Rahmen der politischen Beschlüsse von Attac-Rat und Ratschlag nach außen, organisiert die Durchführung bundesweiter Aktionen und den internen Kommunikationsfluss. Für das Büro hat der KoKreis Arbeitgeberfunktion. Er ist ein Arbeitsgremium, das sich monatlich für einen Tag trifft, sich außerdem intensiv über Listen abstimmt. Für wichtige Aufgaben des KoKreises (z.B. Pressearbeit, internationale Kontakte, Haushaltsplanung, Büroentwicklung) arbeiten die KoKreis-Mitglieder in kleinen AGs aus drei bis fünf Mitgliedern. Auch vertreten die KoKreis-Mitglieder die inhaltlichen Kontexte (bundesweite AGs, Kampagnen, Projektgruppen, Mitgliedsorganisationen, Regionen), in denen sie arbeiten. KoKreis-Mitglieder sind gleichzeitig Mitglieder im Rat; dort sind sie beteiligt an strategischen und organisatorischen Entscheidungen und an der Vorbereitung von Ratschlägen, Sommerakademien, Aktionsakademien und Ratssitzungen.

Solche KoKreis-Arbeit ermöglicht eine gute politische Zusammenarbeit mit sehr unterschiedlichen Menschen und eine intensive bundesweite Vernetzung. Sie geht aber nur mit einigen klaren, inhaltlichen Voraussetzungen und einem ziemlichen Arbeitsaufwand.

Aus der Fülle der KoKreis-Arbeit

*** G20 „Global gerecht statt G20“**

Auf dem Herbstratschlag 2016 wurde beschlossen: „Attac beteiligt sich im kommenden Jahr an den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg und setzt dafür erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen ein. Attac fällt dabei im Bündnis eine besondere Rolle zu, die wir so gut wie möglich auszufüllen versuchen.“

Der KoKreis hat sich daraufhin aktiv an der Vorbereitung und Durchführung unserer Aktivitäten zu G20 beteiligt. Mehr als die Hälfte der KoKreis-Mitglieder hat in der AG G20 Koordination mitgewirkt. Diese wurde ab Anfang 2017 von zwei befristet eingestellten Koordinator*innen unterstützt. Attac hat regelmäßig an den Treffen der (von uns initiierten) G20-Plattform teilgenommen und sich an der Vorbereitung und Durchführung der dort vereinbarten drei "Klänge" Alternativgipfel am 5./6.7., Ziviler Ungehorsam am 7.7. und der Großdemonstration am 8.7. beteiligt und wichtige Aufgaben übernommen.

Die Aktionsakademie Ende Mai in Hamburg diente der Vorbereitung Aktiver auf kreative Aktionen während der G20-Proteste wie z. B. dem orangenen Block am Tag des Zivilen Ungehorsams. Aus unserer Sicht haben wir mit unseren Aktivitäten wirksam zum Erfolg und zur starken medialen Aufmerksamkeit der G20-Proteste beigetragen und sind als aktiver und verlässlicher Bündnispartner wahrgenommen worden.

Im Nachklang zu G20 wird Attac Klagen gegen Verbotsverfügungen zu drei für den 7. Juli angemeldeten Veranstaltungen einreichen. Klagen gegen das Campverbot werden wir unterstützen. Eine gründlichere G20-Auswertung wird auf dem Ratschlag selbst erfolgen.

*** TTIP-Kampagne**

Seit dem Herbstratschlag 2013 in Düsseldorf gehört die Kampagne gegen neoliberale Freihandelsabkommen zu den Kernpunkten der Kampagnenarbeit bei Attac. Trotz umfangreicher

Aufklärungsarbeit, großer Mobilisierungserfolge und intensiver Abwehrkämpfe ist es bislang nicht gelungen, den Kurs in der Handelspolitik der EU zu ändern. Ganz im Gegenteil, seit der Amtsübernahme der neuen US-Regierung unter Präsident Trump setzt die EU-Kommission, die sich als „Champion freien und fairen Handels“ versteht, verstärkt auf eine marktradikale Globalisierungspolitik: TTIP und TiSA sind zwar eingefroren; CETA jedoch wurde auf EU-Ebene ratifiziert und wird vorläufig angewendet. Der Abschluss von ca. 20 weiteren Abkommen bis 2019 ist geplant.

Meilensteine im Widerstand gegen CETA, TTIP & Co waren in diesem Jahr die Demonstration „Wir haben es satt“, die Strategie- und Aktionskonferenz des „TTIP-unfairhandelbar“ Bündnisses und die Konferenz „Kommunen und Freihandel“.

Im Attac-Projekt „Global gerecht statt G20“ konnte unser Widerstand gegen den Irrweg des Freihandels an vielen Stellen deutlich gemacht werden, so in allen Elementen des „Dreiklangs“ und darüber hinaus bei der Speaker's Tour Mexiko, der Konferenz „Die Chance ergreifen: EU-Afrika-Handelsbeziehungen neu gestalten“ und bei der Aktion „Freihandel. Macht. Flucht“.

Mit dem Aktionstag am 9. September „CETA stoppen – JEFTA und TiSA stoppen – TTIP endlich entsorgen – Für einen gerechten Welthandel“ wurde der Protest gegen Freihandelsabkommen in den Wahlkampf getragen. Attac hatte den Tag initiiert, maßgeblich organisiert und koordiniert.

Der freihandelskritische Widerstand befindet sich seit dem Frühjahr in einer neuen Phase: So wurde das „Netzwerk Gerechter Welthandel“ gegründet, hervorgegangen aus dem Bündnis „TTIP unfairhandelbar“ und dem Trägerkreis der bundesweiten TTIP-Demos.

Für Attac und das Netzwerk gilt es, einerseits den öffentlich sichtbaren Protest fortzusetzen, gleichzeitig aber auch die bisherigen Abwehrkämpfe in eine grundsätzlichere Kritik zu überführen und positive Alternativen - Arbeitstitel „Alternative Handelspolitik“ - aufzuzeigen.

Anknüpfend an das ATM/ Alternatives Handelsmandat hat sich in der Attac Kampagne ein neuer Arbeitsschwerpunkt zu Alternativen herausgebildet, der u.a. die Ausrichtung internationaler Handelspolitik an Menschenrechten einfordert und in den zivilgesellschaftlichen Binding Treaty Allianzen mitarbeitet.

Für das kommende Jahr bietet die Kampagnen-Arbeit eine gute Grundlage, auf der Attac unvermindert gesellschaftlichen Druck auf Entscheidungsträger ausüben will, um so nicht nur die CETA-Ratifizierung zu verhindern, sondern auch den dringend nötigen Kurswechsel in der Handelspolitik voranzutreiben.

*** Arbeit zu Finanzmärkte und Steuern**

Inhaltlich und organisatorisch war die Arbeit in diesem Themenfeld geprägt von der Vorbereitung und Durchführung von verschiedenen Aktionen im Zusammenhang mit der deutschen G20-Präsidentschaft.

Durch die Wahl eines Mitgliedes der AG Finanzmärkte und Steuern in den KoKreis ließ sich die Zusammenarbeit zwischen KoKreis und der AG sowie weiteren Bündnispartnern in diesem Themenfeld (z. B. Netzwerk Steuergerechtigkeit) erheblich verbessern. Da ab März 2017 die Arbeit der AG zusätzlich durch eine halbe Stelle im Bundesbüro unterstützt werden konnte, ergab sich ein erheblicher Impuls für eine verstärkte Attac-Präsenz auf diesem Themenfeld.

Mitte November 2016 fand in Paris ein Treffen mit Attac-Frankreich statt, in dem ein Schwerpunkt der Austausch von Positionen zu G20 war. Dieses Treffen markiert auch den Beginn einer wieder verstärkten Zusammenarbeit mit Attac Frankreich auf dem Themenfeld Finanzmärkte und Steuern. Positive Folge waren unter anderem die Beteiligung von Attacies aus Frankreich an unseren G20-Aktivitäten, gemeinsame Workshops auf der Sommeruniversität in Toulouse und aktuell die Planung gemeinsamer Aktion für das nächste Jahr.

Einen ersten Höhepunkt der Aktionen bildeten die Attac-Aktivitäten rund um das G20-Finanzministertreffen in Baden-Baden im März. Mit einer Pressekonferenz unter Beteiligung eines französischen Attac-Vertreters und eines Abgeordneten des Europaparlaments, einer Medienaktion, einer Podiumsdiskussion, unter anderem mit Antoine Deltour, einem der LuxLeaks-Hinweisgeber,

und Attiya Waris, einer kenianischen Expertin für Steuerrecht, und einer großen Kundgebung gelang es, öffentlichkeitswirksam unsere Positionen darzulegen.

Bei der Aktionsakademie in Hamburg wurde erfolgreich die Übernahme französischer Aktivitäten zur Markierung von Steuersündern durch Bemalung von Schaufenstern geprobt.

Beim G20-Gipfel in Hamburg wurden die Attac-Positionen in mehreren Workshops im Rahmen des Gipfels für globale Solidarität präsentiert. Am Tag des zivilen Ungehorsams wurde mit intensiver Medienbegleitung an einer Filiale der Deutschen Bank dieses Unternehmen durch Bemalung und Aufbringung von Slogans als Steuersünder markiert. Durch die Schnelligkeit der Aktion und einem Aktionsort in einem belebten Stadtviertel außerhalb des Zentrums konnte die Aktion ungestört durchgeführt werden.

Neben diesen Highlights erfolgte eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit durch Pressemeldungen, Artikel und Interviews.

Im kommenden Jahr planen wir verstärkt Aktionen zum Thema Steuerbetrug und die Propagierung unseres Konzepts zu einer Konzernbesteuerung. Die aktuellen Ansätze der EU zu einer verstärkten Besteuerung der sogenannten Internet-Konzerne sind dabei völlig unzureichend.

Daneben werden im kommenden Jahr Veranstaltungen und Aktionen rund um das Thema „10 Jahre Finanzkrise“ stehen. Ein Fixpunkt mit europaweiten Aktionen ist dabei der 10. Jahrestag der Pleite der Lehmann Brothers im September 2018.

Auch die Ergebnisse der Koalitionsgespräche der zukünftigen Regierung in den Themenfeldern Finanzpolitik und Steuern werden unsere Positionierung und Stellungnahme erfordern.

*** Reichtum umverteilen - ein gerechtes Land für alle**

Seit dem letzten Jahr gibt es das immer größer werdende Bündnis „Umverteilen – ein gerechtes Land für alle“, an dem Attac aktiv beteiligt ist. Das Bündnis, dem zahlreichen Organisationen wie AWO, DPWV, Oxfam, Weed, Naturfreunde, Deutscher Mieterverein, Ver.di, und viele andere mehr angehören, hat sich nach langen Diskussionen auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt. Darin enthalten sind Politikfelder, in denen es an Finanzierung fehlt, und Politikfelder, in denen durch eine andere Politik Gelder eingenommen werden könnten. Attac wendet sich insbesondere gegen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung. Das Bündnis formuliert in einem Fünf-Punkte-Katalog wesentliche Forderungen, um die bestehende soziale Ungleichheit zu verringern und ein gerechtes Land für alle zu gestalten. Zur Finanzierung werden unter anderem die stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen und Vermögen sowie eine reformierte Erbschaftsteuer vorgeschlagen. Aktivitäten des Bündnisses waren, mit sehr wenigen personellen und finanziellen Ressourcen: Erstellung einer Homepage mit Infos und Materialien, eines Flyers, Plakats, Comics und drei kleinen Aktivierungsvideo-Clips, sowie ein Aktionstag vor der Bundestagswahl.

Das Bündnis hatte sich zum Ziel gesetzt, die Aktivitäten nicht nach der Bundestagswahl einzustellen. Bei den kommenden Treffen soll darüber entschieden werden, ob und in welcher Form das Bündnis weiter arbeitet. <https://www.reichtum-umverteilen.de>

*** Friedensbewegung**

Bei jeder Beratung des Kokreises gab es Gelegenheit zum Austausch über Entwicklungen in der Friedensbewegung. Auf seiner Klausur im Februar hat sich der Kokreis ausführlich mit Tobias Pflüger als prominentem Vertreter der Friedensbewegung beraten. Der Kokreis hat verschiedenste Aktivitäten der Friedensbewegung unterstützt, so die Demo und die Friedenskonferenz anlässlich der NATO-"Sicherheitskonferenz" in München – allerdings nicht den Aufruf – oder das Projekt "Frieden geht! Staffellauf gegen Rüstungsexporte". Für 2018 bringt der Kokreis beim Ratschlag einen Antrag mit dem Schwerpunkt "Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben" ein.

Es ist jedoch weiterhin Konsens, dass Attac nicht in Bündnissen mitarbeitet, die nach rechts offen sind. Das betrifft u.a. das Festival "Pax Terra Musica" in Brandenburg. und die Kampagne "Stop Airbase Ramstein – auch wenn wir den Protest und Widerstand gegen Militärbasen und speziell gegen den Einsatz von Kampfdrohnen für notwendig betrachten. Eine fundierte Auseinandersetzung

mit der Kampagne "Stop Airbase Ramstein" war nicht möglich, da sich das Attac-Kokreis-Mitglied, das im dortigen Kokreis mitgearbeitet hat, ab Februar nicht mehr an der Attac-Kokreisarbeit beteiligt hat.

*** Aufstehen gegen Rassismus**

Attac hat sich bereits im Frühjahr 2016 an der Entstehung der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ beteiligt. Mittlerweile ist daraus eine öffentlichkeitswirksame Kampagne entstanden, die sich dem gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck sowohl mit Aktionen und der Unterstützung von Gruppen vor Ort mit Materialien als auch mit Bildungsangeboten in Form der Ausbildung zu sogenannten „Stammtischkämpfer*innen“ entgegenstellt.

2017 lag der Schwerpunkt der Kampagne in der Ausweitung der Bildungsangebote, dem Ausbau der regionalen Vernetzung und den Aktivitäten gegen die AfD, insbesondere im Zusammenhang mit der Bundestagswahl. Hierfür wurden Materialien wie Flyer und Plakate, aber auch ein Aktionskit für Straßenaktionen im Zusammenhang mit AfD Wahlständen zur Verfügung gestellt.

Attac arbeitet im Koordinierungskreis der Kampagne mit und hat sich an der Vorbereitung und Durchführung der Aktivenkonferenz von AgR im März 2017 in Bochum beteiligt sowie an den Aktionen gegen den Bundesparteitag der AfD in Köln.

Für Attac steht dieses Engagement in einem unmittelbaren Kontext zu seinem Selbstverständnis, gemäß dem Rassismus und andere Ausprägungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ebenso wie Chauvinismus und antiemanzipatorischer Politiken keinen Platz in einer solidarischen Welt finden dürfen. Die Mitarbeit in der Kampagne unterstreicht auch unseren Anspruch, neoliberale Konzepte umfassend zu bekämpfen und dabei möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen, die unter diesen leiden, einzubeziehen. Offene Bildungsangebote wie die niedrigschwellige Stammtischkämpfer*innen-Ausbildung gegen Rassismus, die auch von vielen Attacies angeboten wird, sind für zahlreiche Teilnehmer*innen darüber hinaus oftmals ein erster Kontakt zu praktischem und wirksamem politischen Engagement vor Ort, der sie zum Beitritt bei Attac oder verwandten Organisationen ermutigen kann.

*** Attac-Arbeit zu globaler Klimagerechtigkeit, COP23**

Vom 6. bis 17. November 2017 findet die 23. UN-Weltklimakonferenz (COP23) in Bonn statt. KoKreis-Mitglieder begleiten die Vorbereitungen für in diesem Zeitraum statt findende Demonstrationen, Aktionen und den People's Climate Summit seit Anfang 2017 - die praktische Mitarbeit erfolgt im Wesentlichen durch Klima-Aktive aus der AGs Energie-Klima-Umwelt (EKU) und Jenseits des Wachstums. Attac-Aktivitäten rund um globale Klimagerechtigkeit und den COP23 werden sich auf einen Block in der Klima-Kohle-Demo am 4. November (<http://www.klima-kohle-demo.de/>), die Aktionen von Ende Gelände (<https://www.ende-gelaende.org/de/>), den Alternativgipfel (<https://pcs2017.org/de/aufruf/>) und die Klima-Demo "Schluss mit dem faulen Zauber!" am 11.11. (<http://www.no-climate-change.org/>) konzentrieren.

Im September erstellten wir dazu einen Mobi-Flyer, der mit den Losungen "Globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden" und "Schluss mit dem Wachstumsdogma. Wohlstand ohne Wachstum ist möglich" inhaltlich an das Attac-Schwerpunktthema 2015/16 anknüpft. Wir verbinden damit die ökologische mit der sozialen Frage und gehen über die eng auf Kohleausstieg geführte Orientierung der meisten NGOs, die zur Demonstration am 4.11. aufrufen, hinaus. <http://www.jenseits-des-wachstums.de/cop23-protest/>

*** ESU – Europäische Sommeruniversität in Toulouse**

Vom 23. bis 27. August 2017 fand in Toulouse / Frankreich die Europäische Sommeruniversität (ESU) statt - ein internationales Bildungs- und Vernetzungstreffen sozialer Bewegungen, welches

vom europäischen Attac-Netzwerk ausgerichtet wird. Etwa 140 Organisationen und Initiativen unterstützten die ESU; Übersetzungen erfolgten in bis zu vier Sprachen.

In Vorbereitung auf diese nur alle drei Jahre statt findende Großveranstaltung fand sich in der konstituierenden Ratssitzung im November 2016 eine AG aus KoKreis- und Ratsmitglieder zusammen, welche in den nachfolgenden Monaten in semi-regelmäßigen Telefonkonferenzen und Treffen die Mobilisierung aus Deutschland organisierte. Die Hauptverantwortung für die ESU lag bei hauptamtlichen Akteur*innen von Attac Frankreich; die Arbeit mit / der Kontakt zu dem europäischen OrgaTeam war gut und konstruktiv. Im Rahmen unserer AG-Arbeit erstellten wir einen gemeinsamen Flyer, welcher ab April verteilt wurde, richteten eine Mitfahrbörse ein und beteiligten uns an der Gestaltung der Homepage bzw. übersetzten das Programm der ESU von Französisch auf Deutsch. Insgesamt war die ESU 2017 ein großer Erfolg – ca. 1650 Teilnehmer*innen machten sie zu einer der größten Sommeruniversitäten bisher – Rückmeldungen vor Ort und im Nachklang waren überwiegend positiv. Vor allem viele junge Menschen fanden den Weg zur ESU; über die Hälfte aller Anwesenden waren keine Attac-Mitglieder. Aus Deutschland waren ca. 100 Menschen angereist; viele Rats- / Kokreis-Mitglieder und Mitarbeiter*innen des Bundesbüros, welche sich auch an der inhaltlichen Gestaltung von Workshops und Seminaren z. B. zu den Themen Europa und Finanzmärkte beteiligten. Insgesamt gab es ca. 100 gut besuchte und mindestens zweisprachig abgehaltene Workshops, Seminare und Podiumsdiskussionen – zudem ein buntes Kulturprogramm mit Theater, Konzerten und Exkursionen. Die mediale Wirksamkeit in Frankreich und darüber hinaus war leider nur begrenzt. Mehr Infos unter: <https://www.esu2017.org/de/>

*** Engagement in der politischen Bildung**

Satzungszwecke von Attac sind u.a. die Förderung der Bildung und die allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens. Diese beiden Zwecke, die auch Grundlage für die Gemeinnützigkeit von Attac sind, bilden die Basis für die politische Bildung, die Attac in verschiedenen Arbeitsfeldern durchführt. Dabei geht es darum, Menschen in die Lage zu versetzen, sich engagiert für solidarische und aufgeklärte Gesellschaften und friedliche und gerechte Globalisierungsprozesse einzusetzen. Attac kritisiert undemokratische Verfahren im politischen Meinungsfindungsprozess und ergreift Partei für diejenigen, die von Politik und durch Folgen von Globalisierung nicht wahrgenommen, verarmt und ausgeschlossen werden.

Neben den vielen Aktivitäten zur politischen Bildung in den einzelnen AGs von Attac waren seit dem letzten Ratschlag der „Gipfel für globale Solidarität“ am 5. und 6. Juli in Hamburg und die „Europäische Sommerakademie“ in Toulouse die Schwerpunkte der politischen Bildung von Attac. An dem „Gipfel für globale Solidarität“ im Kulturzentrum Kampnagel nahmen mehr als 2.000 Besucher*innen teil. In einem Dutzend zentraler Veranstaltungen und ca. 50 Workshops ging es um Kritik an der krisenverschärfenden Politik der G20, unsere Alternativen dazu und um Strategien für eine Politik globaler Solidarität.

Mehr als 1.600 Teilnehmer*innen aus ganz Europa und vielen anderen Ländern nahmen an der „Europäischen Sommeruniversität (ESU)“ teil. Damit waren zu dem internationalen Bildungs- und Vernetzungstreffen sozialer Bewegungen doppelt so viele Menschen wie erwartet gekommen. Im Zentrum der Debatte standen dabei der Zustand und die Zukunft Europas. In den Workshops, Seminaren und Diskussionsforen nahm auch das Thema Klimagerechtigkeit einen großen Raum ein.

Neben diesen Events stellt Attac auch Handwerkszeug für globalisierungskritische politische Bildung zur Verfügung. Unter dem Titel „Attac Bildung: Wirtschaft demokratisch gestalten lernen“ wurden Bildungsmaterialien für die schulische und außerschulische politische Bildung erstellt, die es Lehrer*innen und Erwachsenenbildner*innen ermöglicht, politische Bildung mit einem anderen als sonst in Bildungseinrichtungen üblichen Blick auf wirtschaftliche Vorgänge zu vermitteln. Es gibt derzeit zwei Themenbereiche, zwei Bildungsbausteine unter dem Titel "TTIP & Co: Handelsvertrag sticht Demokratie?" und fünf Bausteine unter dem Titel "Europa nach der Krise?". Darüber hinaus gibt es für Grundschulen eine Reihe von Unterrichtsmaterialien unter dem Motto "Wie wollen wir zusammen leben?"

Die AG Bildungskoordination (Biko-AG) ist die bundesweite AG, die sich schwerpunktmäßig mit politischer Bildung beschäftigt. Die Biko-AG befasste sich mit dem Konzept der Attacademie 2018, einer Kooperation zwischen der Attacademie und Campus (Bildungsplattform RLS und Attac) und der Frage, wie die zentrale Bildungsveranstaltung von Attac, die Sommerakademie, politisch attraktiver gestaltet werden kann. Das Thema „Was ist kritische politische Bildung?“ und die Klärung unseres Attac-Bildungsbegriffes sind „Dauerbrenner“ und durchziehen alle diese einzelnen Aktivitäten.

*** Attac-Gemeinnützigkeit**

Der Stand der Dinge hat sich seit dem letzten Ratschlag noch einmal grundlegend verändert, bis heute ist die Gemeinnützigkeit immer noch nicht wieder erlangt.

Nachdem unser Einspruch gegen den entsprechenden Bescheid des Finanzamts negativ beschieden worden war und wir Klage eingereicht hatten, kam es im November 2016 zum Prozess vor dem Hessischen Finanzgericht. In der detaillierten Klagebegründung wurde noch einmal deutlich gemacht, dass auch nach geltendem Recht Attac die Gemeinnützigkeit nicht versagt werden darf, da die politische Arbeit von Attac nicht parteipolitisch ist und sich ausschließlich an der Satzung des Trägervereins und an dem für die Gemeinnützigkeit zuständigen Gesetz, der Abgabenordnung, orientiert. Das Hessische Finanzgericht ist der Argumentation von Attac in allen Punkten gefolgt und hat in der im Mai 2017 veröffentlichten Urteilsbegründung seine Entscheidung ausführlich begründet. Obwohl ein solches Urteil zwangsläufig auch Auswirkungen auf ähnlich gelagerte Fälle hat, so ist es doch eine Einzelfallentscheidung, weil das Finanzamt einzelne Attac-Aktionen für seine Argumentation zugrunde gelegt hat und diese im Prozess beurteilt wurden. Aufgrund dieser Einzelfallentscheidung hat das Hessische Finanzgericht eine Revision beim Bundesfinanzhof nicht zugelassen.

Gegen diese Nichtzulassung hat nun das Finanzamt Frankfurt auf Weisung des Bundesfinanzministeriums Beschwerde eingelegt. Es begründet diese Beschwerde damit, dass es sich bei der Frage der politischen Betätigung um eine Entscheidung von grundlegender Bedeutung handelt und damit das höchste Gericht entscheiden müsse. Darüber hinaus wird bemängelt, dass sich politische Bildung nur mit dem Status Quo, nicht aber mit der zukünftigen Entwicklung gesellschaftlicher Zustände befassen darf, das sei den Parteien vorbehalten. Und zum Schluss wird dem Hessischen Finanzgericht vorgeworfen, dass es sich nicht ausgiebig genug mit der Erforschung des Sachverhalts beschäftigt habe.

In unserer Erwidern darauf haben wir alle Punkte für nicht berechtigt angesehen und sie noch einmal mit ausführlichen Begründungen zurückgewiesen.

Wie geht es nun weiter?

Es wird damit gerechnet, dass die Entscheidung des Bundesfinanzhofs über die Nichtzulassungsbeschwerde nicht mehr in diesem Jahr erfolgen wird. Wenn diese dann abgelehnt wird, ist das Urteil des Hessischen Finanzgerichts rechtskräftig, und wir sind wieder gemeinnützig. Wenn aber der Nichtzulassungsbeschwerde stattgegeben wird, dann muss voraussichtlich mit weiteren zwei Jahren gerechnet werden, bis es zum Prozess vor dem Bundesfinanzhof kommt.

Obwohl nach wie vor kein Zweifel besteht, dass Attac gemeinnützig ist, ist diese weitere Verzögerung aus verschiedenen Gründen höchst ärgerlich. Erstens können wir derzeit auch weiterhin keine Spendenbescheinigungen ausstellen und die Kooperation mit gemeinnützigen Stiftungen bei größeren Veranstaltungen gestaltet sich äußerst schwierig. Und zweitens bindet diese unnütze Verzögerung Kräfte im Bundesbüro und unter den Ehrenamtlichen, die ihr Engagement lieber für sinnvolle Projekte einsetzen würden.

Zur Zeit steht also Attac weiterhin mit allen Konsequenzen ohne Gemeinnützigkeit da.

Die AG Gemeinnutz, bestehend aus Mitgliedern des KoKreises, des Vereinsvorstands, der Geschäftsführung und des Büroteams, ergreift auch in Zukunft alle erforderlichen Maßnahmen.

KoKreis-Arbeit 2018

Um im kommenden Jahr die KoKreis-Arbeit mit Begeisterung machen zu können, um die brennenden politischen Themen gut zu bearbeiten, brauchen wir erneut einen sehr verlässlichen, politisch und sozial kompetenten KoKreis.

Wir ermutigen Attacies, sich zur Wahl zu stellen.

Wir bitten gleichzeitig Euch als Delegierte darum, sehr darauf zu achten, solche Attacies zu wählen, für die folgende Voraussetzungen möglichst weitgehend zutreffen:

- Zuverlässigkeit in der Zusammenarbeit und soziale Kompetenz: wertschätzender Umgang, Kommunikations-, Kritik- und Konfliktfähigkeit als Basis der KoKreis-Arbeit.
- Bereitschaft und Lebenssituation, die es ermöglicht, regelmäßig bis zu 20 Wochenstunden für KoKreis-Arbeit einzusetzen, zuverlässig für einen Wochentag pro Monat zur KoKreissitzung zu fahren und vier- bis fünfmal im Jahr zu Ratssitzungen.

Zudem *schlagen wir vor*, auch solche Attacies in den KoKreis zu wählen, die nur eine geringere Wochenstundenzahl erübrigen können,

- wenn sie kontinuierlich an Treffen und Mailkommunikation teilnehmen und ihre Erfahrung für Attac wichtig ist,
- wenn sie über möglichst intensive Kenntnis der Attac-Arbeitszusammenhänge oder zumindest über Erfahrungen aus Bewegungskontexten verfügen,
- wenn sie politische und organisatorische Erfahrung haben und sich klar am Attac-Grundkonsens orientieren:

„Attac lehnt die gegenwärtige Form der Globalisierung, die neoliberal dominiert und primär an den Gewinninteressen der Vermögenden und Konzerne orientiert ist, ab: Die Welt ist keine Ware.

Attac wirft die Frage nach wirtschaftliche Macht und gerechter Verteilung auf.

Attac setzt sich für die Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten, für Demokratie und umweltgerechtes Handeln ein.

Für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien gibt es keinen Platz.“

Daneben sind Kooptierungen für KoKreis-AGs möglich, wenn diese sonst nicht ausreichend stabil arbeiten können.

Frankfurt, 11.10.2017

7.2 Bericht des Rates

Die Homepage des Rates wird regelmäßig aktualisiert. Deshalb kann die Arbeit des Rates am besten verfolgt werden auf der Seite: <http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/gremien/rat/sitzungen/>

Dort findet Ihr die Protokolle, die Materialien zur Vorbereitung einer Sitzung, Inputs von ReferentInnen und die verschiedenen Anträge zur jeweiligen Sitzung.

Der Rat hat seit dem letzten Herbst-Ratschlag fünfmal getagt und dabei versucht, seiner Aufgabe gerecht zu werden: "Er diskutiert richtungsweisende Prozesse, Haushaltsplan und weiterreichende Entscheidungen. All die langfristigen Themen, für die der Ratschlag nicht die Ruhe und Kontinuität und der Koordinierungskreis nicht die Zeit bietet, sollen hier diskutiert werden. Der Rat ist der strategische Kern von Attac. Er soll die Ideen und Vorstellungen aller Teile von Attac zusammenbringen." (aus der Internet-Seite des attac-Rates).

Seit dem letzten Ratschlag hatten wir fünf Sitzungen:

Konstituierende Klausur am 26. und 27.11.2016 in Bad Hersfeld:

TeilnehmerINNEN: 34 Ratsmitglieder, 3 Gäste

Die TO war geprägt durch TOPs zur Einführung in die Ratsarbeit und zur Konstituierung der Ratsarbeit (AGen-Bildung, Wahlen). In einem separaten TOP wurde über die Bündnisarbeit von Attac berichtet und diskutiert.

In einem Ad-hoc TOP wurde diskutiert und beschlossen:

Der Rat unterstützt das verstärkte Engagement der AG Globalisierung und Krieg in der Friedensbewegung und in den Beratungen für Ostermärsche, Stop Ramstein-Proteste und Proteste nach der Wahl.

Zur Sitzungsstruktur der Ratsperiode 2017 wird beschlossen:

- Der Rat trifft sich zu fünf Sitzungen pro Ratsperiode.
- Zwei der Sitzungen werden als zweitägige, drei als eintägige Treffen organisiert.
- Die Rats-VG wird autorisiert, bereits frühzeitig Reservierungen von Herbergen für die Ratsperiode 2018 vorzunehmen.

Eine Ideensammlung für die Themen der Sitzungen wurde ermittelt:

- NATO-Strategie
- Bündnispartner (Campact) und Umgang mit Aktiven
- Wo steht die linke Bewegung in Europa - welche Aufgaben kommen auf sie zu?
- „Mainstream-Medien“ - Strukturen, Kritik
- Neoliberale Globalisierung und Destabilisierung der kommunalen Strukturen Europa neu begründen (es gibt die Überlegung, diesen Aspekt ggf. beim Thema der linken Bewegung in Europa, s. oben, zu integrieren)
- Alternativen zum Alternativen Handelsmandat
- Wahlen und das Erstarken der Rechten
- Wachstumskritik
- Das Ende der Megamaschine
- Bürgerversicherung in Überlegungen der SPD

Sitzung am 11. Februar 2017 in Frankfurt:

TeilnehmerINNEN: 27 Ratsmitglieder, 11 Gäste

Hauptthema: Attac Kongress zum Thema Europa im Frühjahr 2018

Es wurden keine Beschlüsse mit weiterreichenden Wirkungen gefasst.

Sitzung am 29. April 2017 in Hannover:

TeilnehmerINNEN: 19 Ratsmitglieder, 2 Gäste

Hauptthema: Demokratie im Kapitalismus und die Rollen der Medien darin (Referent A. Fisahn)

Die bisherigen Beauftragten des Rechtshilfefonds (Karsten Peters, Peter-Ulrich Peters, Roman Haug, Christine Rudolf, Martin Uebelacker, Ulrike Paschek) werden bestätigt.

Klausur am 24. und 25. Juni 2017 in Bad Hersfeld:

TeilnehmerINNEN: 25 Ratsmitglieder, 3 Gäste

Hauptthema: Die Strategie der Nato in Bezug auf die aktuellen geopolitischen Konflikte (Referent Tobias Pflüger)

In der Diskussion um ein Papier der AG Globalisierung und Krieg werden zwei Beschlussanträge abgelehnt. „Die unterschiedlichen Einschätzungen bezogen auf den Anlass der Diskussion bleiben erhalten.“

Sitzung am 16. September 2017 in Frankfurt:

TeilnehmerINNEN: 25 Ratsmitglieder, 2 Mitarbeiter Bundesbüro, 3 Gäste

Hauptthema: Rolle und Bündnisfähigkeit von Attac am Beispiel von G20 (Input Achim)

Jahresmitgliederversammlung des Attac Trägerverein e.V. 2017

Beschlüsse:

- Die Koordination der europäischen Attacs (z. B. durch GR-Partnerschaften) soll Thema der nächsten Sitzung werden.
- Es bleibt für die kommende Periode bei drei eintägigen Sitzungen und zwei Klausuren.
- Der Gender AG wird der Status „bundesweite AG“ aberkannt.

Von den 49 namentlich benannten Ratsmitgliedern waren neun bei keiner der fünf Sitzungen dabei.

(zwei Mitgliedsorganisationen und zwei AGen haben keine VertreterINNEN namentlich benannt.)

Außerdem gab es die üblichen Routine-Arbeiten:

- Planungen und Berichte zu den Attac-Aktivitäten, Diskussionen zu aktuellen Fragen, Informationen über internationale Treffen,
- Bestätigungen von bundesweiten Attac-AGn
- Die Vorbereitung von Ratsschlägen, Sommerakademie etc. in den AGen des Rates
- etc.

Eure Rats-VG

8 Texte zu „In drei Minuten auf den Punkt“

8.1 „ATTAC & ICH: NACHHALTIGER AKTIVISMUS UND ALL-TAG IN SOZIALEN BEWEGUNGEN“

Wir sind Menschen, die sich bei Attac engagieren. Wir sind Familienangehörige, Selbstständige, LohnarbeiterInnen und AktivistInnen in einer global vernetzten Welt und stehen täglich vor den Fragen: Wie können wir Familie, Arbeit und Aktivismus verbinden? Unsere Geschichten sind vielfältig und verschieden. Wir möchten sie mit euch teilen und eure Geschichte hören. Was treibt euch an? Was motiviert euch? Was hält euch auf? Was ist eure eigene Vision eines „guten Lebens“ für's Jetzt? Wir möchten uns mit euch in Kleingruppen austauschen, gegenseitig motivieren und gute Erfahrungen für die Nachwelt bzw. einen nachhaltigen Aktivismus festhalten.

8.2 Vorschlag eines neuen Themenschwerpunktes „Digitalisierung“

Die G20 schrieben das Thema im Jahr 2017 erstmals groß auf die Agenda und verkündeten ein großes Ziel: 2025 soll jeder Mensch Internetzugang besitzen. Also insbesondere dem Digitalen

Markt angehören. Dieser scheint nicht zu bremsen, bringt aber erhebliche Schwierigkeiten und Gefahren mit sich - ein beschleunigter Kapitalismus aufgrund doppelten Wachstums (Big Data und Big Money), ein stetiger Bedarf an Ressourcen und Energie, grenzenlose Überwachung durch Geheimdienste, Abhängigkeit und Verwundbarkeit neuralgischer gesellschaftlicher Prozesse sowie eine zunehmende Prekarisierung und Individualisierung des Arbeitsmarktes.

Und doch gibt es noch keinen Arbeitszusammenhang bei attac, der sich mit dem Ausmaß ihrer Konsequenzen, ihrer Tragweite und Gefahren befasst.

Ich bin der Meinung – das muss sich ändern. Es wird höchste Zeit, dieses Feld nicht allein den Konzernen – und der FDP – zu überlassen!

Dabei sind es neben den wirtschaftlichen Aspekten wie Steuern, (Internet-)Märkten auch Demokratie und Grundrechte, die die urtypischen Attac-Themen betreffen. Aber auch die Bereiche Datenschutz, Medien und Arbeitsrechte sind direkt betroffen.

Ziel ist dabei,

- möglichst viele interessierte Attacies zu vereinen und eine gemeinsame Plattform zu finden
- gemeinsame Schwerpunkte zu finden
- Theorie und Bildung zu betreiben
- Vernetzungsarbeit zu leisten und Forderungen zu erarbeiten
- und mittelfristig eine schlagkräftige AG aufzubauen.

Dazu treffen wir uns am Sonntag nach dem Ende des Ratschlages, ab 13 Uhr in Raum 2.

Raphael Müller

9 Vorschläge

9.1 Vorschlag der Verlängerung der Stelle für Koordination und Kampagnenkonzeption für ein Jahr

Die AG Finanzmärkte und Steuern beantragt die Verlängerung der Stelle für Koordination und Kampagnenkonzeption für ein Jahr

Begründung:

Das Thema Finanzmärkte und Steuern ist das Kernthema und Gründungsthema von Attac (association pour la taxation des transactions financière et pour l'action citoyenne).

Es gibt wenige zivilgesellschaftliche Gruppen, die dazu qualifizierte Aussagen und medienwirksame Aktionen machen können, während andere Themen wie Entwicklung, Umweltschutz, öffentliche Daseinsvorsorge von vielen NGOs und Verbänden bearbeitet werden. Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass Attac in diesem Themenfeld Kompetenz zugebilligt wird und daher die Aktivitäten von Attac bemerkenswerte Resonanz in der Öffentlichkeit finden. Dieses Alleinstellungsmerkmal sollten wir gezielt nutzen, um das Attacprofil nach außen zu schärfen, unsere Sichtbarkeit zu erhöhen und die Mitgliederbasis wieder auszubauen.

Da wir bei der Auswahl der Stellenbesetzung sorgfältig vorgegangen sind, konnte die Stelle erst im März 2017 besetzt werden. Dafür haben wir mit Tim Büttner eine kompetente Kraft gewonnen, die sich ab dem ersten Tag wirksam einbringen konnte.

Zusammen haben wir eine ganze Reihe inhaltlich und organisatorisch erfolgreicher Aktionen und Aktivitäten durchgeführt:

- März 2017: Verschiedene Veranstaltungen zur G20-Finanzministertagung in Baden-Baden mit breiter medialer Wahrnehmung von Attac als kompetenter Akteur im Themenfeld Steuerflucht und Finanzmarktregulierung
- April 2017: Aktion vor dem Bundestag zum Thema Geldwäsche und Steuerhinterziehung
- Mai 2017: Markierung einer Deutschen Bank mit abwaschbarer Farbe im Rahmen der Aktionsakademie in Hamburg und Bildung einer Aktionsgruppe zur Durchführung neuer Aktionsformen innerhalb Attac.
- Mai 2017: Medienaktion bei der Hauptversammlung der Deutschen Bank in Frankfurt
- Juli 2017: G20 in Hamburg:
 - Mehrere Workshops im Rahmen des Alternativgipfels
 - Medial positiv aufgegriffene Markierung einer Filiale der Deutschen Bank, Sichtbarmachen der Intransparenz der Branche
 - Interviews und Statements im Kontext der unzulänglichen Finanzmarktregulierung durch die G20
 - Beitrag für das Bündnis Reichtum Umverteilen zum Thema G20 und Steuerpolitik
- Juli 2017: Jahrestagung der AG mit Konzeptentwicklung für die weitere Arbeit, u. a. Entwicklung einer Kampagne zu Steuerpraktiken von Konzernen, die für Attac-Gruppen regional umsetzbar sein wird. Dafür wird in Kooperation mit der Otto-Brenner-Stiftung im Herbst eine branchenbezogene Studie erstellt.
- Beteiligung an Workshops im Rahmen der Europäischen Sommeruniversität in Toulouse
- Verstärkung der Zusammenarbeit innerhalb des europäischen Attac-Netzwerkes
- Intensive Arbeit in Bündnissen, insbesondere dem Netzwerk Steuergerechtigkeit, dem Bündnis Steuer gegen Armut und das Bündnis Reichtum Umverteilen

Das nächste Jahr stellt uns nun - insbesondere mit dem 10-jährigen Jubiläum der globalen Finanzkrise – wieder erhebliche organisatorische und inhaltliche Aufgaben (siehe dazu auch unseren getrennten Antrag). Insbesondere halten wir es dringend erforderlich, das europäische Netzwerk zu stärken. Zudem soll die in den letzten Monaten vorbereitete Kampagne zu Steuertricks der Konzerne in die Umsetzungsphase gehen.

Um unsere gerade begonnenen verstärkten Aktivitäten fortsetzen zu können, beantragen wir hiermit, die befristete Stelle für ein Jahr zu verlängern.

Die Aufgabenstellung bleibt unverändert:

- Unterstützung der AG bei der Konzeption und Durchführung der Kampagne zu Steuerpraktiken multinationaler Unternehmen und von Aktionen für lokale Gruppen, Kommunikation mit allen Beteiligten, insb. den lokalen Gruppen, Monitoring der Entwicklungen (Finanzmärkte, Steuervermeidung, Steuerpolitik usw.)
- Koordination der Aktivitäten in Bundes-AG, EAN-AG, KoKreis und Pressegruppe
- Unterstützung und Stärkung der Pressearbeit für den Themenbereich
- Unterstützung der Zusammenarbeit mit zu Steuer- und Finanzthemen arbeitenden Lokalgruppen, Förderung von themenbezogenen Aktivitäten in Lokalgruppen
- Koordination der Bündnisarbeit und Verstärkung der Zusammenarbeit mit Bündnispartnern

Für die AG Finanzmärkte und Steuern Alfred Eibl

9.2 Vorschlag: Unterstützung der Proteste gegen die NATO-„Sicherheitskonferenz“ 2018

Antrag zur Unterstützung der Proteste gegen die NATO-„Sicherheitskonferenz“ 2018

Am 30. 09. 2017 wurde folgende Pressemitteilung veröffentlicht:

„Aktionsbündnis beschließt Proteste gegen die SIKO-2018

Auf einem ersten Treffen von Vertretern aus 16 Münchner Organisationen haben die Teilnehmer beschlossen, anlässlich der sogenannten „Sicherheitskonferenz“ Mitte Februar in München, zu Protesten gegen die NATO-Kriegspolitik zu mobilisieren.

Am Samstag, 17. Februar 2018 soll wieder eine große Demonstration rund um den Bayerischen Hof – dem Tagungsort der NATO-Kriegsstrategen auf der SIKO – stattfinden.

Im Zentrum der Proteste wird unsere Ablehnung der militärischen Aufrüstung, die geplante Verdoppelung der Ausgaben für die Bundeswehr und die Aufrüstung und Modernisierung der Atomwaffenarsenale inkl. der in Büchel stationierten US-Atombomben stehen.

Das Aktionsbündnis fordert die friedliche Lösung von Konflikten anstelle von Kriegsvorbereitung und militärischer Drohungen.

Aktionsbündnis gegen die NATO-„Sicherheitskonferenz“

München, 30.09.2017“

Ich stelle den Antrag auf Unterstützung der Proteste durch Attac Deutschland.

Berlin, 30. 09. 2017

Barbara Fuchs, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis

Zur weiteren Information:

Auf der Webseite <http://sicherheitskonferenz.de/de/node/6901> findet sich die Einladung zum ersten Bündnistreffen (unterschrieben u. a. von unserem langjährigen Attac-Aktivisten Bernd Michl):

„Die geplante Verdoppelung der Rüstungsausgaben durch die Bundesregierung, ihr Festhalten an der Stationierung der US-Atomwaffen in Büchel, das Vorrücken der NATO an die Grenzen Russlands, die Ausweitung der Bundeswehreinsätze und die steigenden Rüstungsexporte, die Abriegelung der EU-Grenzen gegen Flüchtende, Uranmunition und Minenopfer in den von der NATO zerstörten Ländern und die US-Kriegsdrohungen gegen Nordkorea sind Gründe genug, um gegen die SIKO und die dort versammelten NATO-Militärstrategen auf die Straße zu gehen.“

9.3 Vorschlag: Friedenspolitische Resolutionen (AG Globalisierung und Krieg)

Friedenspolitische Resolution der AG Globalisierung und Krieg für den Herbststratschlag 2017

Die AG Globalisierung und Krieg beantragt beim Herbststratschlag 2017 die Verabschiedung folgender Resolution:

Attac fordert im Rahmen seiner friedenspolitischen Aktivitäten im kommenden Jahr von der Bundesregierung und den Bundestagsabgeordneten, sich insbesondere dafür einzusetzen,

1. im Bereich der Drohnen

- die Herstellung und den Einsatz von bewaffneten Kampfdrohnen zu international zu ächten
- keine bewaffneten oder bewaffnungsfähigen Kampfdrohnen anzuschaffen, zu mieten oder zu entwickeln
- keine Soldat*innen für den Einsatz von Kampfdrohnen auszubilden

- jegliche Beteiligung an Einsätzen bewaffneter Drohnen – auch die von anderen Staaten – und jegliche Duldung der diesbezüglichen Nutzung von Einrichtungen auf deutschem Staatsgebiet zu beenden
- 2. im Bereich der Atomwaffen
 - den Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten
 - den Ausstieg Deutschlands aus der „nuklearen Teilhabe“ zu vollziehen
 - den Abzug aller in Deutschland stationierten Atomwaffen anzuordnen
- 3. im Bereich Auslandseinsätze der Bundeswehr
 - sämtliche Auslandseinsätze der Bundeswehr sofort zu beenden
 - eindeutig klarzustellen, dass die militärische Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen illegal ist, und entsprechend zu handeln
- 4. im Bereich der Rüstungsexporte und der militärischen Unterstützung anderer Staaten oder Milizen
 - Rüstungsexporte und militärische Unterstützung für Kriegs- und Konfliktgebiete ausnahmslos zu verbieten
- 5. im Bereich EU-Militarisierung
 - sich der derzeitigen Militarisierung der EU entgegen zu stellen und sie auf Null zurückzufahren
 - die Verpflichtung der Nationalstaaten zur Aufrüstung im Vertrag von Lissabon zu streichen
- 6. im Bereich Militärhaushalt
 - die Bemühungen, das so genannte 2%-Ziel der NATO zu erreichen, einzustellen und im Gegenteil dazu den Militärhaushalt zu Gunsten sozialer Aufgaben drastisch zurück zu fahren
- 7. im Bereich Zivile Konfliktbearbeitung und Entmilitarisierung der Gesellschaft
 - die Mittel (a) für nachhaltige Maßnahmen ziviler Konfliktbearbeitung und (b) für humanitäre Maßnahmen in Kriegs- und Krisengebieten signifikant zu erhöhen

Attac appelliert an alle Attacies, sich in diesem Sinne einzusetzen.

Begründung:

Bereich Drohnen

Bewaffnete Kampfdrohnen sind für aggressive Einsätze gegen Bevölkerungen geeignet, die selbst über keine Luftabwehr-Verteidigung verfügen. Das Waffensystem wird gegenwärtig vorwiegend als bevorzugte Strategie der Kriegsführung im zeitlich und räumlich entgrenzten "Krieg gegen den Terror" eingesetzt.

Die sich ständig ausweitenden Drohneneinsätze senken die Hemmschwelle zu größeren Kriegen, sind eine der Ursachen für die Flüchtlingsbewegungen [4] und für den zunehmenden internationalen Terrorismus. Sie untergraben auf gefährliche Weise das internationale Völkerrecht. Die UNO, das Europäische Parlament sowie mehrere international angesehene Menschenrechts-NGOs haben wiederholt ihre Besorgnis hierüber stark zum Ausdruck gebracht.

Bereich Atomwaffen

Atomwaffen sind besonders grausame und zerstörerische Massenvernichtungswaffen. Der Einsatz von Atomwaffen kann den ganzen Planeten für Menschen unbewohnbar machen.

Die weltpolitische Lage wird chaotischer und Staaten wie Russland oder die USA haben jederzeit 1.200 Atomwaffen auf der höchsten Alarmstufe stehen.

Bereich militärische Auslandseinsätze

Militärische Auslandseinsätze verschärfen in der Regel Konflikte und tragen damit zu noch größerem Leid in der Bevölkerung bei. [3] Beim Einsatz gegenüber sog. Terrorgruppen dienen sie darüber hinaus als Nährboden zur Schaffung von Terrorist*innen.

Deutschland wird nicht militärisch angegriffen. Terroranschläge in Deutschland werden nicht von anderen Staaten durchgeführt und stellen somit völkerrechtlich keinen Angriff da.

Der Ratschlag erklärte bereits 2002: „Eine Militarisierung der Außenpolitik und Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland lehnt attac ab.“ [1]

Bereich Rüstungsexporte und militärische Unterstützung anderer Staaten oder Milizen

Rüstungsexporte haben eine wichtige militärpolitische Funktion. Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung schreibt dazu: „Ursächlich für die augenscheinliche Affinität [gemeint ist hier Affinität von Regierungspolitikern] zu Waffenexporten ist nicht zuletzt der Umstand, dass der heimische Markt viel zu klein ist. Mit anderen Worten: Die deutsche Rüstungsindustrie wäre ohne Exporte schlicht nicht überlebensfähig. Solange es eine deutsche Rüstungsindustrie gibt, solange wird es also auch zwingend deutsche Rüstungsexporte geben.“ [5]

Bereich EU-Militarisierung

Die EU-Militärstrukturen ausgebaut werden, um laut EU-Thinktank EUISS die „Ströme der Globalisierung“ durch „harte Machtpolitik“ zu schützen und durch Abschottungseinsätze „die globalen Reichen von den Spannungen und Problemen der Armen abzusichern“. [6]

Gleichzeitig werden dabei Militärstrukturen demokratischen Entscheidungsprozessen entzogen. Deshalb sind EU-Militärstrukturen strikt abzulehnen.

In den Bereichen Drohnen, Atomwaffen, militärische Auslandseinsätze und Rüstungsexporte sind sowohl die AG Globalisierung und Krieg aktiv als auch viele Attacies in Regionalgruppen. Es gibt auch wichtige Beschlüsse [1] und [3] und öffentliche Stellungnahmen [2] von Attac Deutschland. Die EU-Militarisierung findet sich zudem im Attac-Schwerpunkt Europa wieder.

Dafür lässt sich also gut mobilisieren, da diese Forderungen breite Unterstützung erfahren. Deswegen und wegen ihrer friedenspolitischen Bedeutung ist es wichtig, sie in den Mittelpunkt zu stellen.

[1] Attac-Erklärung für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte, verabschiedet auf dem Ratsschlag am 26.5.2002, ergänzt am 29.10.2006.

[2] Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr, 23.5.2017.

[3] Ratsbeschluss: Kein Kriegseinsatz in Syrien, 30.11.2015.

[4] Flüchtende aufnehmen, Fluchtursachen bekämpfen, 17.12.2015.

[5] Jürgen Wagner: Alle Rüstungsexporte stoppen! Die machtpolitische Funktion des Waffenhandels aufzeigen! 1. April 2016.

[6] "Perspektiven für die Europäische Verteidigung 2020", Institut für Sicherheitsstudien der Europäischen Union (EUISS), April 2011.

9.4 Vorschlag des KoKreises zur Friedenspolitik

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben!

Beschluss: „Attac thematisiert im Rahmen seiner friedenspolitischen Aktivitäten im kommenden Jahr die geplante Erhöhung des Wehretats in Deutschland und kritisiert insbesondere die Forderung nach

einer Anhebung des Richtwertes auf 2% des Bruttoinlandsprodukts, wie dies für die NATO Mitgliedsstaaten beabsichtigt ist.“

Begründung: Mit einer Fokussierung auf die gesteigerten Rüstungsausgaben in Deutschland können wir zum einen die in weiten Teilen der Bevölkerung vorhandenen Kritik an der Militärpolitik der Bundesregierung aufgreifen und zum anderen direkt die deutsche Rüstungspolitik im Rahmen der Nato angreifen.

Bei der Begründung der Ablehnung steigender Militäretats wären folgende Aspekte wichtig:

- Die Rechtfertigung von Kriegen in der Öffentlichkeit hinterfragen: Was ist aus dem „Krieg gegen den Terror“ nach 16 Jahren geworden? Keines der damit verbundenen Ziele wurde erreicht, der zunächst auf Afghanistan beschränkte Konflikt wurde inzwischen massiv ausgeweitet, mit den bekannten katastrophalen Folgen.
- Die wirkliche Rolle der angeblichen „Friedensmacht Europäische Union“ darstellen: Sie unterscheidet sich in ihrer Handels-, Ressourcen- und Umweltpolitik keineswegs von den USA und trägt damit ebenfalls weltweit massiv zu den Kriegsursachen bei. Deren militärischen Ambitionen wurden bereits vor Trump deutlich und ihr Zynismus zeigt sich nicht zuletzt in der Abschottungs- und Abschiebepolitik gegenüber Geflüchteten.
- Die Verknüpfung von Handelspolitik, Globalisierung und Krieg verdeutlichen, die erforderlichen Maßnahmen zur Verwirklichung der Beschlüsse des Pariser Klimaabkommens als Minimalziele vertreten und die Umsetzung einer alternativen Wirtschaftspolitik vorantreiben

9.5 Vorschlag Attac Leipzig, Halle, Cottbus

„Stopp Air Base Ramstein“

Wir beantragen, dass Attac Deutschland sich 2018 verstärkt in der Vorbereitung, Umsetzung und Durchführung der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“ engagiert.

Durch einen unterschiedlich ausgelegten, vom Attac Rat im November 2016 konsensual getroffenen, Beschluss kam es zu Missverständnissen und Differenzen zwischen dem Attac Kokreis und Aktiven aus Regionalgruppen, die sich intensiv in die Vorbereitung der Kampagne

„Stopp Air Base Ramstein“ eingebracht haben und kurz vor der Aktion in einer Pressemitteilung erfahren mussten, dass sich der Attac-KoKreis von der Kampagne distanziert und alle Beteiligten als Privatpersonen handeln. Dies hat zu einem enormen Ansehens- und Vertrauensverlust von Attac geführt und darf sich so nicht wiederholen. Dafür ist ein Beschluss des Ratschlages geboten, der eindeutig und für alle nachlesbar ist.

Die Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“ ist keine lokale Angelegenheit sondern von internationaler Bedeutung.

Die Air Base Ramstein ist die größte Air Base außerhalb der USA. Sie spielt eine Schlüsselrolle bei völkerrechtswidrigen Kriegs-Einsätzen. Ohne sie wäre der weltweite Drohnenkrieg derzeit unmöglich. Darüber hinaus wurden und werden von Deutschland nicht genehmigte Waffenlieferungen über den Stützpunkt in Ramstein abgewickelt.

Die Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“ ist eines der wichtigsten Projekte der Friedensbewegung, von der sich Attac nicht ausschließen darf.

Attac Regionalgruppe Leipzig, Attac Regionalgruppe Halle, Attac Regionalgruppe Cottbus

9.6 Vorschlag zum regionale Aktionen betreffenden Informationsfluss innerhalb von Attac der Attac-Regionalgruppe Untere Saar

Wir beantragen, den Informationsfluss zwischen dem Bundesbüro und den Regionalgruppen mittels des Gruppeninfobriefs bezüglich Demos, Aktionen und Veranstaltungen, sowohl im Inland wie im grenznahen Ausland, zu verbessern. Zudem halten wir es für notwendig, die Erkennbarkeit solcher Veranstaltungen auf der Webseite von Attac zu optimieren, weil sich auf dieser Seite an Attac interessierte Personen informieren.

Es sollen in Zukunft u.a. friedenspolitische Veranstaltungen mittels des Gruppeninfobriefs und auf der Webseite bekannt gemacht werden, auch und gerade wenn zu diesen nicht bundesweit aufgerufen wird.

Zudem soll mittels einer Überarbeitung des Textes unter "Themen" auf der Attac-Webseite eine eindeutige antimilitaristische Position von Attac erkennbar werden, die den Wahnsinn der Ausgaben für Rüstung zum einen und Kriege als Fluchtursache zum anderen klar benennt.

Durch Bewerbung von bzw. verstärktes Engagement für Veranstaltungen mit Bezug zu Attac-Themen, die im benachbarten Ausland stattfinden, soll die internationale Vernetzung und Zusammenarbeit vorangetrieben werden.

Begründung: Anlässlich der diesjährigen Aktionswochen am US-Atombombenstandort Büchel (Eifel) sowie der diesjährigen Kampagne gegen die AirBase und Drohnenrelaisstation in Ramstein (Pfalz) fiel uns auf, dass diese Termine nicht im Gruppeninfobrief und auf der Attac-Seite aufgeführt waren. Gespräche mit anderen Attac-AktivistInnen vor Ort zeigten, dass Termine zu friedenspolitischen Themen von diesen ebenfalls vermisst werden. Einwände dergestalt, dass bestimmte Aktionen nur lokale Bedeutung hätten bzw. dazu nicht bundesweit aufgerufen würde, stehen aus unserer Sicht einer Verbreitung keinesfalls entgegen.

Angesichts der angespannten Weltlage und der bevorstehenden massiven Aufrüstung (2%-Budgetziel der NATO) halten wir es für unerlässlich, friedenspolitische Aktivitäten wirksam zu verbreiten und zu bewerben. Wir befinden uns in einer Phase der vom Westen ausgelösten Aufrüstung, der mittelfristig entsprechende Reaktionen der anderen Großmächte folgen werden. Rüstungsausgaben stellen eine massive Verschleuderung von Ressourcen dar, die zum Abbau von Konflikten, zur Herbeiführung gerechterer Wirtschaftsbeziehungen und zum Kampf gegen Umweltzerstörung und Klimawandel dringend gebraucht würden. Kriege stellen eine wesentliche Ursache der weltweiten Fluchtbewegungen dar. Wir erwarten angesichts der aktuell hochgefährlichen Weltlage von Attac Deutschland eine klare antimilitaristische Positionierung. "Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts" (Willy Brandt).

Unsere Regionalgruppe Untere Saar bemüht sich mit Erfolg, Aktionen von Gruppen aus den grenznahen Nachbarländern (Saar-Lor-Lux-Region und Belgien) aktiv zu unterstützen und dadurch die grenznahe Vernetzung zu fördern.

Nach den dezentralen TTIP/CETA-Demos vom 17.09.2016 folgte einige Tage später eine Demo zum gleichen Thema in Brüssel, zu der europaweit mobilisiert wurde, allerdings nicht von Attac Deutschland. Die Beteiligung deutscher Attac-Gruppen hielt sich mangels Aufruf durch das Bundesbüro leider in sehr engen Grenzen (aus Bielefeld, Minden, Aachen und Saarlouis waren einige TeilnehmerInnen angereist). Vom Bundesbüro wurde diese Zurückhaltung damit begründet, eine Mobilisierung für die dezentralen deutschen Demos und die europaweite Demo in Brüssel sei organisatorisch und kräftemäßig nicht zu leisten gewesen. Dennoch hätte ein energischer Aufruf nach Brüssel nach unserer Meinung unbedingt erfolgen müssen, da diese Demo im Machtzentrum der EU stattfand. Solche Gelegenheiten bei einem so wichtigen Thema wie dem Freihandel sind selten und müssen genutzt werden, auch wenn dies außerordentliche Anstrengungen erfordert. Zumindest in Gruppen aus

NRW und Rheinland-Pfalz hätte unserer Überzeugung nach Potential für eine wesentlich stärkere Beteiligung deutscher AktivistInnen bestanden. Von uns aus liegt Brüssel näher als Berlin, zumal in Brüssel regelmäßig wichtige Entscheidungen zu Attac-relevanten Themen fallen oder vorbereitet werden. Und wenn Leute aus Spanien, Portugal oder Griechenland eine Fahrt nach Brüssel auf sich nehmen, dann ist dies Leuten aus Deutschland doch allemal zumutbar.

Anlässlich der Beteiligung belgischer Gewerkschafter an den Protesten gegen die Verschlechterung des französischen Arbeitsrechts formulierte kürzlich eine belgische Aktivistin:

"Die Angriffe gegen die soziale Sicherheit oder gegen die öffentlichen Dienstleistungen sind von der Europäischen Union geplant und gewollt. Deshalb müssen wir dahin kommen, dass es eine internationale gewerkschaftliche Antwort darauf gibt".

Was für Gewerkschaften gilt, gilt genauso für Attac.

Lösungsvorschläge: Die Regionalgruppen werden deshalb dringend aufgefordert, Termine der beschriebenen Art an Boris Loheide aus dem Bundesbüro weiterzuleiten, damit diese dann im Gruppeninfobrief und auf der Webseite erscheinen können, sowie bei Terminen mit friedenspolitischem Bezug frühzeitig die AG Globalisierung und Krieg zu informieren, die über ihre Verteiler und auf ihrer Termin-Webseite auf Aktionen und Veranstaltungen zu ihrem Themenbereich hinweist.

Die für die „Themen“-Seite der Attac-Webseite Zuständigen werden gebeten, diese im Sinne einer klaren und eindeutigen antimilitaristischen Position angemessen zu überarbeiten.

Irene Himbert, Hans-Hermann Bohrer; Attac-Regionalgruppe Untere Saar (Saarlouis)

9.7 Vorschlag bzgl. der IT-Nutzung durch Attac von Gerold Korbus

Der attac-Herbstratschlag möge beschließen:

attac überprüft die gesamte eigene Nutzung von IT hinsichtlich der Übertragung von Daten an Großkonzerne und wird alles erforderliche tun, um die Hoheit über die eigenen Kommunikationsstrukturen wieder zu erreichen. Der Schutz der Privatsphäre bei der Nutzung der IT-Strukturen attacs, das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung sowie die Datensicherheit und die Urheberrechte stehen hierbei im Vordergrund. Damit wird die Nutzung der sogenannten sozialen Netzwerke nicht ausgeschlossen, jedoch darf es dort keine Unikate geben - alles was attac dort anbietet wird auch auf eigenen Systemen angeboten, damit die Teilhabe für Menschen möglich ist, die aus beliebigen Gründen nicht dort vertreten sind. Eintragungen in attac-Systeme finden keinesfalls bei den sogenannten sozialen Netzwerken statt, sondern dafür werden die Menschen automatisch zum attac-eigenen Angebot geleitet. Hintergründe werden im Reader dargelegt.

Gerold Korbus

10 Finanzanträge

10.1 AG EnergieKlimaUmwelt

Geplante Aktivitäten der EKU AG ab Herbst 2017

Ziel ist unserer Aktivitäten ist es auch in diesem Jahr wieder, auf einen sofortigen Kohleausstieg hinzuarbeiten und ökonomische Strukturen als Grund für Klimawandel und soziale Ungerechtigkeit zu entlarven.

Darum wird die EKU AG weiterhin in den Netzwerken der Klimagerechtigkeits- und Anti-Kohle-Bewegung aktiv sein. Wir möchten dort wie bisher eine vernetzende Rolle spielen, und dabei versuchen, Umweltverbände, Organisationen und Graswurzelgruppen zusammen zu bringen.

Damit knüpfen wir an die Arbeit der AG an, die in diesem Sinne seit 2015 das Ende Gelände Bündnis mitaufgebaut und begleitet hat.

Attac hat sich auch dieses Jahr am Ende Gelände Bündnis beteiligt, und wird dies auch bei den bevorstehenden Protesten anlässlich des UN Klimagipfels in Bonn bzw. dem dort stattfindenden Peoples Climate Summit tun. Das bestärkt uns darin, die Dynamik einer „jungen“ Bewegung nutzen, zu unterstützen und Attac-Themen in dem Zusammenhang sichtbar zu machen.

Es ist davon auszugehen, dass es 2018 wieder eine Massenaktion zivilen Ungehorsams geben wird, die u. a. von Ende Gelände ausgeht; die Planungen dafür beginnen wegen der laufenden UN Gipfel Aktivitäten später als letztes Jahr.

Darüberhinaus wird es 2018 wohl auch wieder (mindestens) ein Klimacamp mit Bildungsprogramm geben. Allerdings wird es evtl. keine Degrowth Sommerschule geben, wie sie in den letzten Jahren vom Konzeptwerk Neue Ökonomie organisiert worden ist.

Die EKU wird außerdem die Vernetzung der europäischen Klimabewegung unterstützen wie z. B. das Climate Justice Action Network, ein Zusammenhang, der sich aus den Mobilisierungen zum Klimagipfel 2015 gebildet hat.

Um weitere Attac-Mitglieder und -Aktive für die Arbeit in unserer AG zu motivieren und in der Klimabewegung aktive Menschen für Attac zu begeistern, will die AG in 2018 auch interne Fortbildungen durchführen. Hierbei ist an methodische Workshops, u.A. zur Öffentlichkeitsarbeit und Sozialen Medien gedacht, zu denen auch externe Fachkräfte eingeladen werden sollen. Diese Workshops sollen in Bezug zu den inhaltlichen Arbeitsfeldern die Außendarstellung verbessern.

Unsere Aufstellung der Posten siehe nächste Seite:

Posten	Erläuterung	Betrag
Treffen der AG	Fahrtkosten, Raummiete (4 Treffen, 7 AG Mitglieder)	1120,- €
Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der AG (u.A. für COP23/ Europakongress)	Flyerdruck und sonst. Infomaterial	200,- €
Beteiligung im Bündnis für eine großangelegte Mobilisierung zu den Massenprotesten zum Kohleausstieg	Fahrtkosten (4 Vorbereitungs- 1 Nachtreffen / 4 Menschen der AG)	900,- €
	Bündnisbeitrag Anteilige Übernahme von Kosten für Flyer, Material, Raummieten	1000,- €
	Bildungsveranstaltungen auf Camp	500,- €
Europäisches Vernetzungstreffen		300,- €

AG interne Fortbildung	Moderation/Öffentlichkeitsarbeit	500,- €
Beteiligung Kohlerunde	Fahrtkosten	250,- €
Gesamt		3780,- €

Rückfragen an berndliefke@posteo.de, stephan.kettner@attac.de

10.2 AG Aktion

Die AG AKTION beantragt für das neue Haushaltsjahr eine finanzielle Zuwendung von insgesamt **3.800.- €**

Aktivitäten 2016/17:

Es fanden im vergangenen Jahr zwei physischen Treffen mit den Mitgliedern der AG statt. Sonstige Absprachen fanden in Telefonkonferenzen, bei konkreten Aktionen und der Aktionsakademie statt. Dies wird im kommenden Jahr ähnlich sein.

Die AG organisierte für die Regionalgruppen in Attac Aktionsworkshops, die insgesamt 8 mal umgesetzt wurden. Die Arbeit in diesem Bereich, also zur Unterstützung der Regionalgruppen soll im kommenden Jahr weiter verstärkt angeboten und umgesetzt werden.

Erste konkrete Aktion im vergangenen Finanzierungszeitraum war am 11.11.16 die Verleihung des Goldenen Panzers an Federica Mogherini (EU-Fizekomisarin) bei einer Veranstaltung in Bonn. Thema war Demokratie und Militarisierung, bzw. die Abschottungspolitik gegen Flüchtende an den EU-Außengrenzen. Elemente waren: Ad-Busting, Beamerprojektionen, Straßentheater, und die Übergabe eines Negativpreises an Fr. Mogherini vor der Verleihung des sogenannten Demokratiepreises.

Es wurden ferner Aktionsideen und Aktionsmaterialien zu Freihandel und dem G20 Gipfel erstellt.

Zum G20 Gipfel in Hamburg beteiligte sich die AG-Aktion u.a. mit Ad-Busting, einem Bannerdrop zur Demo, Straßentheater- und Malaktionen und war aktiv in die Unterstützung von Blockadeaktionen (u.A. orangener Block) involviert.

Zum Kauf-Nix-Tag und Materialien zu G20 wurden ein Videoclips produziert und online gestellt.

Ferner gab es auch Aktionen, bzw. Vorbereitungen für solche, die nicht in die Tat umgesetzt werden konnten. Hierzu gehörten u.A. eine Aktion bei Nestle und ein Bannerdrop in Hamburg.

Die AG wird aktuell durch zehn AktivistInnen aus Attac betrieben. Regional bildeten sich 2017 zwei weitere regionale Aktionsgruppen.

Vernetzungsarbeit fand mit Akteuren aus Robin Wood, direct action, Greenpeace, Aktionskletterern aus unterschiedlichen Zusammenhängen und der Interventionistischen Linken statt.

Kommende Aufgaben und Schwerpunkte:

Ein Schwerpunkt der AG liegt weiterhin in der aktivistischen Unterstützung der von attac anzugehenden Themen, wie z.B. den Protesten zu COP23.

Die vernetzte Zusammenarbeit mit Menschen, die kreativen politischen Protest betreiben und die Bereitstellung von Ausdrucksformen, z.B. in den Sozialen Medien wird für das nächste Jahr ein bedeutendes Handlungsfeld sein. Hier plant die AG die Gestaltung und Organisation eines Vernetzungstreffen mit Protagonisten der direkten Aktion.

Die Erstellung von Mobiclips und anderer Kurzvideos als Ausdrucksform und zur Aktionsdokumentation wird stärkerer Bestandteil der Arbeit der AG sein. Hierdurch versprechen wir uns auch weiterhin für jüngere Menschen Attac attraktiv zu gestalten. Diese Arbeit wird größtenteils schon durch Ehrenamtliche geleistet. Die zeitnahe professionelle Bearbeitung von Videomaterial erfordert jedoch häufig ein finanzielles Budget ohne das die Vollendung vieler Projekte in diesem Bereich nicht machbar ist.

Im Bereich der Unterstützung größerer Kampagnen taucht die Aktionsform „Klettern“ für Banner-drop-Aktionen etc. immer wieder auf. Hier ist die AG-Aktion in der Vergangenheit oft an Grenzen gestoßen. Durch verstärkte neue Kontakte kann diese Aktionsform stärker in den Attac-Aktionsarbeit einbezogen werden. Hierfür gibt es eine verstärkte Kooperation mit anderen aktiven Gruppen, diese soll auf einem Vernetzungstreffen ausgebaut werden.

Nach aktueller Planung kommen weitere Kosten für Aktionen auf uns zu. Insgesamt gehen die prognostizierten Kosten über die pauschale Gruppenzuwendung von 1.000,- € hinaus. Bei allen aufgeführten Kosten gehen wir von vorsichtigen Schätzungen aus.

Kostenaufstellung:

Posten	Erläuterung	Kosten
Treffen der AG	Fahrtkosten, Raummiete zwei mal jährlich für 10 Leute	1000,- €
Vernetzungstreffen	Raummiete, Fahrtkosten	600,- €
AdBusting Materialien	Farben, Plakate, etc.	500,- €
Videoprojekte	Schnitt, Bearbeitung, Fortbildung	1200,- €
Klettergruppe-Vernetzungstreffen	Fahrtkosten, Material	400,- €
Gesamt		3800,- €

Wir bitten den Finanzausschuss, unseren eingereichten Finanzantrag in dieser Form und in der beantragten Höhe zu befürworten und dem Ratschlag vorzuschlagen.

Vielen Dank

Für die bundesweite AG Aktion

Ruben Kettner

Die AG Aktion ist unabhängig wie Regionalgruppen und führt eigenständig Aktionen durch. Die Zusammenarbeit mit themenbezogenen AG ist wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Zu speziellen Orten und Zeitpunkten, die bereits durch bestehende Kampagnenkonzepte anderer Attac AGs bestimmt sind, soll möglichst enger Austausch zwischen beteiligten AGs stattfinden. Grundsätzlich überlassen wir in diesem Fall der zuständigen Kampagnengruppe die Wahl der Bild- und Eskalationssprache.

10.3 AG ArbeitFairTeilen

Finanzantrag der BAG ArbeitFairTeilen für den Herbststratschlag 2017



Was war:

Wir haben uns im laufenden Jahr 2017, u. a. bei drei Treffen in Frankfurt, München und Hamburg sowie in zahlreichen Telefonkonferenzen, teils zusammen mit dem Collectif Roosevelt, besonders auf die Organisierung einer weiteren internationalen Tagung am 19./20.10.2017 in Brüssel konzentriert. Damit wollen wir die europäischen Kontakte der letzten Jahre intensivieren, neue Kontakte gewinnen und somit die Grundlage für eine dauerhafte europäische Vernetzung schaffen, um schließlich die Wahrnehmung nach außen und die Durchschlagskraft zu erhöhen.

(eine Aufstellung der wesentlichen weiteren Arbeiten und Aktivitäten der AG findet sich – nicht abschließend – im Anhang.)

Was ist:

Die Einführung der 30 Stundenwoche für Europa bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist so dringlich wie nie. Die Statistik wie die Bedeutung sind bekannt: Während EU-weit (offiziell registriert) 21 Millionen Menschen händierend nach Arbeit suchen und demnächst auch noch zahlreiche Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden wollen, reiben sich die Protagonisten der neoliberalen Doktrin die Hände. Mit dem Versprechen, Arbeitsplätze zu schaffen, wird der Wachstumszwang und die weitere Absenkung von Arbeitsstandards der Gesellschaft als alternativlos dargestellt.

Wir sagen Nein zum Wachstumszwang und zu weiteren Verschlechterungen der Arbeitsstandards. Wir sagen Nein zu Agenda 2010 und Austeritätspolitik.

Aber wir sagen Ja zu einer gendergerechten, ökologischen und sozialen Umgestaltung des Arbeitsmarkts und der Wirtschaft, die die Bedürfnisse der Menschen statt die der Banken und Großkonzerne in den Mittelpunkt rückt. Wir sagen Ja zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse zurück zu den Bürger_innen, zu mehr Zeit für demokratische Teilhabe, die in Anbetracht der derzeitigen politischen Verhältnisse so sehr nötig ist.

Derzeit werden Migrant_innen von rechten Gruppierungen in ganz Europa dafür instrumentalisiert, den Rassismus wieder erstarken zu lassen und die Grenzen zu schließen. Wir sagen nein zu Rassismus und Fremdenhass. Und wir sagen ja zu einer würdigen Integration von Menschen, die vor Verfolgung und Krieg flüchten. ArbeitFairTeilen reduziert die Konkurrenz der Arbeitnehmer_innen um einen Arbeitsplatz und begegnet so den Ängsten der Menschen, die bereits hier leben. Gleichzeitig ermöglicht es den hinzukommenden Menschen ebenfalls eine Arbeit zu finden und damit unabhängig von staatlichen Leistungen in Würde leben zu können.

Was sein wird und sein soll:

Im Jahr 2017 haben wir die neu gewonnen Kontakte aus der Konferenz per e-mail-Vernetzung und persönlichen Treffen mit einzelnen Gruppen intensiviert und gemeinsam mit den anderen Organisationen ausgelotet, wie ein gemeinsames Voranschreiten konkret aussehen wird. Das wird in 2018 fortgesetzt unter Einbeziehung weiterer Gruppen z.B. aus Polen.

Weiterhin ist angezeigt – technisch wie inhaltlich geboten –, dass wir unseren Außenauftritt überarbeiten und so auch unsere Außendarstellung verbessern, insbesondere indem wir unsere AG-Website auf einen aktuellen Stand bringen und übersichtlicher gestalten. Das erfordert einiges an Zeit.

Seit Herbst 2016 vertritt Margareta Steinrücke die AG im Rat als Delegierte.

Finanzantrag in Zahlen

ein Flyer zu 100 Jahre 8-Stunden-Tag (Layout und Druck)	500 €
Flyer „30 Std. für Europa“ in versch. Sprachen	500 €
3 x AG-Sitzungen: Reisekosten	800 €
Ein europ. Workshop in Brüssel (Reisen/Übernachtung)	1.000 €
Zwei regionale Arbeitszeittagungen (Ost und West), unser Anteil	500 €
Fahrtkosten zu Veranstaltungen anderer Organisationen (interne Fortbildung und Vernetzung)	<u>400,- €</u>
Gesamt:	3.700,- €
abzüglich 1000,- € AG Basisfinanzierung	<u>- 1.000,- €</u>
Von der AG ArbeitFairTeilen beantragte Summe:	2.700,- €

Voraussichtliche Kosten für einen Nachdruck Buch „Schritte aus der Krise „ ca. 2000,- € (wird gesondert beantragt, für den Fall, dass die AG Umsetzungszeit findet)

Bei den Fahrtkosten möchten wir zu bedenken geben, dass die AG überdurchschnittlich viele Erwerbslose und Geringverdiener_innen als Mitstreiter_innen hat, die sich keine eigene Kostenübernahme von Fahrtkosten/Übernachtung/etc. leisten können.

Sollten noch Fragen zu konkreten Punkten bestehen, bitten wir um Rückmeldung.

Einige unserer Aktivitäten neben den drei Treffen der BAG ArbeitFairTeilen:

- Vortrag und Diskussion "Arbeit 4.0 und Arbeitszeitverkürzung" im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des verdi-Ortsfrauenrats Bremen 27.2.17
- Vortrag bei der IG Metall-Arbeitszeitkonferenz Brandenburg-Berlin-Sachen in Nauen am 12. Januar 2017
- Teilnahme und gute Gespräche bei der Arbeitszeitkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung am 17./18. Januar in Berlin
- Aktive Teilnahme an der Diskussion zur „digitalen Revolution“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 17. Juni in Frankfurt
- kontinuierliche Mitarbeit in der Bremer Arbeitszeitinitiative aus DGB, verdi, IGM, NGG, Arbeitnehmerkammer Bremen, KDA, Impulsgeber Zukunft und attac
- Mitveranstalter der große Bremer Arbeitszeitkonferenz "Arbeitszeit - neue Herausforderungen, neue Wege" 19.5.17 im Bremer DGB-haus mit ca. 100 teilnehmenden
- einbringen der attac-Forderung "30Stundenwoche für Europa mit vollem Lohn- und Personalausgleich" auf dem Alter Summit 26./27.11.16 in Brüssel
- einbringen der 30stundenwochenforderung auf den Arbeitszeitkonferenzen der IGMetall Bremen 19.11.16 (Auftaktveranstaltung der Arbeitszeitinitiative der IGM bundesweit) und 9.9.17 (2.bremische IGM-AZ-Konferenz)
- Workshop "Arbeitszeitverkürzung als sozialökologisches Projekt für ein anderes Europa" 6.7.17 auf dem Solidarity Summit Hamburg im Rahmen der G20-Proteste
- 05.02.2017, Workshop bei der Winterschule von Attac München, Die Sicherung des Sozialstaats und ArbeitFairTeilen - zwei Themen, die untrennbar zusammen gehören.
- April 2017, München, Attac-Palaver : Filmvorführung: Frohes Schaffen - ein Film zur Senkung der Arbeitsmoral
- 16. Mai 2017, Vortrag und Workshop in Rosenheim, Ökonomie und ArbeitFairTeilen - zwei Themen, die untrennbar zusammen gehören.
- - Mitgestaltung des Antrags auf dem Frühjahrsratschlag zur Gründung einer PG Europa, Mitgestaltung des Europateils (workshop, Fishbowle, Open Space) auf dem Frühjahrsratschlag, Beteiligung an der PG Europa

- Teilnahme an der Protestdemonstration gegen G20 am 8.7.17 im attac-Block mit einem öffentlichkeitswirksamen transparent "30hours for Europe"
- einbringen der attac-position "Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeits-Umverteilung" auf der taz-Diskussionsveranstaltung "Mein Land Bremen: Arbeitslosigkeit und was wir dagegen tun können" 16.8.17
- Produktion eines Wahlprüfsteins zur 30stundenwoche als Flyer "Trau keiner über 30" und Verteilung auf Wahlkampfveranstaltung zur Bundestagswahl 24.9.17
- workshop "Reduction of working hours - a socio-ecological project for a different Europe" auf der attac-ESU 25.8.17 in Toulouse zusammen mit Collectif Roosevelt/Frankreich und Jean-Marie Harribey, sprecher des wissenschaftlichen beirats von attac-Frankreich (über 70 teilnehmende)
- Teilnahme an einer Podiumsdiskussion mit Toni Hofreiter zur Mobilität im Spannungsfeld von Ökologie und Arbeitsmarkt, 21.8.2017 in Braunschweig
- Diverse Veröffentlichungen in SOZIALISMUS, express, Ossietzky etc., vielfältige Publikationstätigkeit, z.B. sei unsere Presseerklärung zu den Angriffen auf den 8-Stunde-Tag genannt (<http://www.attac-netzwerk.de/ag-arbeitsfairteilen/neuigkeiten/detailansicht/news/attac-kritisiert-angestrebte-aufloesung-des-acht-stunden-tages/>), das daraus entstandene Radio-Gespräch (<http://www.attac-netzwerk.de/ag-arbeitsfairteilen/neuigkeiten/detailansicht/news/attac-kritisiert-geplante-aufweichung-der-hoechst-arbeitszeit/>) sowie der Aufsatz in Ossietzky (<http://stephankrull.info/2017/09/07/von-zeit-zu-zeit-arbeiten-uferlos/>).

10.4 AG Finanzmärkte und Steuern

Finanzantrag zu Projektmitteln für zwei umfangreiche Projekte der AG für 2017/2018

a) Geplante Kampagne zu Steuertricks der Konzerne Ende 2017 - Frühjahr 2018

Das Thema Steuertricks der Konzerne begleitet die Arbeit von Attac seit mehreren Jahren. Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass Attac in diesem Themenfeld Kompetenz zugebilligt wird und daher die Aktivitäten von Attac bemerkenswerte Medienresonanz finden. Dieses Alleinstellungsmerkmal sollten wir gezielt nutzen, auch um das Attac-Profil in der Öffentlichkeit zu schärfen, unsere Sichtbarkeit zu erhöhen und die Mitgliederbasis wieder auszubauen.

Erfolgreiche Attac-Aktionen zu Starbucks und IKEA in den letzten Jahren trugen dazu bei, das Thema in die breitere Öffentlichkeit zu bringen und politische Prozesse anzustoßen. Nun müssen wir feststellen: Trotz einiger Fortschritte auf internationaler Ebene sind wir fernab einer zufriedenstellenden Lösung des Problems. Noch immer zahlen ausgerechnet große, finanzstarke Konzerne nur einen Bruchteil der Steuern - Geld, welches wir dringend für Bildung, Gesundheit, Umweltschutz und die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit bräuchten. Aus diesem Grund hat die AG Finanzmärkte und Steuern auf der Jahrestagung im Juli 2017 beschlossen, diesen Schwerpunkt wieder verstärkt aufzunehmen und hat mit der Planung einer Kampagne begonnen. Hierfür benötigt die AG für die laufende Arbeit Projektmittel.

Ziel der Kampagne ist es, die Forderung eines Systemwechsels in der Unternehmensbesteuerung hin zu einer Gesamtkonzernsteuer stärker in den öffentlichen Diskurs zu bringen. Aktuell laufen hierzu politische Prozesse auf europäischer Ebene, die eine Möglichkeit zur wirkungsvollen politischen Intervention geben. Die wissenschaftliche Grundlage der Kampagne bildet eine Studie zu den Steuerpraktiken der Unternehmen zweier Branchen, deren Finanzierung von der Otto-Brenner-Stiftung bereits zugesagt ist und an der zwei Attacies als Ko-AutorInnen beteiligt sind.

Die AG befindet sich derzeit noch in einem Abstimmungsprozess bzgl. der genauen Ausrichtung der Kampagne. Abhängig von den Ergebnissen der Studie ist eine sich anbietende Möglichkeit der

Monopolist Amazon, durch dessen Steuertricks zahlreiche lokale Buchhändler in Bedrängnis geraten, da diese deutlich mehr Steuern zahlen müssen. Andere derzeit untersuchte Ansatzpunkte sind Bayer, TUI, BASF und LIDL. Die Kampagne erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Steuergerechtigkeit. Einen großen Stellenwert hat die Einbeziehung von Lokalgruppen in Aktionen und Veranstaltungen. Auch die Aktionsgruppe, welche im Mai und Juli eine Deutsche Bank Filialen mit abwaschbarer Farbe markierte, soll wieder einbezogen werden, um das Repertoire an kreativen Protestformen innerhalb von Attac zu erweitern. Des Weiteren sollen ein Erklärvideo, medienwirksame Aktionen (beispielsweise anlässlich EU-Finanzministertreffen oder der Buchmesse) und Veranstaltungen Teil der Kampagne sein. Für die Kampagne beantragen wir:

Kampagnenflyer (incl. Nachdruck)	1.500 €
Ggf. Überarbeitung und Nachdruck einiger vorhandener Flyer (kleine Auflagen)	800 €
Erklärvideo	2.000 €
Überarbeitung und Neudruck der vorhandenen Konzernbesteuerungsbroschüre	1.500 €
Kampagnengimmick, passend zum spezifizierten Unternehmen	400 €
Veranstaltungen: ReferentInnenhonorare, Raummiete	1.000 €
Aktionsmaterial (Banner, Material für Medienbild, Aktionspakete für Gruppen)	800 €
Fahrtkosten Kampagnengruppentreffen und Aktionen	2.000 €

Gesamt	10.000 €
Davon voraussichtlicher Übertrag von 2017	1.500 €
Verkauf Broschüre(n) und Kampagnengimmick	500 bis 1000 €
Einzuwerbende Drittmittel	2.000 €
Gesamtbedarf Kampagne Unternehmensbesteuerung	5.500 €

- **„Europäischer Aktionstag im September 2018 anlässlich 10 Jahre Finanzkrise“**

Am 15.09.2018 jährt sich zum 10. Mal der Jahrestag der Pleite von Lehman Brothers, dem Höhepunkt der globalen Finanzkrise 2007/08. Medial wird dies der Anlass sein, einen Rückblick auf die turbulenten Ereignisse und die Zeit danach vorzunehmen. Für Attac ist dies ein Datum von enormer Wichtigkeit, um unsere Sicht auf die europäische Krisenpolitik und unseren Forderungen in einem Aktionstag Ausdruck zu verleihen. Da aus der Krise nicht die richtigen Lehren gezogen wurden und die Finanzmärkte weiterhin instabil sind, ist es aus unserer Sicht absolut notwendig, mehr politischen Druck aufzubauen.

Im Rahmen der Europäischen Sommeruniversität bekräftigten Attac-AktivistInnen aus verschiedenen Ländern den Wunsch, hierzu gemeinsam aktiv zu werden. Aufgrund der Größe von Attac D gibt es eine gewisse Erwartung innerhalb des europäischen Netzwerkes, dass Attac Deutschland organisatorisch und finanziell eine Initiative zeigt. Die AG Finanzmärkte und Steuern und der hauptamtliche Kampagnenunterstützter Tim Büttner leistet dazu inhaltliche Vorbereitungsarbeit und organisatorische Unterstützung. Die Aktionen werden gemeinsam mit europäischen AktivistInnen in einem Arbeitstreffen geplant. Auch NGOs aus dem Attac-Netzwerk wie Finance Watch, SOMO und WEED haben Interesse, sich in diesem Rahmen zu beteiligen.

Der Aktionstag soll mit einzelnen Veranstaltungen und Vortragsangeboten für die Lokalgruppen während des Jahres vorbereitet werden. Höhepunkt wird dann der Aktionstag am oder kurz vor dem 15.09. sein. Dann finden sowohl zentral als auch dezentral organisierte Aktionen statt. Idee ist beispielsweise ein europaweit von Regionalgruppen durchgeführter Flashmob in und vor Bankzentralen. Dies wird mit einer medienwirksamen, gemeinsam mit den europäischen

AktivistInnen durchgeführten Aktion mit anschließender Pressekonferenz in Frankfurt oder Brüssel begleitet. Ein gemeinsam produziertes Video, Material für einen Stadtrundgang oder Bildungsmaterial wird unsere Sicht auf die Finanzkrise und mögliche Perspektiven darstellen.

Materialkosten (Flugblätter, Aktionsmaterial, Infostand)	1.500 €
Beteiligung an den Kosten des Videos/Bildungsmaterials	1.000 €
Reisekosten Vorbereitungstreffen	500 €
Reise- und Transportkosten Aktionstag	500 €
Raummiete und Dolmetscher für Pressekonferenz	1.000 €

Gesamtbedarf für Projekt 10 Jahre Finanzkrise	4.500 €
--	----------------

Die AG Finanzmärkte und Steuern stellt daher den folgenden Finanzantrag an den Herbststratschlag:

Gesamtbedarf Kampagne Unternehmensbesteuerung	5.500 €
Gesamtbedarf für Projekt 10 Jahre Finanzkrise	4.500 €

Gesamt	10.000 €
---------------	-----------------

Für die AG Finanzmärkte und Steuern

Alfred Eibl

10.5 AG Gruppenunterstützung

Die AG Gruupies beantragt für 2018 ein Budget von **3700,00 Euro**.

Das Geld soll für die folgenden Vorhaben verwendet werden:

Gruppengründungen:	1600,00	Euro
Kopien, Porto und Fahrtkosten für 10 Gründungs- bzw. Wiederbelebungsprozesse		
Porto	: 400,00	Euro
Kopien	: 200,00	Euro
Fahrtkosten	: 1000,00	Euro

	1600,00	Euro
Veranstaltungen (für einen Regionaltag Frühjahr 2018):	1500,00	Euro
Räume	: 250,00	Euro
Fahrtkosten	: 600,00	
Euro		
Versand	: 400,00	Euro
Flyer	: 250,00	Euro

	: 1500,00	Euro
Fahrtkosten:	600,00	Euro

	3700,00	Euro
	=====	

Erläuterung/Begründung

Die ersten beiden Posten des Antrages entsprechen denen der vergangenen Jahre, ebenso die Fahrtkosten für zwei Treffen pro Jahr.

Die Überlegungen zu einem Regionaltag 2018 sind angelaufen.

10.6 AG Internationales

Liebe Finanz AG,

die AG Internationales beantragt für das Haushaltsjahr 2018 den Betrag von 6.500 €.

Diese Summe setzt sich zusammen aus

Weltsozialforum (Festbetrag lt. Vereinbarung)	3.000 €
Zusätzliche Teilnehmer/in WSF 2018	1.500 €
AG Aktivitäten	2.000 €

Die Aufwendungen für das Weltsozialforum betreffen Reisekosten und Solidaritätsbeitrag für zwei Sitzungen des International Council und das nächste WSF, das im März 2018 in Salvador stattfinden wird. Wie im Vorjahr schlagen wir die Übernahme der Reisekosten für eine/n weitere/n Teilnehmer/in vor. (Vorschlag Carolina Sachs) Die Aktivitäten der AG betreffen die Teilnahme und Organisation der zwei EAN-Jahrestreffen, Teilnahme an einem EAN-Seminar „Brexit und die Zukunft der EU“, Beteiligung an einem Attac-Event zur österreichischen EU-Präsidentschaft im Herbst 2018 in Wien.

Es liegt außerdem die Bitte um organisatorische und finanzielle Unterstützung für ein Projekt „Migration – Ursachen und Folgen im südlichen Afrika“ vor. Sie stammt von Esmathe Gandhi, Präsident von Attac Togo und Koordinator des Afrikanischen Attac Netzwerks. Es wurde in der Bitte um Unterstützung keine Summe genannt. Für die Drittmittelbeschaffung ist jedoch eine Attac-Beteiligung erforderlich. Wir schlagen dafür einen Betrag von 3.000 € vor. Die Unterstützung dieser thematischen Veranstaltung rechtfertigt sich auch aus unserer eigenen Kampagne Welcome to stay.

Herzliche Grüße, Hugo

10.7 AG Jenseits des Wachstums

Finanzantrag der AG Jenseits des Wachstums

Hiermit beantragt die AG Jenseits des Wachstums für das Haushaltsjahr 2018, dass ihr neben dem Grundbetrag für die bundesweiten Arbeitsstrukturen in Höhe von **1.000,00 EUR** (für Reisen zu den regelmäßigen Arbeitstreffen der AG, sowie für Arbeitsmaterialien, Flyer, etc.), weitere finanzielle Mittel für folgende Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden:

- Für einen Erklär-Film mit dem Titel „Es war einmal: Das Wachstum“, einen Beitrag in Höhe von **3.500,00 EUR**.

Stark vereinfacht ausgedrückt, soll der Film darstellen,

- dass Wachstum wichtig war um extreme Armut und existentielle Mängel zu überwinden,
 - dass heute das Streben nach „Immer mehr“ jedoch ein Selbstzweck ist, der in den reichen Ländern mehr schadet als nutzt und
 - die fixe Idee des „ewigen Wachstums“ Mensch und Natur zerstört, es sich dabei um eine Dinosaurierideologie handelt – und Dinosaurier aussterben, je eher desto besser.
- Für eine Tagung zum Thema „Dezentralisierung der Wirtschaft durch Digitalisierung und Verteuerung des Transports“ einen Beitrag in Höhe von **1.000,00 EUR**.

Die Tagung soll Konzepte darstellen und diskutieren, mit denen die Entwicklung und Verbreitung regionaler Wirtschaftskreisläufe unterstützt und gefördert werden kann. Ausführlichere Darstellungen dazu finden sich auf der Webseite der AG und im Theorie Blog/ November 2016. Ziel der Tagung ist es u.a. eine für Attac kampagnenfähige Forderung zu entwickeln, beispielsweise eine Gütertransportsteuer, o.ä.

Wir rechnen mit einer Teilnehmer*innenzahl von ca. 60 Personen. Die Mittel werden verwendet für Honorar- und Reisekosten von Referent*innen, Werbematerialien, Arbeitsmaterialien, etc.

Eine besondere Inanspruchnahme des Bundesbüros ist nicht zu erwarten.

Duisburg, 11.09.2017

Für die AG JdW: Hermann Mahler

10.8 AG Globalisierung und Krieg

FRIEDEN-GEHT! STAFFELLAUF 2018

gegen Rüstungsexporte für eine friedliche Welt

Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den zentralen Akteuren auf dem Weltrüstungsmarkt und beteiligt sich damit direkt am verhängnisvollen Rüstungswettlauf und am Befeuern von Kriegen. Deutsche Waffen werden an Menschenrechte verletzende und kriegsführende Staaten exportiert. Mit ihnen werden Millionen von Menschen in die Flucht getrieben oder getötet. Die Große Koalition hatte bei Regierungsübernahme eine „zurückhaltende Rüstungsexportpolitik“ beschlossen, doch die Fakten belegen das Gegenteil: von Zurückhaltung keine Spur, es gibt eine dramatische Steigerung der Rüstungsexporte.

Attac lehnt es ab, mit militärischer Gewalt das Recht des Stärkeren durchzusetzen und gehört schon seit Jahren zu den Unterstützern der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

Attac Deutschland ist Träger/Mitveranstalter für das Projekt FRIEDEN-GEHT! Staffellauf 2018. Im Juni d. J. fand im DGB-Haus in Frankfurt am Main ein Bündnistreffen von Rüstungsgegner*innen u. a. aus Friedens- und Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, Frauennetzwerken, Gewerkschaften, Kultur- und Bildungseinrichtungen statt. Attac war dabei. Es wurde beschlossen, mit einem Staffellauf ein großes politisches Zeichen zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rüstungsexporte und die Militarisierung der Politik, für eine Friedenspolitik mit zivilen Mitteln zu setzen.

Der Staffellauf beginnt am **21. Mai 2018** (Pfingstmontag) mit einer Auftaktveranstaltung beim Kleinwaffenhersteller und -exporteur Heckler & Koch in Oberndorf am Neckar, dem – gemessen an den Opferzahlen – tödlichsten Unternehmen Deutschlands. Er führt weiter über viele Stationen, an denen Rüstungsgüter produziert werden. Am **2. Juni** wird Berlin erreicht – dort geht es zu den Lobbybüros der Rüstungskonzerne. Den politisch Verantwortlichen im Wirtschaftsministerium / Bundeskanzleramt wird eine Resolution überbracht und der Staffellauf wird mit einer Großkundgebung (unter Mitwirkung vieler Künstler) beendet. Der bekannte Dokumentarfilmer Wolfgang Landgräber wird den Staffellauf filmisch begleiten.

Die Aufklärung über Militarisierung, Waffenexporte und politökonomische Zusammenhänge ist eine permanente Aufgabe der AG Globalisierung und Krieg. Wir sehen mit diesem Projekt die Chance für eine effektive Vernetzung mit Bündnispartnern, um viele Menschen zu motivieren, gegen den hemmungslosen Rüstungsexport aktiv zu werden. Wir bringen uns inhaltlich und organisatorisch in die Bündnisarbeit ein und werden an unterschiedlichen Standorten Infostände und Veranstaltungen organisieren. Wir werden gezielt Attac-Ortsgruppen ansprechen, sich aktiv oder begleitend mit aufklärerischen oder künstlerischen Veranstaltungen an dem Staffellauf zu beteiligen. Attac hat bei diesem Projekt die Möglichkeit, bundesweit Präsenz zu zeigen.

<https://www.frieden-geht.de/>

Damit wir die Arbeit im Rahmen des Bündnisses leisten können, stellen wir für 2018 folgenden Finanzantrag:

Bündnisbeitrag:	2.000,- Euro
Fahrten zu Bündnistreffen	300,- Euro
Attac-Druckerzeugnisse zur Aufklärung und Mobilisierung (u. a. Broschüre zu Waffenhandel-Wirtschaftsinteressen)	<u>400,- Euro</u>
Summe	2.700,- Euro

10.9 AG Globalisierung und Krieg

STOPP DEN DROHNENKRIEG - KEINE KAMPFDROHNEN!

Der Rat hat auf seiner Sitzung am 27.11.2016 im Konsens beschlossen: "Der Rat unterstützt das verstärkte Engagement der AG Globalisierung und Krieg in der Friedensbewegung und in den Beratungen für Ostermärsche, Stopp Ramstein Proteste und Proteste nach der Wahl". Attac gehört seit März 2013 zu den 149 Gruppen und Organisationen, die den Appell "Keine Kampfdrohnen!" [1] unterzeichnet haben.

In 2017 hat die AG ihre Aktivitäten in gegen Kampfdrohnen und Drohnenkrieg (oft in Kooperation mit der DFG-VK und Code Pink Germany) intensiviert.

Der Bundesausschuss der DFG-VK hat am 25. Juni 2017 beschlossen, im Rahmen des Bundeskongresses (BUKO) der DFG-VK November 2017 in Berlin zu einem organisationsübergreifenden Treffen einzuladen, um ein neues Bündnis zu gründen und zusammen die Planung für eine verstärkte Initiative bzw. Kampagne gegen Kampfdrohnen und Drohnenkrieg zu besprechen. Die AG GuK und das DFG-VK Mitglied Elsa Rassbach sollen das Treffen organisieren. Die DFG-VK finanziert schon seit Jahren eine AG "Kampfdrohnen" mit jährlich etwa 2000,- Euro. Bei einer erfolgreichen Gründung des Bündnisses zu Kampfdrohnen im November werden vermutlich zusätzliche Mittel für 2018 durch die DFG-VK bereitgestellt.

Um die Arbeit der AG Globalisierung und Krieg im Rahmen des neuen Bündnisses leisten zu können, stellen wir für 2018 folgenden Finanzantrag zur Aufstockung unseres AG-Budgets:

Beitrag zur Gesamtkampagne in Zusammenarbeit mit u. a. DFG-VK	2000,- Euro
Reisekosten für Fahrten zu Bündnistreffen	400,- Euro
Herstellung von Druckerzeugnissen	<u>500,- Euro</u>
Summe	2900,- Euro

Der Beitrag, der dem Bündnis zur Verfügung zu stellen beabsichtigt ist, soll die gemeinsame Durchführung von Aktionen, Veranstaltungen, evtl. einer Konferenz, Honorare für Referent_innen, usw. erlauben. Einen genauen Finanzplan für die Gesamtkampagne gibt es derzeit noch nicht, da sich das Bündnis erst in der Vorbereitungsphase befindet. Deshalb sind die Angaben Schätzwerte, die nach Vorliegen eines Bündnis-Finanzplans der Finanz-AG durch detaillierte Angaben nachgereicht werden sollen.

Inhaltliche Begründung unseres Finanzantrags:

Bewaffnete Kampfdrohnen sind für aggressive Einsätze gegen Bevölkerungen geeignet, die selbst über keine Luftabwehr-Verteidigung verfügen. Das Überwachen-und-Töten mit Kampfdrohnen ist ein neues Paradigma des Kriegs. Das Waffensystem wird gegenwärtig vorwiegend als eine Spitzen-Strategie der Kriegsführung im zeitlich und räumlich endgrenzten "Krieg gegen den Terror" eingesetzt, um die neokolonialen Globalisierung rasch voran zu treiben.

Zunehmend wird das Waffensystem auch im Westen im Rahmen der antidemokratischen sozialpolitischen Transformierung (Grenzkontrolle, Polizeieinsatz) eingesetzt.

Die sich ständig ausweitenden Drohneneinsätze senken die Hemmschwelle zu größeren Kriegen, sind eine der Ursachen für die Flüchtlingskrise, und untergraben auf gefährlicher Weise das internationale Völkerrecht. Die UNO, das Europäische Parlament sowie mehrere international angesehenen NGOs wie Reprieve, European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), Center for Constitutional Rights (CCR), American Civil Liberties Union (ACLU) und Amnesty International haben wiederholt ihre Besorgnis hierüber stark zum Ausdruck gebracht.

Die Bundesregierung könnte und sollte eine wichtige Rolle in den internationalen Bestrebungen spielen, diese Waffe unter internationale Rüstungskontrolle zu bringen und völkerrechtlich zu ächten. Stattdessen will die Bundesregierung selbst in das Töten mit Kampfdrohnen einsteigen! Die rapide weltweite Verbreitung der Waffe weltweit umfasst einen neuen deutsch/israelischen Kampfdrohnen-Deal für die Bundeswehr., Das Verteidigungsministerium soll auch in der Entwicklung einer neuen europäischen Kampfdrohne federführend sein, die bis 2025 hergestellt werden soll und sicherlich auch für den Export konzipiert sein wird.

Durch den Widerstand in der Bevölkerung und den jahrelangen Einsatz (seit 2013) der Friedensbewegung, der Kirchen, der NGOs und vielen weiteren Organisationen sind die Pläne der Bundesregierung für die Anschaffung von bewaffneten Kampfdrohnen vorerst im Juni 2017 im Bundestag gescheitert, worüber international berichtet wurde.

Die Linke sowie Bündnis90/Die Grünen setzten sich schon seit 2013 gegen die Beschaffung von bewaffneten Kampfdrohnen ein. Und nach intensiver Lobby-Arbeit der Friedensbewegung ab Frühling 2017 ließ die SPD Ende Juni einen Deal für das Leasing von Kampfdrohnen der Firma Israel Aerospace Industries (IAI) zunächst platzen. Für das Trainieren der deutschen Drohnenpilot_innen in Israel sollten die Drohnen von vornherein Waffen tragen und die SPD-Fraktion stellte sich letztendlich dagegen.

Attac und die AG Globalisierung und Krieg haben seit Anfang 2017 eine immer wichtigere Rolle in den deutschen Initiativen und Kampagnen gegen Drohnenkrieg und Kampfdrohnen gespielt. Attac hat im Mai 2017 eine Erklärung zu Kampfdrohnen veröffentlicht und die Kampagne um den Dokumentarfilm, "NATIONAL BIRD - Wohin geht die Reise, Amerika?" maßgeblich unterstützt. Mitglieder in der AG Globalisierung und Krieg waren bei der Lobby-Arbeit im Bundestag gegen die Anschaffung von bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr im Frühling 2017 federführend. Die AG GuK hat zudem am 31. Mai in Zusammenarbeit mit DFG-VK eine Mahnwache gegen die Anschaffung vorm Landesobergericht in Düsseldorf und am 21. Juni in Zusammenarbeit mit der Friedenskoordination Berlin eine Mahnwache mit Überreichung der durch Attac und 149 anderen Organisationen unterschriebenen bundesweiten Unterschriftenliste "Keine Kampfdrohnen!" vor dem Bundestag mit Reden von Bundestagsabgeordneten der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und SPD koordiniert; in beiden Fällen haben Mitglieder der AG Globalisierung und Krieg die dazu gehörenden Presseeinladungen verfasst.

Die erfolgreiche Abwendung der Drohnenbeschaffung in Deutschland im Juni 2017 wird durch die US-Friedensbewegung als "eine historische Schritte" bewertet. (4)

Im Juli 2017 hat die AG Globalisierung und Krieg in Zusammenarbeit mit DFG-VK einen Workshop "Grenzüberschreitend - Widerstand gegen Kampfdrohnen" im Gipfel für globale Solidarität im Rahmen der G20 Proteste in Hamburg präsentiert und weitere Mitstreiter_innen gewonnen. Im August hat AG Globalisierung und Krieg an der Lebenslaute/DFG-VK Blockade von Fliegerhorst Schleswig/Jagel teilgenommen, der Bundeswehr-Stützpunkt wo deutsche Drohnenpiloten arbeiten, z.B. bei Drohnenüberwachung in Afghanistan und Mali. Im September hat die AG über 1300 Flyer mit Anregungen für die weitere Lobby-Arbeit bei den Veranstaltungen in Ramstein und Kaiserslautern am 8./9. September in Zusammenarbeit mit Code Pink Germany verteilt. Die im Frühling gegründete Webseite der AG Globalisierung und Krieg "Keine Kampfdrohnen" [2] enthält

nicht nur wichtige und sachkundige Aktionsanregungen für die Lobby-Arbeit sondern auch die bundesweit einzige Dokumentation der Arbeit der deutschen und US-Friedensbewegung in der bisher erfolgreichen Initiativen in 2017, die Anschaffung von bewaffnungsfähigen oder bewaffneten Kampfdrohnen für die Bundestag abzuwenden.

Die Bundesregierung wird in der kommenden Legislaturperiode erneut versuchen, die Beschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr doch noch durchzusetzen.

Die Beschaffung von Kampfdrohnen wird nach den BT-Wahlen höchstwahrscheinlich ein zentrales Anliegen der neuen Bundesregierung für die Aufrüstungs- und Kriegführungs-Pläne sein - ob allein, in Kooperation mit anderen EU-Mitglieder-Staaten oder im Rahmen der NATO. Die Bundesregierung unterstützt hierbei die deutsche Waffenindustrie, die gierig auf den lukrativen Export von Kampfdrohnen ist. Bis 1945 war die deutsche Waffenindustrie in der Technologie für die Kriegsführung mit unbemannten Flugkörpern weltweit führend. Die deutsche Waffenindustrie hofft nun — mit der Hilfe der Bundesregierung und in Zusammenarbeit mit der israelischen Waffenindustrie — eine im weltweiten Waffenmarkt konkurrenzfähige Kampfdrohne zu entwickeln und herzustellen.

Dringend notwendig ist eine breit angelegte Initiative, um der Bevölkerung über diese Anschaffungs- und Entwicklungspläne zu informieren und zu mobilisieren. Auch unsere Forderung, dass die Bundesregierung endlich ihre Beihilfe für die US-Tötungen mittels Drohnen beendet, muss im Bundestag durchgesetzt werden.

Die Bundesregierung duldet seit Jahren die illegalen, völkerrechtswidrige Drohnen-Tötungen der USA unter Nutzung einer US-Satelliten-Relaisstation in Ramstein und des Zentralen Kommandos der USA für Militäreinsätze in Afrika (AFRICOM in Stuttgart). Durch die US-Drohnen-Einsätze via Ramstein werden Bevölkerungen in mindestens sieben Ländern im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika ständig überwacht und bedroht, und Tausende "Unbekannte", d.h. Kinder, Frauen, ältere Menschen werden umgebracht. In der letzten Legislaturperiode gab es im NSA-Untersuchungsausschuss im Bundestag auch Anhörungen über die deutsche Beihilfe für den US-Drohnenkrieg. Der Ausschuss wird voraussichtlich im Herbst den Abschlussbericht dem Bundestag und der Regierung vorlegen, wodurch die Beihilfe der Bundesregierung eventuell auch auf die Tagesordnung des Bundestags kommen wird. Wenn die Bundesregierung und der Bundestag diese Verbrechen weiterhin zulässt, müssten wir annehmen, dass die Bundesregierung auch für die Bundeswehr eine solche "Kriegsführung" für richtig hält, was eine weitgehende Unterhöhnung des internationalen Völkerrechts und der Menschenrechte stark signalisieren wurde.

Der Widerstand in der deutschen Bevölkerung gegen Kampfdrohnen und Drohnen-Tötungen ist wegweisend und inspirierend für die Anti-Kampfdrohnen-Bewegungen in der ganzen Welt. In Deutschland fanden die bisher weltweit größte Demonstrationen gegen einen Drohnen-Stützpunkt (Ramstein) und die bisher effektivste Blockaden von Drohnen-Stützpunkte im Westen, bei AFRICOM in Stuttgart und bei Jagel in Schleswig-Holstein.

Die AG GuK wird mit vielen Bündnispartnern aus der Friedensbewegung zusammenarbeiten.

Mitglieder der AG Globalisierung und Krieg, welche die neue Initiative zum Thema Kampfdrohnen und Drohnenkrieg entwickelt haben, arbeiten schon jetzt eng mit einem breiten Spektrum von Organisationen in der Friedensbewegung zusammen: DFG-VK AG "Kampfdrohnen", IPPNW, Code Pink Germany, Lebenslaute, Friedenskoordination Berlin, Stopp Air Base Ramstein und IMI (die eine Webseite [3] betreibt). DFG-VK, Code Pink, und Friedenskoordination Berlin haben einige Projekte der neuen Initiative mitfinanziert, und IPPNW hat bei der Pressearbeit mitgewirkt.

Nun gilt es, unsere erfolgreiche Arbeit bundesweit und organisationsübergreifend zu festigen und zu erweitern. Unter anderem wird die DFG-VK im Rahmen ihres Bundeskongresses in Berlin Mitte November zu einem organisationsübergreifenden Treffen zur Gründung einer erweiterten Kampagne zu Kampfdrohnen/Drohnenkrieg einladen. Die AG Globalisierung und Krieg wird auch

beim Friedensratschlag durch einen Workshop von Elsa Rassbach zu Drohnen vertreten sein, woraus sich weitere konkrete Vernetzungsmöglichkeiten ergeben werden. Und in Zusammenarbeit mit der Friedenskoordination Berlin wird die IMI Webseite zu Drohnen-Kampagne erneuert. Die AG-Webseite "KeineKampfdrohnen" [2] hat jedoch die bisher ausführlichsten Infos zur neuen Initiative gegen Drohnenkrieg und Kampfdrohnen und wird für die aktuelle Kampagne sicherlich weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Eine starke Unterstützung von Attac für die weitere Arbeit zum Thema Drohnenkrieg und Kampfdrohnen gäbe der AG die Möglichkeit, weiterhin bundesweit Präsenz zu zeigen. In der Gestaltung dieser Arbeit würde die Attac AG Globalisierung und Krieg eine wegweisende Rolle spielen können.

AG Globalisierung und Krieg, 17.9.2017

[1] <https://drohnen-kampagne.de/appell-keine-kampfdrohnen/>

[2] <https://drohnen-kampagne.de>

[3] <http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/keinekampfdrohnen/>

(4) <https://www.knowdrones.com/updates/2017/6/27/germans-take-historic-stance-against-arming-drones>

10.10 AG Kommunen

Die AG Kommunen wird 2017 wieder zusammen mit anderen eine kommunalpolitische Tagung durchführen.

Kommunentagung Demokratie und Kommunen

Die kommunale Demokratie erlebt zurzeit eine widersprüchliche Entwicklung. Während einerseits Bürger*innen mehr demokratische Teilhabe auf kommunaler Ebene einfordern, schwinden gleichzeitig die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten, die demokratisch gestaltet werden könnten.

Hintergrund

Die Kommunale Selbstverwaltung ist ein besonderer Ausdruck des demokratischen Staatsaufbaus in Deutschland. Die kommunale Selbstverwaltung folgt dem Grundsatz einer positiv verstandenen Subsidiarität, demzufolge diejenige Ebene für die Aufgabenwahrnehmung zuständig ist, die die höchste sachliche Nähe besitzt.

Die Art und Weise, wie diese Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Zuständigkeit wahrgenommen werden obliegt der Entscheidung der kommunalen Akteure.

Unter diese Aufgaben in eigener Zuständigkeit fallen u.a. die sogenannte Daseinsvorsorge, die soziale und wirtschaftsnahe Infrastruktur, die Kulturförderung, die sozial-ökologische Stadtentwicklung. Darüber hinaus ist die Kommune verpflichtet durch Bund und Länder per Gesetz oder Verordnung übertragene Aufgaben zu erfüllen.

Die Fähigkeit, die Aufgaben in eigener Zuständigkeit wahrzunehmen ist Ausdruck von demokratischer Selbstbestimmung der Menschen einer Stadt, einer Region. Diese Fähigkeit wird immer mehr eingeschränkt.

(Frei-)Handelsabkommen wie CETA, TTIP oder andere, die ohne demokratische Beteiligung im stillen Kämmerchen zwischen Bürokraten und Lobbyisten ausgehandelt werden, greifen in die Selbstbestimmung der unternehmerische Betätigung der Kommunen/der örtlichen Gemeinschaft ein, indem sie das Eindringen Privater in die kommunale unternehmerische Tätigkeit fördern und gleichzeitig die Klagefähigkeit von Unternehmen gegen öffentliche Gebietskörperschaften erhöhen. Mit anderen Worten: Konzerninteressen werden legimitiert, die Selbstorganisation und –verwaltung der örtlichen Gemeinschaft delegitimiert.

Die Integration von Sonderwirtschaftsbereichen, wie etwa die Gesundheitsversorgung oder der Energieversorgung, in das nationale und europäische Wettbewerbsrecht schränkt die freie wirtschaftliche Tätigkeit im eigenen Wirkungsbereich ein. Gleichzeitig wird dadurch, neben restriktiverer Bewertung im Steuerrecht, die traditionelle kommunale Quersubvention massiv beschränkt.

Die fiskalische Leistungsfähigkeit ist sehr unterschiedlich verteilt. Strukturschwache Regionen und Kommunen sind dabei doppelt benachteiligt. Insbesondere die durch Arbeitslosigkeit und bevölkerungsstrukturellen Wandel (z.B. Alterung, Migration) bedingten Mehrausgaben schränken die fiskalische Handlungsfähigkeit stark in. Gleichzeitig ist die Steuerergiebigkeit kommunaler Steuern geringer. Das verfassungsrechtlich garantierte Hebesatzrecht wird für finanzschwache Kommunen zu einem Zwangsinstrument. Die Hebesätze auf Grundsteuern und Gewerbeertragssteuer sind bei strukturell besser gestellten Kommunen um mehr als die Hälfte geringer als bei Kommunen in strukturschwachen Gebieten. Gleichzeitig verlagert vor allem der Bund viele, vor allem sozialpolitische Aufgaben auf die Kommunen bzw., erweitert sie, ohne für eine Refinanzierung zu sorgen (Konnexität). Dieses führt dazu, dass mehr als die Hälfte kommunaler Haushalte aus gesetzlich verpflichtenden Transferausgaben besteht.

Viele Kommunen fühlen sich daher zu drastischen Maßnahmen gezwungen:

- die Reduktion von sogenannten freiwilligen Leistungen, also Leistungen zu denen die Kommunen nicht per Gesetz verpflichtet ist, aber durchaus zum Kern kommunaler Selbstverwaltung gehören,
- der Verkauf von Grundstücken,
- aber auch die Privatisierung von Einrichtungen und Unternehmen der Daseinsvorsorge,
- Finanzierungsinstrumente die den Vermögenshaushalt der Kommune kurzfristig entlasten, aber die dann höheren Ausgaben auf zukünftige Haushalte verlagern und damit gleichzeitig eine versteckte Privatisierung darstellen. Aktuell besonders im Fokus ist hier die sogenannte Öffentlich- Private-Partnerschaft (ÖPP).

Die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit der Kommunen ist angesichts dieser Zwangswirtschaft nur noch eingeschränkt vorhanden, die kommunale Selbstverwaltung in vielen Kommunen quasi nicht mehr vorhanden, sondern sie besteht in der Verwaltung des Mangels.

Zusätzlich werden aus ideologischen Gründen die rechtlichen Handlungsspielräume eingeschränkt, wenn, wie etwa durch die neue christlich-liberale Regierung in NRW, bei jeder öffentlichen wirtschaftlichen Betätigung der Nachrang der örtlichen Gemeinschaft durchgesetzt werden soll.

Kommunale Demokratie funktioniert nicht als Mängelverwaltung, sondern nur dann, wenn sie Gestaltungsspielräume hat.

Widerspruch und Widerstand

Gegen diese Politik der Entdemokratisierung gibt es zunehmend sachlichen Widerspruch und immer stärkeren politischen Widerstand.

Die Bevölkerung lehnt die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen mit deutlicher Mehrheit ab. Gleichzeitig fordern Bürgerinnen und Bürger Formen der direkten Beteiligung bei Entscheidung und Umsetzung von Maßnahmen und Projekten, die ihre Lebenswelt unmittelbar betreffen, ein. Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass jenseits der neoliberalen Rhetorik direkte oder indirekte Privatisierungen, wie ÖPP, nicht zu mehr Bedarfsgerechtigkeit, stattdessen zu nahezu immer höheren Ausgaben für die betroffenen Kommunen und damit zu Mehrbelastungen der Menschen einer Stadt oder einer Region führen. Auch zeigen sowohl nationale als auch internationale Beispiele, dass die direkte Beteiligung betroffener Bürgerinnen und Bürger bei Planung und Umsetzung von lokalen bzw. regionalen Projekten am Ende nachhaltiger und wirtschaftlicher ist.

Lokale oder regionale Initiativen gegen Privatisierungen, der Widerstand von Attac und anderen Gruppen gegen Handelsabkommen neuen Typs, wie TTIP, Ceta und andere, sowie Initiativen für mehr partizipative Demokratie und Bürger-Beteiligung haben damit ähnliche Ziele. Sie widersprechen der kommunalen Entmündigung, für die selbstbestimmte Wahrnehmung der Aufgaben und Ziele auf der kommunalen Ebene, für eine gerechte Lastenverteilung zwischen den Kommunen und vor allem zwischen Kommune, Bund und Land, für eine Stärkung der kommunalen Demokratie und der kommunalen Selbstverwaltung.

Die bestehenden Formen kommunale Demokratie müssen revitalisiert werden. Gleichzeitig braucht es auch neue Formen kommunaler Demokratie. Zum Beispiel Bürger*innen-Budgets, bei denen es wirklich etwas zu entscheiden gibt oder Planungszellen bei denen Bürger*innen aktiv in die Stadtplanung einbezogen werden.

Kalkulation

Kosten (12.000 Euro):

- Personalkosten / Honorare:	7.250 Euro
- Reisekosten	1.700 Euro
- Materialien	1.150 Euro
- Kosten für Raum, Technik, etc.	1.900 Euro

Einnahmen(7.000 Euro):

- Teilnehmendenbeiträge	1.000 Euro
- Beiträge Bündnisparten*innen	6.000 Euro

Mittel Attac 5.000 Euro

Die AG Kommunen beantragt 5.000 Euro für die Kommunalpolitische Tagung in den Haushalt 2018 einzustellen.

10.11 Aufstehen gegen Rassismus

Finanzantrag zur weiteren Unterstützung von „Aufstehen gegen Rassismus“

Direkt, nachdem im Frühjahr 2016 die AfD mit erschreckend hohen Prozentzahlen in drei Landtage hat einziehen können, haben sich tausende von Menschen und viele Organisationen, darunter Attac, auf den Aufruf „Aufstehen gegen Rassismus“ verständigt. Aus diesem Aufruf ist mittlerweile eine öffentlichkeitswirksame Kampagne entstanden, die sich dem gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck sowohl mit Aktionen und der Unterstützung von Gruppen vor Ort als auch mit ehrenamtlich getragenen Bildungsangeboten entgegen stellt, und die von Attac Deutschland seit über einem Jahr unterstützt wird.

Die Kampagne möchte ihre Aktivitäten auch nach der Bundestagswahl 2017, der zum ersten Mal nach 1945 wieder eine große Zahl an offen Rechtsradikalen Zugang zum bundesdeutschen Parlament erhalten haben dürfte, weiterführen:

- Mit der Fortführung der von immer mehr Multiplikator*innen getragenen Stammtischkämpfer*innen-Ausbildung sollen politische und gewerkschaftliche Gruppen, aber auch Vereine, Kirchenverbände, Initiativen für Geflüchtete etc. weiterhin Zugang zu einem antirassistischen Empowerment-Training erhalten, das Menschen in der gesamten Breite der Gesellschaft mit Kompetenzen in der Begegnung rechtspopulistischer und rassistischer Äußerungen ausstattet.

- Eine auszubauende Vernetzung von Organisationen und Initiativen soll die finanzielle und personelle Basis der Kampagne auf längere Frist sicherstellen und ausbauen. Vor den Europawahlen im Jahr 2019 strebt die Kampagne darüber hinaus einen europäischen Erfahrungsaustausch an und sucht die Vernetzung mit möglichen, in der antirassistischen Arbeit engagierten Organisationen in ganz Europa:
- Die Kampagne will darüber hinaus die parlamentarische Arbeit der AfD, die die sichtbarste Trägerin des antiemanzipatorischen und rechtsradikalen Backlashs ist, beobachten und die Gesellschaft über deren menschenfeindliches und neoliberale Wirken aufklären.

Für Attac steht dieses Engagement nicht nur in einem unmittelbaren Kontext zu seinem Selbstverständnis, gemäß dem Rassismus und andere Ausprägungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ebenso wie Chauvinismus und ein antiemanzipatorischer Anspruch keinen Platz in einer solidarischen Welt finden dürfen, sondern die Einbringung in die Kampagne unterstreicht auch unseren Anspruch, neoliberale Konzepte umfassend zu bekämpfen und dabei möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen, die unter diesen leiden, einzubeziehen. Offene Bildungsangebote wie die niedrigschwellige Stammtischkämpfer*innen-Ausbildung gegen Rassismus, die auch von vielen Attacies angeboten wird, sind für zahlreiche Teilnehmer*innen darüber hinaus oftmals ein erster Kontakt zu praktischem und wirksamem politischen Engagement vor Ort, der sie zum Beitritt bei Attac oder verwandten Organisationen ermutigen kann.

Attac hat für „Aufstehen gegen Rassismus“ bislang 5.000 EUR im Jahr reserviert, wovon 2.500 EUR direkt in die Kampagne eingeflossen sind und weitere 2.500 EUR für interne Kosten (für Reisen etc.) vorgesehen waren. Vor dem Hintergrund der angespannten Finanzsituation von Attac werden für die Weiterführung der Kampagne für die Periode 10/2017 bis 10/2018 nur noch 3.500 EUR beantragt: Um der Kampagne selbst nicht eine wichtige Säule ihrer ohnehin mangelnden Finanzierung zu entziehen, soll sie weiterhin mit 2.500 EUR unterstützt werden; die internen Kosten für Attac werden reduziert.

10.12 Alter Summit

Liebe Leute,

die alte Struktur, in der Alter Summit mitbehandelt wurde und dementsprechend auch die Finanzierung beschlossen wurde (PG Eurokrise) existiert nicht mehr, die neue Struktur - PG Europa - hat sich bisher auf den Kongress 2018 konzentriert und ich bin mir nicht sicher, ob speziell für AlterSummit ein Finanzantrag gestellt wird.

Darum stellt ich persönlich den **Antrag, im Jahre 2018 die Beteiligung an der Finanzierung von Alter Summit fortzusetzen:**

1. **500 Euro** für die Beteiligung an den Kosten für die halbe Koordinierungs-Stelle, für Treffen (Raum und Subventionen insb. für osteuropäische TeilnehmerInnen) , für Aktionen und Veröffentlichungen.
2. **1000 Euro** für die Beteiligung an Konferenzen und Koordinierungstreffen von AlterSummit.
 - Über den Stellenwert von AlterSummit in der europäischen Landschaft: http://www.attac.de/uploads/media/SiG_Webseite_ueber_AlterSummit.pdf (Übersicht von 2016)
 - Über die Ergebnisse der Konferenz "Rights4all" im November 2016: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/detailansicht/news/ergebnisse-der-europaeischen-konferenz-rights-4all-now-bruessel-25-26-nov-2016/>
 - Vertreter/-innen von AlterSummit waren 2017 in Hamburg (G20) und in Toulouse (ESU) aktiv; im Juni fand eine Konferenz "Just transition" mit VertreterInnen von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen statt (auch von attac DE).
 - Eine AlterSummit-Konferenz fand im Februar statt (ich nahm daran teil; Themen waren neben der Fortführung der Aktivitäten "Rights4all" (s. unten) u.a. die Situation in Griechenland

(<http://www.altersummit.eu/accueil/article/weiter-an-der-seite-der-menschen>) , in der Türkei und in Frankreich, die nächste ist für Dezember geplant.

Anhang:

Towards a Rights4All Campaign

The Rights4All Campaign (R4A Campaign) will be the ombrella of the different activities of Alter Summit and its working groups for the coming months/years (mid-term strategy, i.e. 2019)

The campaign will be based on three « political » statements :

1. We campaign for social and labour rights for all ! (Unite - Equal rights & Social change)

We believe that the strongest way to maintain, defend and promote our rights, is to defend the rights of everybody living in Europe, from the more organized workers to the more exploited people, with all inhabitants, migrant or not, precarized or not, youngs and olds. But also building a campaign with the different sectors of the social movement : trade unions, movements and collectives, associations, activists, etc...

2. We see Europe as a political space (Reclaim! Popular sovereignty)

European Institutions and global economical and financial powers are governing at this level : the single market, legislations and policies imposing a neoliberal framework of austerity, marchandisation and exclusion. But also because we believe Europe is the right level for us to organize and articulate our many struggles, a right level to face the huge challenges humanity face.

3. We want to work with grass-rooted struggles and organisations (Connect! Decentralize)

Our critic of EU institutions is based on the real obstacles they represent to the satisfaction of our many rights and demands. So our alternative is building resistance, awareness, strategies with the organisations defending these rights and demands at local, regional, national or more global level. We want our message to be understood by workers, citizens, activists in the field.

Viele Grüße

Marie-Dominique

10.13 PG Freihandel

Finanzantrag der Kampagne zu Handelsabkommen für 2018

Nach 4,5 Jahren intensiver und sehr mobilisierungswirksamer Abwehrkämpfe gegen die prominenten Handelsabkommen TTIP und CETA befindet sich der Freihandelskritische Widerstand in einer Neuorientierung. TTIP und TiSA sind nicht vom Tisch, aber vorerst auf Eis gelegt. CETA wurde trotz unserer massiven Anstrengungen auf EU-Ebene beschlossen, wird ab dem 21. September 2017 vorläufig angewendet und befindet sich in der Phase nationaler Ratifizierungen. Parallel dazu sind eine Reihe weiterer Abkommen in Verhandlung, die zwar unsere Aufmerksamkeit verdienen, aber bei weitem nicht so mobilisierungsfähig sein dürften.

Die bisherigen schlagkräftigen TTIP-/CETA-Bündnisse haben sich reorganisiert und gelockert. Viele Bündnispartner kehren zu ihren Kernthemen zurück und stecken spürbar weniger Kapazitäten in die handelspolitische Arbeit. Damit bleibt das Themenfeld wieder Attac überlassen, was sich u.a. in der Umsetzung des CETA-Aktionstages am 9.9. zeigte: Er wurde maßgeblich von unserer Kampagne organisiert und koordiniert und ca. ¾ der angemeldeten Aktionen wurden von lokalen Attac-Gruppen oder von Bündnissen, in denen Attac eine führende Rolle innehaben, durchgeführt.

Attac hat dadurch die große Chance, mit unserer Expertise und unseren Kompetenzen, trotz unserer vergleichsweise schmalen Kampagnenbudgets und Personalkapazitäten, wieder als zentraler Ansprechpartner in diesem unserem ureigenen Politikfeld sichtbar zu werden.

Zudem ist es dringend nötig, die bisherigen Abwehrkämpfe in eine grundsätzlichere Kritik zu überführen und positive Alternativen aufzuzeigen. Attac hat in diesen Feldern bereits viel erarbeitet. Diese Chance wollen wir nutzen!

Strategien und Vorhaben der Kampagnengruppe für 2018

Wichtiger Bezugspunkt unserer Proteste wird die CETA-Ratifizierung im Bundestag und -rat bleiben, die wir durch öffentliche Kritik, Abgeordnetenarbeit und Aktionen intensiv begleiten wollen. Darüber hinaus werden wir auch weiterhin über neue Verhandlungen und Prozesse aufklären - so, wie wir es schon mit der Organisation der Referentinnentour zu den Neuverhandlungen des EU-Mexiko-Vertrages getan haben und aktuell weiter tun, indem wir ein Factsheet zum EU-Vietnam-Abkommen ausarbeiten, den TiSA-Flyer aktualisieren und einen Flyer zu den WTO-Verhandlungen im Dezember herausbringen.

Jenseits der gebotenen Kritik an den hydraartigen bilateralen Verhandlungen der EU geht die Kampagne dazu über, die Strukturen hinter den Einzelabkommen anzugreifen und zugleich positive Ziele zu formulieren. Diese Debatten laufen unter dem Arbeitstitel „Alternativen“ bzw. „Alternative Handelspolitik“. Bei den BewegungsaktivistInnen herrscht großes Interesse an entsprechenden vermittelbaren Konzepten auch jenseits des bisher propagierten Alternativen Handelsmandats. Unsere Kampagnengruppe wird daher viele Ressourcen aufwenden, um den politischen Diskurs in diesem Feld mit fundierten Debattenbeiträgen voranzubringen und vielversprechende Ansätze innerhalb und außerhalb Attacs bekannt zu machen.

Diese Aktivitäten sollen von einer (noch detaillierter auszuarbeitenden) Kampagne begleitet werden, die die Ausrichtung internationaler Handelspolitik an Menschenrechten einfordert. Politischen Druck möchten wir u.a. durch unsere Mitarbeit in den zivilgesellschaftlichen Binding Treaty Allianzen ausüben: Durch die kritische Begleitung und Stärkung einer zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UN), die derzeit ein Völkerrechtsabkommen (Binding Treaty) erarbeitet, mit dem transnationale Konzerne und andere Unternehmen für Menschenrechtsverstöße zur Verantwortung gezogen werden sollen.

Mit Hilfe diverser Medien und Veranstaltungen möchten wir hierfür öffentliche Aufmerksamkeit generieren und zuspitzen. Auch unsere Kommunenarbeit möchten wir, aufbauend auf unserer (in Kooperation mit der AG-Kommunen) erfolgreichen freihandelskritischen Kommunenkonferenz in Nürnberg im April und den diversen Netzwerktreffen von TTIP-Free Zones in verschiedenen europäischen Ländern, fortführen. Gerade im Rahmen unserer Alternativendebatten sind Kommunen auch weiterhin zentrale Akteure und Ansprechpartner für die Umsetzung lokal wirksamer Alternativen

Alle diese Vorhaben erfordern viel Abstimmungsbedarf insbesondere in internationalen Zusammenhängen – was erhöhten Zeit- und Kostenaufwand mit sich bringt. Unsere Kampagnengruppe ist für die Mitarbeit im deutschen Netzwerk, den europäischen Bündnissen und der Treaty Allianz gut aufgestellt.

Finanzaufstellung und Ratschlagsantrag für 2018

Fahrtkosten	4.000 €
Materialien (incl. Nachdrucke)	4.000 €
Publikation zur Alternativen Handelspolitik (Broschüre)	1.500 €

Diskussionsveranstaltung zur Alternativen Handelspolitik (mit Bündnispartnern / Geldgebern sowie Spendensammlung)	200 €
Online-Aktion Alternative Handelspolitik / Menschenrechte (Grafiken, URL, Print-Materialien) – Mindestsumme	500 €
Erklärfilm (Sonderpreis)	3.000 €
Zwei bis drei Offline-Aktionen zur Alternativen Handelspolitik, z. B. am 12. Dt. Außenwirtschaftstag am 19.4.18 in Bremen Bundestagstermine zum Binding Treaty / NAP Menschenrechte UN-Termine Bundestags-/ratstermine zur CETA-Ratifizierung Extra-Kosten spektakuläres Aktionsmaterial	500 € 200 €
Internationale Arbeit (Europ. Netzwerk, Int. Treaty Allianz, Kommunen-Netzwerk)	2.000 €
Bündnisbeitrag Netzwerk Gerechter Welthandel	2.000 €
Bündnisaktivitäten (Publikationen, gemeinsame Aktionen) (zusätzlich zum Bündnisbeitrag)	1.000 €
Beteiligung „Wir haben es satt!“-Demo	1.000 €
Summe	19.900 €
Übertrag 2017 -> 2018 aus vorhandenen Mitteln (ca.)	5.000 €
Antrag Herbstratschlag	14.900 €

10.14 Sand im Getriebe

Vorstellung von „Sand im Getriebe“

„Sand im Getriebe“ soll einen **Bildungsbeitrag** leisten nach dem Motto „Comprendre pour agir“ (Verstehen um zu handeln). Seit Ende 2001 sind 124 Nummern und 28 weitere Veröffentlichungen (Reader, Sondernummer usw.) erschienen.
http://www.attac.de/uploads/media/SiG-Katalog_--_Inhaltsverzeichnis_aller_Nummern_2002-2017_-_August_2017.pdf, PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig>; Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at>

Ende 2014 haben wir die **SiG-Werkstatt** eingerichtet: da veröffentlichen wir Texte vor dem Erscheinen der neuen Ausgabe, Zusatzmaterialien bzw. Texte, die für das Format von SiG zu groß sind.

Ca. die Hälfte der SiG-Texte sind Übersetzungen, die ehrenamtlich - zum großen Teil von dem Übersetzungsnetzwerk cooridtrad - gemacht wurden. (<http://www.cooridtrad.attac.org/?lang=de>). Auch haben wir im Rahmen unserer Arbeit die Pressestelle auf ausländische Texte hingewiesen und deren Übersetzung organisiert, ebenfalls die Übersetzungen- / Dolmetscher- und Veröffentlichungstätigkeiten von AlterSummit unterstützt.

Die redaktionelle Arbeit erfolgt seit Anfang an ehrenamtlich.

Attac Deutschland hat bisher einen Teil der Unkosten (Druck für kostenlose Exemplare, Info- und Werbematerial, Büromaterial und Fahrtkosten) mit rund 1000 Euro pro Jahr getragen.

Außerdem wurden Kosten für eine Hardwareanschaffung, die zeitweilige Unterstützung durch eine Honorarkraft (ca. 3500 Euro) und Teilkosten einer umfangreichen Übersetzung (http://www.attac.de/uploads/media/Wahrheitskommission_DE.pdf) übernommen.

Finanzantrag

1. Wir beantragen für die laufenden Tätigkeiten von Sand im Getriebe für das Jahr 2018 - wie in den Jahren davor –
 - a. einen gesonderten Posten (im Haushaltsentwurf für 2017 war es der Punkt 5.12.3)
 - b. einen Betrag von **1000 Euro**.
2. *Darüberhinaus* beantragen wir für die künftige Mitarbeit der SiG-Redaktion am Projekt von AlterSummit, einen regelmäßigen Newsletter in 4 Sprachen zu erstellen, 1000 Euro (vorwiegend Reisekosten)

Peter Strotmann und Marie-Dominique Vernhes, SiG-Redaktionsmitglieder in Deutschland, 17.09.2017

10.15 Finanz AG und KoKreis

Der Regionalgruppentopf soll zukünftig durch einen festen Haushaltsansatz für zusätzliche Aktivitäten der Regionalgruppen in Höhe von 30.000€ ersetzt werden.

Begründung:

In den vergangenen Jahren wurden jeweils nie mehr als 22.000€ aus dem Topf abgerufen. Durch diese Maßnahme können dem laufenden Haushalt 90.000€ zugeführt werden, anderenfalls wäre das Defizit um diesen Betrag höher.

Der Regionalgruppentopf wird also weiter bestehen. Der Antrag der Finanz AG bezieht sich auf die Problematik, dass über die Jahre der Regionalgruppentopf durch die nicht verwendeten Rückflüsse aus den Regionalgruppen enorm angewachsen ist, diese Mittel aber nicht abgerufen wurden. Dies ist für die Gemeinnützigkeit problematisch

für die FinanzAG

Dirk Friedrichs

11 Wahlen

Es werden nach regionaler Zugehörigkeit (**Süden:** Bayern, Baden-Württemberg; **Osten:** Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen; **Westen:** Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland; **Norden:** Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen) in vier Räumen Wahlen für den deutschlandweiten Attac-Rat und den Attac-Koordinierungskreis abgehalten.

Wahlen zum Koordinierungskreis: Pro Region wird ein Frauen- und ein offener Platz gewählt. Im Plenum werden anschließend noch jeweils zwei offene und zwei Frauenplätze aus den Gruppen gewählt. Danach werden Vertreter*innen von drei bundesweiten Arbeitsgruppen (AG) ohne Quotierung gewählt.

Wahlen zum Rat: Pro Region werden drei offene und drei Frauenplätze gewählt.

Grundsätzlich gilt für alle Wahlen für die bundesweiten Gremien, dass nur gewählt ist, wer mindestens 50 Prozent der abgegebenen Stimmen erhält. Alle Kandidat*innen haben Gelegenheit, sich vorzustellen. Dabei müssen sie offen legen, welchen anderen politisch aktiven Organisationen und Parteien sie angehören und ob sie dort Ämter bzw. Mandate bekleiden. Die Wahl findet geheim statt.

12 Kandidaturen

12.1 Kandidaturen für den Kokreis

12.1.1 Judith Amler

Bewerbung für die Wahl in den KoKreis von Attac D, 11/2017 - 10/2018

Judith Amler

Attac-Regionalgruppen Rosenheim und München, Mitglied im Rat von Attac D;
aktiv seit 04/2015



Meine bisherigen Attac-Aktivitäten:

- seit 08/2015: Delegierte von Attac München im Bündnis Rosenheim nazifrei
- 11/2015 – 10/2017: Vertreterin des Münchner Arbeitskreises Freihandelsfalle im KoKreis von Attac München
- 05/2016 – 02/2017: Koordination der Unterstützung eines Volksbegehrens gegen CETA durch die bayerischen Attac-Regionalgruppen
- 06/2016 - 09/2016: Mitglied im Arbeitsausschuss des bayerischen Bündnisses für die Münchner Stop-CETA-Demo vom 17.09. (insbesondere: Presse-AG) und Koordination des dortigen Attac-Auftritts
- 11/2016 – 10/2017: Mitglied im Rat von Attac D
- seit 01/2017: Vertretung von Attac D im Arbeitsausschuss der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“
- seit 03/2017: Mitwirkung in der G20-Projektgruppe von Attac D (Schwerpunkt: Pressearbeit)
- Sonstiges: Organisation und/oder Moderation von Informationsveranstaltungen und Workshops, Vertretung von Attac D mit Redebeiträgen bei mehreren Demos, Beteiligung an Aktionen und an der Öffentlichkeitsarbeit von Attac D

Inhaltliche / Organisatorische Schwerpunkte:

Freihandel; Antirassismus und -sexismus / Aktion; Öffentlichkeitsarbeit

Was mich bewegt:

Wir erleben eine Zeit, in der der Neoliberalismus fast gewonnen zu haben scheint; politische Dogmen werden öffentlich kaum mehr in Frage gestellt und die Alternativlosigkeit ist für viele junge und ältere Menschen traurige, aber scheinbar unverrückbare Realität geworden. Und diejenigen, die noch an Alternativen glauben, orientieren sich heute in nur allzu vielen Fällen nach rechts: Im Versuch, sich den eigenen Zukunftsängsten zu stellen, verliert der Gedanke der Solidarität leider für immer mehr Menschen wahrnehmbar an Bedeutung.

In etwa so könnte ein düsteres Bild dieser Gesellschaft gezeichnet werden – dem sich Attac (wie fast die komplette linke Bewegung) aus meiner Sicht noch stärker stellen muss. Dabei wünsche ich mir, dass wir diese Herausforderung als eine Chance begreifen:

Wir haben gute politische Konzepte für eine solidarische Gesellschaft und Welt, an deren Weiterentwicklung in ganz Deutschland, Europa und global viele Menschen ausdauernd und mit großer Leidenschaft arbeiten – überlegen wir gemeinsam, wie wir sie noch besser in die Öffentlichkeit und in die politische Debatte einbringen können. Und wie wir, vor allem auch den jungen Menschen, die von den ermüdenden Diskursen in parteipolitischen Machtkämpfen abgeschreckt werden, vermitteln können, dass politisches Engagement nicht nur Arbeit und

Konkurrenz bedeuten muss, sondern dass politische Selbstermächtigung und Bewegung Spaß machen und ein neues Gemeinschaftsgefühl schaffen können. Attac braucht den Nachwuchs junger und aktiver Menschen und diese wiederum freuen sich oftmals über ein glaubwürdiges und offenes Angebot an Möglichkeiten der gleichberechtigten Mitwirkung.

Daran, dieses zu erklären und noch weiter zu verbessern, daran möchte ich gerne mitwirken.

12.1.2 Sabine Lassauer

Ich bin 25 Jahre jung, lebe in Köln und habe gerade mein Bachelor-Studium für Sozialwissenschaften abgeschlossen. Neben attac engagiere ich mich v.a. in der lokalen Kölner Initiative „Tanzen gegen TTIP“, wo wir explizit junge Menschen durch die Verbindung mit Kultur für Politik und Mitgestaltung begeistern wollen. Ich gehöre keiner Partei an.

Bisherige attac-Aktivitäten:

seit 10/2014 Mitglied bei der attac-Campusgruppe in Köln

seit 10/2016 Mitglied in der bundesweiten attac AG „Aktion“

2017 Teilnehmerin bei der attacademie 11 (Schwerpunkt: Aktionen & Kampagnenplanung)

10/2016 – 12/2016 Praktikantin im attac Bundesbüro

Inhaltliche & organisatorische Schwerpunkte:

Globalisierungs- & Kapitalismuskritik, Freihandel

Linke Organisation & Wirkmächtigkeit

Aktionsorientierung, Kreativität & Ansprache junger Menschen

Was mich bewegt:

Politisch engagiere ich mich aus dem Glauben heraus, dass die Transformation der Welt zum Besseren zuallererst eine Abkehr von der neoliberalen Form der Globalisierung und gleichzeitig eine echte Re-Demokratisierung des politischen Systems und unserer transnationalen Zusammenschlüsse braucht. Dass attac genau diesen inhaltlichen Schwerpunkt setzt und gleichzeitig basisdemokratisch organisiert ist, auf Empowerment von Ehrenamtlichen setzt und eine Scharnierfunktion zwischen radikalem und bürgerlichem Spektrum einnimmt, macht es so attraktiv für mich.

attac und andere Akteure aus dem „linken“ und globalisierungskritische Spektrum bieten in meinen Augen eine Menge vielversprechende Lösungsansätze hierfür, die ausprobiert und weiterentwickelt werden wollen. Leider haben wir noch nicht die kritische Anzahl an Menschen gewinnen können, die es dafür braucht. Obwohl uns die Realität doch in so vielen Punkten zu bestätigen scheint, geht der Trend momentan leider eher in die entgegengesetzte Richtung: Die Einen resignieren und wollen nichts mehr wissen von der Politik und zivilgesellschaftlicher Mitgestaltung, die Anderen wenden sich nach rechts.

Genau hier setze ich mit meinem Engagement an. Ich möchte dazu beitragen, attac und die gesamte linke Bewegung wieder attraktiver zu gestalten, gerade für junge Menschen: Durch die richtige (zielgruppenorientierte) Ansprache, durch eine solidarische und wertschätzende Kultur, durch Kreativität und Aktionsorientierung sowie durch strategische und zielgerichtete politische Arbeit. Dies versuche ich voranzutreiben durch meine politischen Aktivitäten, die ich zukünftig gern auf die Mitarbeit im KoKreis ausweiten würde, um dort meine Perspektive als junge Frau und meine Ideen einzubringen.

12.1.3 Alfred Eibl

Bewerbung um einen Sitz im KoKreis von Attac 2017/18

Die AG Finanzmärkte & Steuern hat auf ihrer Jahrestagung im Juli über ihre Aufgabenverteilung diskutiert und mich im Konsens gebeten, für die AG meine Mitarbeit im KoKreis fortzusetzen.

Ich bin 68 Jahre alt, geboren in Landshut und lebe seit 1972 in München.

Nach einem Ingenieurstudium habe ich in der Elektroindustrie bis zu meiner Pensionierung 2014 gearbeitet.

Im Betrieb war ich in Gewerkschaft und Betriebsrat aktiv und hatte dort verschiedenen Funktionen in der betrieblichen Mitarbeitervertretung inne, unter anderem Betriebsratsvorsitzender, Mitglied im Aufsichtsrat.

Nach meiner Pensionierung bin ich bei Attac mit dem Schwerpunkt Finanz- und Steuerpolitik aktiv geworden. Diese Schwerpunktsetzung erfolgte aus zwei Gründen:

- Dieses Themenpaar bildete den Dreh- und Angelpunkt der neoliberalen Wende und steht bis heute im Zentrum politischer Auseinandersetzungen
- Über meine Tätigkeit in der betrieblichen Mitarbeitervertretung musste ich mich ganz praktisch mit den Wechselwirkungen von Finanzmarktkapitalismus und Unternehmenspolitik auseinandersetzen und kann dadurch einiges an Erfahrungen und Kenntnissen einbringen.

Seit ich im letzten Jahr zum ersten Mal in den KoKreis gewählt wurde, arbeite ich dort in der Pressegruppe mit und habe meinen Schwerpunkt „Finanzmärkte und Steuern“ mit einer Vielzahl von Aktivitäten (Referate, Artikel, Pressemeldungen, Interviews) bearbeitet. Daneben bin ich Mitglied der Internet-AG des KoKreises und der Web-AG des Rates und arbeite an der Verbesserung des Internetauftritts von Attac mit.

Bei einer Wiederwahl würde ich diese Schwerpunktsetzung beibehalten wollen und die begonnene Verstärkung der Themen Finanzmärkte und Steuern bei Attac fortsetzen.

Ich bin SPD-Mitglied ohne Funktion.

Alfred Eibl

München, 17. September 2017



12.1.4 Johannes Döring

Bewerbung um einen Sitz im Koordinierungskreis

Ich bewerbe mich nun erneut um einen Sitz im Koordinierungskreis. Mitglied bei Attac bin ich seit Herbst 2015, wurde auf dem Herbstratschlag 2015 in den Rat und im letzten Jahr in den KoKreis gewählt. Die Arbeit, die KoKreis geleistet wird, halte ich, neben der lokalen Arbeit in der Regionalgruppe, für unverzichtbar und möchte deswegen ein weiteres Jahr in diesem Kreis zu einem möglichst guten Ablauf der deutschlandweiten Attac-Arbeit beitragen.

Seit dem vorletzten Jahr bin ich an der Organisation des Ratschlags beteiligt, an KoKreis-AG's ist vor allem meine Mitarbeit in der Presse-AG erwähnenswert. Seit Frühjahr diesen Jahres arbeite ich intensiv bei der neugegründeten PG Europa mit.

Ein besonderes Ereignis in diesem Jahr war für mich die von Attac Europa ausgerichtete Europäische Sommeruniversität in Toulouse sowie die Großdemo bei G20. Bei beiden Ereignissen konnte man, speziell auch bei Jüngeren, die Sehnsucht nach einer anderen und im Besonderen solidarischen und gerechteren Welt spüren. Diese Sehnsucht aufzugreifen und hoffentlich noch weiter in die Gesellschaft hineinzutragen, ist mein vorrangiges Ziel für dieses Jahr. Dieses im Speziellen in

diesem Bundestagswahljahr, damit die Angstmacherei und Ausgrenzungstendenzen nicht vollends die Oberhand gewinnen.

Ich bin Mitglied bei der Partei Die Grünen und für diese stellvertretender Ortsbeirat in meinem Stadtviertel.

12.1.5 Emilio Weinberg

Kandidat des Dachverbandes der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre für den Ko-Kreis

Ich bin 62 Jahre alt, verh., Vater von 2 erwachsenen Kindern. Von Beruf Psychotherapeut.

Attac habe ich 2002 durch meine Teilnahme an der GATS-Kampagne in Österreich als Bewegungsnetzwerk mit Expertise schätzen gelernt.

Neben meiner Aktivität für Attac Köln engagiere ich mich im Kontext des Widerstands gegen RWE im Rheinischen Braunkohlerevier auch seit vielen Jahren bei den Kritischen Aktionär*innen für fundierte Konzernkritik.

Für folgende Ziele wü(e)rde ich mich im Ko-Kreis besonders einsetzen:

- für eine stärkere Einbindung der Mitgliedsorganisationen in die Aktivitäten von Attac
- für die Förderung einer wertschätzenden und gewaltfreien Kommunikations-Kultur innerhalb von Attac, auch um Attac wieder attraktiver zu gestalten
- für mehr Aufmerksamkeit für eine langfristige Strategie-Entwicklung
- für eine stärkere Fokussierung des Engagements von Attac gegen den Rechts-Ruck und die faschistische Gefahr in Europa

Ich gehöre keiner Partei an. Ich unterstütze auch das Netzwerk ZUGABe (Ziviler Ungehorsam – Gewaltfreie Aktion – Bewegung).

12.1.6 Hermann Mahler

Zu meiner Person:

70 Jahre alt, Bauingenieur, ca. 25 Jahre in Ländern Afrikas und Lateinamerikas in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit tätig,

seit 2012 Rentner.

Politischer Hintergrund:

Gewerkschaftsarbeit, Solidaritätsarbeit insbesondere zu südlichem Afrika und Lateinamerika, Anti-AkW Bewegung, nie Parteimitglied.

Attac:

Mitglied seit 2004. Ab 2011 Reaktivierung der Regionalgruppe Duisburg; Mitarbeit in der AG Jenseits des Wachstums; 2012 in den Rat und 2015 in den KoKreis gewählt, dort neben der allgemeinen KoKreis Arbeit, aktiv im Bündnis Welcome2Stay, in der AG Internationales, in der PG Eurokrise, bei der Vorbereitung des Frühjahrs- und des Herbststratschlags und in der Büro AG.

Für die neue Wahlperiode beabsichtige ich an den genannten Themen und in den entsprechenden Zusammenhängen weiter zu arbeiten.

12.1.7 Thomas Eberhardt-Köster

Zu mir

Ich habe Betriebswirtschaft und Politikwissenschaften studiert und arbeite in einer Kommunalverwaltung. Inzwischen bin ich schon 56 Jahre alt und habe zwei erwachsene Kinder. Neben Attac engagiere ich mich bei verdi, Mitglied einer Partei bin ich nicht.

Zu meiner Attac-Sozialisation

Seit 2002 bin ich in der Regionalgruppe Düsseldorf aktiv und beschäftige mich dort unter anderem mit den Auswirkungen der Globalisierung auf die lokalen Lebensbedingungen. Leider muss ich durch die Arbeit im KoKreisarbeit die lokale Arbeit sehr vernachlässigen. In den letzten Jahren habe ich mich beim Aufbau der regionalen Vernetzung der Attac-Gruppen in NRW engagiert und bin in der bundesweiten AG Kommunen aktiv.

Zu meiner bisherigen Tätigkeit im bundesweiten Koordinierungskreis

Seit dem Ratschlag in Köln im Herbst 2012 bin ich im bundesweiten KoKreis aktiv. In der letzten Wahlperiode habe ich neben der allgemeinen KoKreisarbeit den Attac TheorieBlog betreut, war in der Presse AG aktiv und habe mich für den KoKreis um die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ gekümmert und in der PG zum G20 Gipfel mitgearbeitet. Aktuelle beteilige ich mich an der Vorbereitung des Europakongresses.

Zu dem, was ich mir für das nächste Jahr vorgenommen habe

Im nächsten Koordinierungskreis möchte ich an den oben genannten Projekten weiter mitarbeiten. Innerhalb des KoKreises will ich daran mitwirken die Arbeit so umzugestalten, dass sich mehr Menschen an dieser beteiligen möchten und können.

Düsseldorf, 10. Oktober 2017

12.1.8 Dirk Friedrichs

Bewerbung zum Attac-KoKreis	
Name: wohnhaft/Attac-Gruppe: Beruf:	Dirk Friedrichs Frankfurt am Main Erziehungswissenschaftler
bisherige Attac-Aktivitäten:	– KoKreis Attac Frankfurt am Main (bis 2014) – Koordination HelferInnen-Einsatz auf der Sommerakademie 2013 in Hamburg und auf der Europ. Sommerakademie 2011 in Freiburg – Programmkoordination der Sommerakademien 2015 und 2016 – Teilnehmer der Attacademie 6 – Vorbereitung Sommerakademie 2015 – Mitglied im Rat seit 2013
derzeitige Attac-Aktivitäten:	– Mitglied im Attac-KoKreis – Vorstand Attac Trägerverein e.V – FinanzAG – BüroAG – Ad hoc AG Gemeinnützigkeit – AG Bildungskoordination – AttaChor Frankfurt
Interessen und Motivation für die Arbeit im KoKreis:	– Schaffung finanzieller und personeller Voraussetzungen für eine qualitativ gute Attac-Kampagnen- und Projektarbeit – Begleitung des Büroteams an der Schnittstelle zwischen Haupt- und Ehrenamtlichkeit – Forcierung von Bildungsangeboten für Attac-Aktive (Methoden-, Moderationsworkshops, u.ä.) – weiterhin Unterstützung in der Finanz- und BüroAG

	– inhaltliche Themen: Welthandel, EU-Politik, Gemeinnützigkeit
Parteimitgliedschaft:	keine

12.2 Kandidaturen für den Rat

12.2.1 Dani Dörper

Dani (Dagmar) Dörper: Kandidatur als Mitglied im Rat

Über mich: Ausgebildet für das Lehramt an Gymnasien (Biologie und Chemie), habe ich als Beamtin „mit garantiertem Widerruf“ nach dem zweiten Staatsexamen sofort auf IT umgeschult

und bin inzwischen über 29 Jahre im gleichen Unternehmen in der forschungsnahen IT

beschäftigt. Schon immer politisch interessiert,

hat es doch Jahre gedauert, bis ich aktiv wurde.

Ich bin in keiner Partei und war es auch nie.



Über mich bei attac: Seit 2011 bin ich bei attac

und jetzt im dritten Jahr im Rat. Regional bin ich aktiv bei attac Mannheim, attac Ludwigshafen und dem Mannheimer umFairteilen Bündnis.

Das Besondere an attac ist für mich die Verzahnung von ökonomischer und politischer Bildungsarbeit. Hier mitzuwirken, ist für mich Herausforderung und Motivation zugleich.

Meine Themen: Umfair/verteilen und alles, was damit zusammenhängt. Also praktisch Alles: angefangen bei der zunehmenden Ungleichheit - in Deutschland und weltweit - über Steueroasen und sogenanntem „Freihandel“ bis hin zu Krieg und Frieden - und vieles Andere mehr.

Über mich im attac Rat: Ich arbeite in der Webseiten-AG des Rats mit. Weiter engagiere ich mich in der Projektgruppe Europa, in der wir den Europa-Kongress im nächsten Jahr vorbereiten.

Trotz begrenzter Ressourcen (in Vollzeit berufstätig und aktiv in drei lokalen Gruppen) würde ich gerne meine Tätigkeit im Rat fortsetzen und intensivieren.

12.2.2 Sonja Taubert

Seit 2014 Mitglied bei Attac, Musikalienhändlerin.

Meine Themen in der Regionalgruppe sind der Freihandel und Europa. Zur G20 Mobilisation und Vorbereitung habe ich im Bremer Bündnis Veranstaltungen organisiert.

Mein zweites Jahr im Rat: Während der G20 Vorbereitung habe in der Internen Mobi AG mitgearbeitet. Die Organisation des Regionaltages Niedersachsen/Bremen 2017 habe ich mitgestaltet und dort einen Workshop zur G20 Mobilisation angeboten.

Dies ist für mich ein wichtiges Thema: die Vernetzung der Regionalgruppen untereinander und der Kontakt der Gruppen zu den Aktivitäten auf der Bundesebene. Dies möchte ich auch in 2018 fortführen.

Keine Parteimitgliedschaft

12.2.3 **Margarete Steinrücke**

geb. 21.8.1953 in frankfurt/m

arbeits- und geschlechtersoziologin

seit anfang bei attac und seit 2005 in der bundes-ag arbeitfairteilen aktiv; für letztere seit 1 jahr im rat von attac; außerdem aktiv in der pg europa



12.2.4 **Andreas Beldowski**

Bewerbung um einen Sitz im Rat von attac Deutschland beim Herbstratschlag 2017



Andreas Beldowski

Geboren am 28. September 1956 in Karlsruhe

Luisenstr. 70

23568 Lübeck

0451/3882240 (nach 5x klingeln springt der AB an)

abel@on-luebeck.de

Seit dem Herbstratschlag 2004 an der Uni in Hamburg bin ich Mitglied im Rat von attac. Es war mir möglich seither an jeder Sitzung des Rates teil zu nehmen. Seit der Klausurtagung des Rates Ende 2009 bin ich als Mitglied der Rats-VG an der Organisation der Sitzungen des Rates beteiligt, seit 2016 habe ich den Hut auf. Als Mitglied des Rates war ich immer Mal wieder an verschiedenen AGen beteiligt (zuletzt bei der Organisation des Frühjahrsratschlages in Halle, 2007 an den Protesten um den G8 in Heiligendamm, 2017 an den G20 Protesten in Hamburg, ...).

Seit 2004 nehme ich an den Treffen der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandumgruppe) teil.

Seit 2005 bin ich Ansprechpartner der attac Regionalgruppe Lübeck, für die ich auch bei einer Reihe von lokalen Bündnissen mitarbeite (gegen den Naziaufmarsch, gegen Ryanair, gegen die Privatisierung kommunaler Unternehmen, ...).

Ich war von 2004 bis Mitte 2006 arbeitslos und habe schon 10 Monate von Hartz-IV gelebt. Ich war Mitorganisator der Lübecker Montagskundgebungen gegen Hartz-IV und habe als verdi-Mitglied in der Erwerbsloseninitiative des DGB in Lübeck Hartz-IV-Beratung gemacht.

Seither bin ich als Maschinenbauingenieur beim Helmholtz-Zentrums Geesthacht beschäftigt.

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE.

12.2.5 Arno Behlau

Bewerbung Arno Behlau als Ratsmitglied 2017/2018

Hiermit bewerbe ich mich um einen Platz im Attac-Rat. Leider kann ich nicht persönlich zum Ratsschlag erscheinen, da ich vom 17. Oktober bis Mitte November in einer REHA-Maßnahme „abgetaucht“ bin.

Seit 2012 bin ich Mitglied der Gruppe attac-Rhein-Sieg und habe auch deren Unterstützung für meine Bewerbung. Als Nicht-Parteimitglied und Naturwissenschaftler ist es mir immer ein Anliegen gewesen, mich für das Thema Nachhaltigkeit einzusetzen. Dieses Thema beschäftigt mich seit der Rio-Konferenz 1992, an der ich – damals als Vertreter des BUND / Friends of the Earth International – teilgenommen habe. Deshalb engagiere ich mich auch seit längerer Zeit gegen Freihandelsverträge – denn die sind alles andere als nachhaltig (antidemokratisch, ressourcenverschwenderisch, asozial). Hier arbeite ich in der Kampagnengruppe von attac mit und als Mitglied der AG-Kommunen vor allem im Projekt TTIP-freie Kommunen/Gemeinden. Ich vertrete attac auch im internationalen Netzwerk „TTIP-Free Zones“. Außerdem setze ich mich in Kooperation mit Gemeinwohl in BürgerInnenhand (GiB) für Rekommunalisierungen ein, um damit gegen ÖPP-Projekte einzutreten. Zu beiden Themen habe ich mehrfach Workshops bei attac-Sommerakademien oder der ESU abgehalten.

Ich würde mich freuen, wenn ich meine Erfahrung in die Arbeit beim Rat einbringen könnte.

12.2.6 Hans-Hermann Bohrer

Kandidatur für den Attac-Rat: Hans-Hermann Bohrer (Region West)

Mein Name ist Hans-Hermann Bohrer, Mitglied der Regionalgruppe Untere Saar in Saarlouis und seit deren Gründung 2005 bei Attac aktiv. Von Beruf bin ich Allgemeinarzt und befinde mich mit demnächst 62 Jahren im Vorruhestand.

Mein politisches Engagement reicht bis in die Schulzeit zurück und spielte sich in Phasen wechselnder Intensität ab. Stationen waren der Zivildienst in Frankfurt Mitte der siebziger Jahre, Mitarbeit in der Fachschaft an der Uni, der Kampf gegen eine Müllverbrennungsanlage für das nördliche Rheinland-Pfalz in den achtziger Jahren und parallel dazu die Mitarbeit in der Bürgerinitiative gegen das AKW in Mülheim-Kärlich. Hinzu kam das Engagement in der Bewegung gegen die „NATO-Nachrüstung“ (die Cruise Missiles waren im Hunsrück stationiert), ebenfalls in den achtziger Jahren. Später folgte eine Phase kommunalpolitischer Betätigung an meinem damaligen Wohnsitz, einem Dorf von 850 Einwohnern im vorderen Westerwald.

2005 kam ich zu Attac. Unsere Regionalgruppe befasst sich schwerpunktmäßig mit den Themen Atomausstieg, Europa, Kampf gegen die neoliberalen Freihandelsabkommen, Steuern/Steuervermeidung und, last but not least, Kampf dem Krieg und den Kriegsvorbereitungen. Aufgrund der geografischen Lage, an der Grenze zu Frankreich und Luxemburg und nicht allzu weit von Brüssel, ist ein besonderes Anliegen der Gruppe und von mir die Vernetzung mit anderen Akteuren in der Großregion, die die gleichen Ziele verfolgen. So hatten wir im Sommer 2005 (im Vorfeld der französischen Volksabstimmung über die Europäische Verfassung) mehrfach Treffen mit Attac-Gruppen aus Metz

und Sarreguemines und nahmen an Veranstaltungen für ein „Non“ in Frankreich teil. Mitglieder unserer Gruppe waren und sind weiterhin regelmäßig bei Demonstrationen und Aktionen gegen das AKW Cattenom in Lothringen dabei. 2016 haben wir uns aktiv an einem „Alternativgipfel der Großregion“ in Metz beteiligt und die Attac-Gruppe in Nancy beim Aktionstag gegen TISA/CETA/TTIP unterstützt. In den letzten Jahren waren wir häufig zu den o.g. Themen auf Demos/Aktionen in Brüssel, Luxemburg und Straßburg präsent, zumeist leider zusammen mit nur wenigen deutschen Attac-Mitgliedern.

Durch meine Kandidatur für den Attac-Rat möchte ich einerseits dazu beitragen, die dringend notwendige Vernetzung der Gruppen zu fördern, die in den diversen Ländern für die gleiche Sache streiten und zum anderen der Sache des Antimilitarismus bei Attac mehr Gewicht geben. Dies erscheint mir dringend notwendig, denn wir befinden uns friedenspolitisch in einer hochgefährlichen Lage: Statt eines deutschen Beitritts zum UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen sehen wir der Perfektionierung von der Bundeswehr unterstellten und in der Eifel gelagerten US-Atombomben entgegen, die Bundeswehr soll mit bewaffneten Kampfdrohnen ausgerüstet werden, die USA unterhalten in Ramstein (Pfalz) eine Relaisstation für ihren Drohnenkrieg und innerhalb der NATO soll innerhalb von sieben Jahren das 2%-BIP-Ziel für die Rüstungsetats erreicht werden, was für Deutschland eine Verdoppelung der Ausgaben bedeutet. Diese immense Vergeudung von Ressourcen hat allerdings Methode und Gründe: Mittlerweile geben schon die Jugendoffiziere der Bundeswehr zu, dass die Aufgabe der BW darin besteht, weltweit Rohstoffquellen und Handelswege für die deutsche Wirtschaft zu sichern.

Seit 2008 arbeite ich nebenbei im Attac-Übersetzer-Netzwerk Coorditrad mit (Englisch, Französisch, sowie bei Bedarf Italienisch). Einer politischen Partei habe ich bis heute nicht angehört. Passives Mitglied bin ich beim NABU sowie bei den Maltesern.

12.2.7 Hermann Gendrich

Kandidat für den Rat: Hermann Gendrich

Wer bin ich? Ich bin seit 2001 Mitglied von attac und gehöre zu den Mitbegründern von attac-Wurmtal. Meine Regionalgruppe unterstützt meine Kandidatur. Mein Geld verdiene ich als Lehrer für Mathematik und Geschichte/Sozialwissenschaften im Zweiten Bildungsweg.

Was will ich im Rat? Ich bin seit 12 Jahren im Rat. Lange Jahre habe ich in der Rats-Vorbereitungs-AG mitgearbeitet. Dort war meine Aufgabe, die organisatorischen Dinge zu erledigen (Tagesordnungen herumschicken, Papiere einfordern, Tagungshäuser buchen etc.). Außerdem habe ich verschiedene Moderationstätigkeiten im Rat und auf dem Ratschlag übernommen. Bei den vergangenen Herbstratschlägen habe ich z.B. die Wahlen moderiert. Im letzten Jahr wollte ich eine neue Aufgabe übernehmen und habe in der Vorbereitungsgruppe für diesen Ratschlag mitgearbeitet.



Leider bin ich aber an diesem Wochenende verhindert und muss daher in Abwesenheit kandidieren.

Was sind meine Schwerpunkte? Ich interessiere mich sehr für Entwicklungsfragen: 1986 habe ich meine Examensarbeit zum Thema IWF geschrieben. Außerdem war ich von 1981-83 Entwicklungshelfer im Süd-Sudan.

Bei attac habe ich (leider) bei keiner AG mitarbeiten können. Das hat meine Zeit nicht zugelassen.

12.2.8 Martin Uebelacker

Kandidatur zum attac-Rat: Martin Uebelacker

Ich stamme aus Hessen und möchte für den attac-Rat kandidieren.

Ich bin 53 Jahre alt und lebe in Fulda in Osthessen.

Ich arbeite seit 10 Jahren für LichtBlick Ökostrom. Vorher war ich 16 Jahre bei der regionalen Tageszeitung in Fulda tätig. Dort war ich auch im Betriebsrat aktiv.

Ich bin Mitglied bei verdi und war bis 2011 der Ortsvereinsvorsitzende im Ortsverein Fulda und im Bezirksvorstand Osthessen meines Fachbereiches tätig.

Ich war von 1984 – 1999 Mitglied bei den Grünen, bis zum Kosovokrieg.

Bin in keiner Partei Mitglied. In 2006 habe ich für die Kommunalwahlen in Fulda eine Wählergemeinschaft gegründet, die mit 5 Abgeordneten in der Stadt Fulda sowie mit 2 Abgeordneten im Kreistag Fulda vertreten ist.

Seit dreieinhalb Jahren bin ich Mitherausgeber der Fuldaer Bürgerzeitung AGORA – Zeitung für Meinungsvielfalt, kreative Kritik und Satire, die seither regelmäßig kostenfrei mit 3000 Exemplaren und als Online-Ausgabe erscheint.

Seit 2014 bin ich im Bündnis Fulda stellt sich quer aktiv da, sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagiert. Ich bin dort im Vorstand der Kassenwart.

Ich bin Gründungsmitglied im Verein „Bildungskoooperation für eine gerechte Globalisierung e.V.“.

Bei attac bin ich seit 2002 in der Fuldaer Gruppe aktives Mitglied. Ich habe mich in dieser Zeit schon bei sehr vielen Veranstaltungen, Bündnissen und Aktionen sowohl lokal in Osthessen als auch bundesweit beteiligt. U.a. haben wir in 2007 die Sommerakademie von attac in Fulda veranstaltet, hier war ich neben vielem anderen auch für das komplette Kulturprogramm zuständig. Danach habe ich auch bei mehreren anderen Sommerakademien das Kulturprogramm mit organisiert. 2012 auf der Sommerakademie in Mainz war mein Part der Auftritt der Berliner Compagnie. Mit der attac Gruppe Fulda habe ich bereits viele Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt, so haben wir aktuell im Oktober eine Konzertlesung mit Grupo Sal und alberto Acosta in Fulda und im November einen Theaterabend mit der Berliner Compagnie „Das Bild vom Feind“ - wie Kriege entstehen. attac Fulda unterstützt meine Kandidatur.

Mitglied im Rat bin ich seit 2004. Die ersten Jahre war ich für kulturattac im Rat, seit 7 Jahren bin ich hier für die Region West.

Seit etwa 2005/2006 bin ich der Beauftragte des Rechtshilfefonds von attac.

Für mich erfüllt attac eine sehr wichtige Aufgabe. Es ist die Organisation in der politischen Landschaft, die aufgrund Ihrer unterschiedlichen Akteure, Ihrer guten Expertise und Ihrer nun schon langen Erfahrung Bewegung ins Land bringen kann und mit zukunftsweisenden Forderungen und Aktivitäten den politischen Betrieb aufmischt.

Gerade jetzt mit einer Jamaika-Koalition in Berlin und einer schwarz-grünen Regierung in Hessen bieten sich viele Felder, die in unserem Sinne beackert werden wollen. attac als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und utopischem Überschuß ist meine politische Heimat. Daher möchte ich im attac-Rat weiter am Projekt attac arbeiten.

Martin Uebelacker



12.2.9 Matthias Jochheim

68 Jahre, arbeitet als ärztlicher Psychotherapeut in eigener Praxis in Frankfurt/M.

Von 2001 bis 2013 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der deutschen IPPNW. Seit 2014 für IPPNW Vertreter im ATTAC-Rat. Schwerpunkt: Mitarbeit in der ATTAC-Ag Globalisierung und Krieg.- Des weiteren Vertretung der IPPNW im deutschen Koordinierungskreis Palästina Israel- für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden.

13 Sonstiges

13.1 G20-Nachbereitung

Die Lübecker Attac-Gruppe hält es für dringend erforderlich, die Frage „Wie kann Attac seine schon vor langer Zeit (vgl. Pkt. 7 im „Selbstverständnis“) für sich, nach innen, getroffene Festlegung auf friedliche Aktionsformen in Zukunft auch bei gemeinsamen Aktionen und Bündnissen mit anderen Gruppen, nach außen, klarer und wirksamer zur Geltung bringen?“ als gesonderten Unterpunkt, getrennt von anderen Fragen, zur Diskussion zu stellen.

13.2 „Wir“ – eine „Industriegesellschaft“???

Barbara Volhard

Die gängige Rede von Deutschland als „Industrieland“ und „uns“ als Teil der westlichen „Industriegesellschaften“ beruht auf einer **falschen** und **gefährlichen** Grundannahme. Dennoch ist diese Vorstellung sowohl in der Politik wie auch in den Medien und der Bevölkerung **Grundlage des politischen Denkens, Argumentierens und Handelns**. Sie wird flankiert von der Grundannahme, dass es uns nur gut gehen kann, wenn es der Wirtschaft allgemein „gut geht“. Gleichzeitig wird unter „Wirtschaft“ meistens nur die Industrie verstanden, in Deutschland besonders die Automobilindustrie.

Richtig ist: Deutschland **war** ein Industrieland, und zwar bis etwa Anfang der 70er Jahre. Die Vorstellung von Deutschland als Industrieland hält sich jedoch bis heute, obwohl sich im Laufe der letzten Jahrzehnte die Bedeutung der drei wirtschaftlichen Sektoren massiv gewandelt hat. Das ist sowohl an den Beschäftigungszahlen als auch am Bruttoinlandsprodukt ablesbar.

Vorbemerkung: Die Zahlen, die ich hier bringe, habe ich schon 2014 recherchiert. Da Statistiken bekanntlich oft hinterher hinken, gehen manche Angaben nicht über 2012 hinaus. Jedoch spielt das keine Rolle, denn die Entwicklung, die sie aufzeigen, dürfte sich seither nur verstärkt haben. Die Daten für 1885 und 1960 stammen aus dem Brockhaus von 1972, die von 2012-2014 vom Bundesamt für Statistik:

Vergleich des Anteils der Beschäftigten in den drei Wirtschafts-Sektoren 1885 bis 2012			
Jahr	Primärer Sektor (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Bergbau)	Sekundärer Sektor (industrielle Produktion)	Tertiärer Sektor (Dienstleistungen)
1885	42 %	39 %	19 %
1960	18 %	44 %	38 %
2012	1,8 %	18,8 %	73,7 %

Schon 2012 hing also nicht einmal jeder fünfte Arbeitsplatz von der Industrie ab, und zwar von der **gesamten** Industrie Deutschlands, nicht nur der Automobilindustrie. Gleichzeitig hat sich die Anzahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor seit 1960 mehr als verdoppelt: **Fast drei Viertel aller Beschäftigten** arbeiteten 2012 in diesem Sektor, und übrigens **82,7% aller erwerbstätigen Frauen**.

Grund für den Bedeutungsverlust der Industrie (und damit auch die Profitverringerung für Investoren) ist einerseits die fortschreitende Rationalisierung (was sich mit der Digitalisierung noch verstärken wird), andererseits die Tatsache, dass die industrielle Produktion zu großen Teilen in Entwicklungsländer in Asien und Lateinamerika ausgelagert wurde – mit der Folge einer gnadenlosen und unmenschlichen Ausbeutung der billigeren Arbeitskräfte dort, die keinerlei Arbeits- oder Gesundheitsschutz genießen und deren Menschenrechte von den transnationalen, also auch deutschen Konzernen schlicht missachtet werden. Diese Länder sind die eigentlichen Industrieländer. Viele sogenannte Industriestaaten sind dagegen längst zu Dienstleistungsländern geworden.

Gleichzeitig hat der Dienstleistungssektor auch eine immense ökonomische Bedeutung gewonnen – und zwar nicht nur im sogenannten „Industrieland“ Deutschland sondern auch in anderen wichtigen sogenannten „Industrieländern“:

Anteil des Dienstleistungssektors am Bruttoinlandsprodukt 2014 (bzw. 2012)	
Deutschland:	68,6%
Frankreich:	79,2%
Großbritannien:	78,5%
Luxemburg:	84,6% (2012)
USA:	79,7%
Kanada:	70,2% (2012)

So ist die Bezeichnung „Industrieländer“ für diese Länder, auch für Deutschland, im Grunde eine **Irreführung**. Denn das Bruttoinlandsprodukt wird in ihnen im Schnitt zu nahezu **drei Vierteln** vom Dienstleistungssektor erwirtschaftet.

Die Wirtschaft (insbesondere die großen transnationalen Dienstleistungskonzerne, also besonders die Finanzwirtschaft) hat die größere Bedeutung des Dienstleistungssektors schon vor Jahrzehnten erkannt. Deshalb war auch 1994 die erste Handlung der WTO die Schaffung eines „Allgemeinen Abkommens zum Handel mit **Dienstleistungen**“ (GATS), dem nahezu alle Länder der Welt beigetreten sind. Es hat in Deutschland bereits zu einer umfassenden Privatisierungswelle öffentlicher Dienstleistungen und einer quasi Enteignung öffentlichen Eigentums geführt, begleitet übrigens von massiven Arbeitsplatzverlusten. Seither spielt der Dienstleistungssektor eine **Hauptrolle in allen** neueren Handelsabkommen, auch TTIP/CETA/TiSA, wobei **TiSA** ein noch gefährlicheres Abkommen als GATS zum Handel **ausschließlich mit Dienstleistungen** werden soll. Allein die USA erhoffen sich nach Angaben ihrer Handelskammer in den nächsten Jahren eine Steigerung ihrer Dienstleistungsexporte von 600 Milliarden Euro. Die 50 Staaten, die TiSA verhandeln, exportieren zwei Drittel aller global gehandelten Dienstleistungen.

Die Rede von den westlichen Industrieländern ist also falsch. Das heißt jedoch nur, dass die Industrie **in unseren Ländern selbst** keine wesentliche Rolle mehr spielt. Auf globaler Ebene sieht

das anders aus. In den Entwicklungs- und Schwellenländern agieren Industriekonzerne, die zwar aus diesen westlichen Ländern kommen (auch aus Deutschland), jedoch **transnationale** Konzerne sind. In den Abkommen, die die EU (also „wir“) mit den afrikanischen Ländern verhandelt (EPAs) geht es auch um den Zugriff dieser Konzerne auf die Rohstoffvorkommen, insbesondere die Ausbeutung von Öl, Gas, Kohle, seltene Erden und die Verhinderung einer eigenen Fertigungsindustrie in diesen Ländern. Deshalb spielt **dort** dann auch der Bergbau eine erhebliche Rolle, einschließlich unmenschlicher Arbeitsbedingungen (nur eine der vielen Fluchtursachen). Und ja: Diese Arbeitsbedingungen und die Ausbeutung der Ressourcen **in diesen Ländern** begründen auch den Wohlstand in unseren sogenannten „Industrieländern“. Können wir das wollen?

Im Gegensatz dazu jedoch wird dem Bergbau **in Deutschland** und der damit zusammenhängenden Industrie von Politik und Medien eine erheblich zu große Bedeutung beigemessen: Der aus Klima-gründen so notwendige Ausstieg aus der Braunkohleförderung scheint unerreichbar und das, obwohl die Arbeitsplätze, die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Bergbau **gemeinsam** stellen, schon vor fünf Jahren nur knapp 2 % der Gesamtbeschäftigung betrug.

Ein anderes Beispiel ist der Umgang mit dem sogenannten „Dieselskandal“: Die Grundannahme, dass von der Automobilindustrie das gesamte Wohl und Wehe der Republik abhängt und man ihr daher entgegenkommen müsse, scheint unausrottbar. Auch der Grüne Kretschmann argumentiert so. Tatsächlich betragen die ca. 800.000 Arbeitsplätze in der Automobilindustrie in ganz Deutschland gerade mal rund 2 % der Gesamtbeschäftigung. Der Umweltaktivist Bernhard Krier schrieb 2013, dass umweltfreundliche Branchen wie Fahrrad-, Wind- und andere Industrien „zusammengenommen schon jetzt mehr Menschen in Arbeit und Brot“ gebracht hätten als die Autobranche (Quelle: Freitag Nr. 31/2017).

Schließlich macht es diese falsche Vorstellung von den „Industrieländern“ möglich, dass den Befürwortern von TTIP geglaubt wird, weil sie vorrangig **mit dessen Bedeutung für die Industrie** argumentieren (wobei die Bedeutung für die Daseinsvorsorge gerne verschwiegen wird). Dabei braucht die Industrie TTIP und CETA gar nicht: Technische Handelshemmnisse können in etlichen schon bestehenden Gremien, u.a. im Rahmen des 2007 gegründeten Transatlantischen Wirtschaftsrats (TEC) beseitigt werden, der genau diese Aufgabe hat: http://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantic_Economic_Council

Dafür bedarf es keiner neuen Abkommen. Hinsichtlich CETA wäre es sicherlich kein Problem, Kanada einzuladen, diesem TEC beizutreten. Dann wäre auch das erledigt.

Die Rede von der Bedeutung der Industrie in Deutschland und den westlichen Ländern ist außerdem gefährlich, weil sie verschleiert, worum es wirklich geht. Sie macht es der „Wirtschaft“, insbesondere der dahinter stehenden Finanzwirtschaft außerordentlich leicht, uns über ihre wirklichen Absichten und Ziele zu täuschen.

Denn die erwähnte industrie-basierte Argumentation soll auch darüber hinwegtäuschen, wie sehr das **Ziel dieser neuen Abkommen** der Dienstleistungssektor ist, und ganz besonders die Liberalisierung und Privatisierung der Dienstleistungen und des Eigentums der öffentlichen Hand, also **unserer Daseinsvorsorge**. Damit aber werden weite Bereiche unserer Infrastruktur, der Wasser- und Energieversorgung, des Gesundheits- und Bildungsbereichs nicht nur zur Ware gemacht, mit der weltweit gehandelt werden kann, sondern indem sie an private Eigentümer übergehen, **wird uns und unseren Parlamenten auch die demokratische Kontrolle bzw. Gestaltungshoheit darüber entzogen**. Durch entsprechende Klauseln in diesen neuen Abkommen wird (im Gegensatz zu GATS) dieser Prozess unumkehrbar: Selbst Rekommunalisierungen werden nicht mehr möglich sein. Darüber hinaus werden demokratisch beschlossene Gesetze zu „Handelshemmnissen“ erklärt, die zu beseitigen seien, bzw. sie dürfen erst nach Genehmigung durch die „Wirtschaft“ (das nennt sich dann „Regulatorische Kooperation“) erlassen werden.

Das ist ein direkter Angriff auf die Demokratie. Das eigentliche Ziel der „Wirtschaft“ ist letztlich die möglichst weitgehende Erreichung auch der politischen Macht, und zwar weltweit. Was übrig

bliebe, sollte sie dieses Ziel erreichen, wäre allenfalls eine hohle Scheindemokratie, in der wir dann nur noch „unsere Metzger selber“ wählen dürfen.

Wir müssen die falsche und gefährliche Rede von der Bedeutung der Industrie in den Ländern des Westens entlarven und in der breiten Öffentlichkeit ein Bewusstsein von ihrer Gefahr für die Demokratie herbeiführen. Die Wirtschaft hat sich der Demokratie unterzuordnen – nicht umgekehrt.

13.3 Globalisierung des Krieges

(Matthias Jochheim)

Wir erleben eine Zeit eskalierender kriegerischer Konflikte und Kriegsvorbereitungen, von Osteuropa (Ukraine, Nato-Manöver an Russlands Grenzen) über die Türkei, Syrien, Irak, Jemen, Afghanistan, Pakistan bis hin zu Flottenaufmärschen der US-Marine im chinesischen Meer und die Konfrontation auf der koreanischen Halbinsel. Hinzu kommen Kriege mit westlicher Beteiligung in Nord- und Zentralafrika (Libyen, Mali).

Charakteristisch für die Lage ist, dass diese Kriege kein Ende mehr finden – in Afghanistan dauert die Intervention seit 2001, also seit 16 Jahren an, in Irak seit 2003, also nunmehr 14 Jahren.

Zu den Kriegsursachen hat der damalige US-Präsident Clinton in seiner Amtszeit zutreffend festgestellt: „It's the economy, stupid!“ – die kapitalistischen ökonomischen Prozesse sind heute die wesentliche Triebfeder. Aufrüstung und Krieg sind eine Form der (profitablen) Kapitalvernichtung, eine Form von (Rüstungs-) Keynesianismus, als - destruktives - Mittel gegen die ökonomische Krise der Überakkumulation. Sie sind ebenso sehr ein außerhalb der Marktmechanismen wirksames Mittel der gewaltsamen Ressourcenaneignung (Beispiel irakisches Öl).

Damit ist die gewaltige Zerstörung und Gefährdung der Welt durch Rüstung und Krieg eines der zentralen Themen, mit denen wir uns als Kritiker der herrschenden Ökonomie auseinandersetzen müssen, ebenso wie mit den ökologischen und sozialen Folgen der vorherrschenden Wirtschaftsform.

Unsere konkreten Forderungen folgen im Antrag „Friedenspolitische Resolution der AG Globalisierung und Krieg“, welcher ebenfalls durch den IPPNW-Vorstand unterstützt wird.